

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Die Rolle der ungarischen Sozialistischen Partei im
Demokratisierungsprozess der ungarischen
Gesellschaft von 1988 bis 1994“

Verfasser

Jürgen Laubner

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Juni 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 300
Matrikelnummer lt. Studienblatt:	0548015
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Politikwissenschaft
Betreuerin:	Dr. Karin Liebhart

Danksagung

An erster Stelle danke ich meiner Diplomarbeitbetreuerin Dr. Karin Liebhart, die mich stets bei meiner Diplomarbeit unterstützte und mir immer mit wertvollen Tipps und Hinweisen zur Seite stand.

Ein ganz besonderer Dank gilt meiner Mutter Hannelore, die mich während meiner ganzen Studienzzeit nicht nur finanziell unterstützte, sondern auch immer ein offenes Ohr für mich hatte.

Weiters danke ich auch meinen Geschwistern Verena und Christoph, die immer an mich geglaubt haben und mir Mut zugesprochen haben.

Danken möchte ich auch meiner Freundin Karin Artner, für die emotionale Unterstützung während des gesamten Studiums.

Zu guter Letzt möchte ich mich noch bei Karin Michalek sowie all meinen Freunden und Studienkollegen bedanken, die mir während meines Studiums immer mit Ratschlägen zur Seite standen und mich bei all meinen Schritten auf dem Weg zum Studienabschluss begleitet haben.

Motivation

An dieser Stelle möchte ich einleitend knapp auf meine persönliche Motivation zu sprechen kommen, mich genau mit diesem Thema intensiver zu beschäftigen. Ich bin selbst in Europa geboren und im Burgenland in Mattersburg aufgewachsen. Da meine Mutter aus Schattendorf im Burgenland an der Grenze zu Ungarn stammt (das damals noch zu Ungarn gehörte), war ich von Kindheit an mit der Geschichte der Entwicklung Ungarns konfrontiert. Als Unternehmer hatten meine Großeltern schon seit den 1930er Jahren einen engen Kontakt zu ungarischen Kunden, weshalb in meiner Familie immer eine spezielle Beziehung zu diesem Land bestanden hat. Noch heute erinnere ich mich an die spannenden Geschichten über die Geschehnisse und Veränderungen im direkten Umfeld, wenn ich zu Besuch bei meinen Großeltern war – dieses Interesse schlug mit zunehmendem Alter in eine politikwissenschaftliche Affinität um. Schon im Verlauf meines Studiums der Politikwissenschaft hat sich meine Begeisterung für die Politik im Wandel verschiedener Regierungssysteme herauskristallisiert, wofür Ungarn als Nachbarland Österreichs ein sehr gutes Beispiel darstellt, insbesondere hinsichtlich des Systemwechsels 1989. Ausgehend von einer „Volksdemokratie“¹, die hinter dem Eisernen Vorhang angesiedelt war, richtete sich Ungarn auf eine Demokratie westlichen Verständnisses aus und löste sich damit als ein sowjetischer Satellitenstaat aus dem Warschauer Pakt. Ungarn wollte eine freie demokratische Republik werden. Die Beobachtung dieses Prozesses mag speziell für mich als Politikwissenschaftler aus dem Nachbarland spannend und von unmittelbarer Bedeutung für die Lebenswelt sein. Die Analyse liefert aber ebenso Erkenntnisse über politische Transformationsprozesse und die Konsolidierung eines demokratischen politischen Systems im Allgemeinen.

¹Vgl. Sattler, Friederike (2002): Wirtschaftsordnung im Übergang. LIT Verlag, S. 66.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1 Zentrale Fragestellungen	4
1.2 Forschungsinteresse und Aufbau der Arbeit	6
1.3 Methodisches Vorgehen	10
1.4 Stand der Forschung	11
2. Zentrale Begriffe	15
2.1 Kommunismus	15
2.1.2 Sozialismus	17
2.1.3 Demokratie	19
2.1.4 Kádárismus.....	22
2.2 Systemwechsel.....	22
2.3 Massen und Eliten als die zwei elementaren Akteursgruppen in der Transformation.....	24
2.3.1 Die Rolle der Massen und Eliten in den Transformationsphasen	25
3. Politische Systemtransformation	28
3.1 Definition der politischen Systemtransformation	28
3.2 Theoretische Beschreibung der politischen Systemtransformation.....	34
3.2.1 3-Phasen Modell nach Brzezinski.....	37
3.2.2 Systemtheoretischer Zugang nach Luhmann	39
3.3 Ablauf des Transformationsprozesses in Ungarn	41
4. Historischer Überblick	47
4.1 Ungarn als Teil der K.u.K. Doppelmonarchie	47
4.2 Der Erste Weltkrieg, Trianon und die Zwischenkriegszeit.....	51
4.3 Ungarn im Zweiten Weltkrieg.....	55
4.4 Die Entstehung der Sozialistischen Volksrepublik und die Ära Rákosi ...	60
4.5 Die Ungarische Revolution des Jahres 1956	62
4.6 Der Kádárismus – Ungarn auf einem sozialistischen Sonderweg.....	65
4.7 Die späten 1980er Jahre und der Systemwechsel in der ungarischen Politik	66
5. Erfüllung der sozialen Bedürfnisse in der Ära des Gulaschkommunismus`	70
5.1 Annäherung Ungarns an den Westen.....	74
5.2 Paradigmenwechsel in der Wirtschaft – Die Reform von 1968	75

6. Analyse des politischen Systemtransformationsprozesses in Ungarn	79
6.1 1985 – Ausgangslage vor der demokratischen Transformation	79
6.2 1985 bis 1988 – Phase der radikalen Liberalisierung	81
6.3 1988 bis 1990 – Phase der Demokratisierung	85
6.4 1990 bis 1994 – Phase der Konsolidierung	91
7. Beschreibung der Konsolidierung in Ungarn	97
7.1 Pragmatische Konsolidierungspolitik sozialistisch-liberaler Prägung	102
7.2 Parlamentswahlen und Regierungsbildung (bis 1994).....	108
7.3 Die neue Regierungskoalition ab 1994	122
8. Zusammenfassung der Ergebnisse	124
8.1 Fazit zu den zentralen Fragestellungen und Ausgangsüberlegungen ..	127
8.2 Kritische Bewertung der Analyse	133
8.3 Ausblick in die Zukunft der Thematik	134
9. Literatur- und Quellenverzeichnis	136
9.1 Literatur.....	136
9.2 Online Quellen	146
9.3 Tabellen und Abbildungen	136
10. Abstract	149
11. Curriculum Vitae	150

1. Einleitung

*„Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert,
dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.“*

(George Bernard Shaw)

Die moderne Welt befindet sich in einem Wandel – dies ist auf vielen Ebenen kontinuierlich zu beobachten und anhand unzähliger Beispiele zu belegen. Denkt man an die Veränderungen, die unsere Zeit geprägt haben, so waren es zuletzt technische und wirtschaftliche (bzw. wirtschaftspolitische) Fortschritte und Intentionen. Aufgrund der technischen Möglichkeiten wurde der schnellere Datenaustausch mit dem Internet beschleunigt. Dies hat es wiederum ermöglicht, dass die Welt insgesamt ein Stückweit zusammenrücken konnte, da nun der Austausch – und damit auch der Handel – zwischen Menschen anderer Nationen bzw. Kunden und Anbietern beständig zunahm; und gerade die Geschäfte über das Internet weisen nach wie vor eine steigende Tendenz auf.²

Als Synonym für das wirtschaftliche Agieren und die Verknüpfung zwischen den einzelnen Nationen steht der Begriff „Globalisierung“: „In den öffentlichen Debatten um Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft gehört der Begriff `Globalisierung` inzwischen zum Standardrepertoire. Vieles, wenn nicht alles, hängt `irgendwie` mit `der` Globalisierung zusammen.“³ Bei all diesen grundsätzlich positiv konnotierten Erscheinungen als Indizien einer freien und aufgeschlossenen Gegenwart, wie etwa der Möglichkeit, mit Menschen aus fast allen Ecken des Globus in Kontakt zu treten, sich einfach nur zu unterhalten (ob nun per Chat, über Facebook oder Skype etc.) oder Handel zu treiben, mag teils außer Acht gelassen werden, dass es nicht allein die technischen Voraussetzungen sind, die diese realisieren. Zwar mag es oft den Anschein haben – zumindest für Menschen, die in freien demokratischen Gesellschaften

² Vgl. Korz, Robert (2005): Leben in einer vernetzten Welt: ich bin online, also bin ich. Band 1. München: BoD Verlag, S. 7.

³ Brock, Ditmar (2008): Globalisierung: Wirtschaft, Politik, Kultur, Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag, S. 7.

aufgewachsen sind –, dass beispielsweise über das Internet alles und jeder zu erreichen sei. Allerdings halten uns Geschehnisse um etwa die „Temporary Regulations on the Administration of Internet Publications“ in der Volksrepublik China doch immer wieder einmal eine kritischere Wahrheit vor Augen: „This set of regulations therefore imposed severe restrictions on the freedom of speech on the Internet. In response to this violation of freedom of speech, eighteen well-known public intellectuals and critics including Ren Bomei and Mao Yushi released an `Internet Civil Rights Declaration`, in which they quoted the Universal Declaration of Human Rights as well as the International Covenant on Civil and Political Rights to defend their right to publish their views on the Internet.“⁴ Globalisierung, freier Handel, die nahezu unbeschränkten Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten der modernen Technik – all dies ist sicherlich zunächst einmal als positiv zu bewerten, wenn denn die Bevölkerung eines Landes tatsächlich davon profitieren kann. Und eben dies ist abhängig davon, unter welcher politischen Führung die Menschen leben. „Auch Krauch hob hervor [...], dass starke Schübe in wissenschaftlicher Entwicklung häufig mit gesellschaftlichen und politischen Bedürfnissen verbunden waren und dass das Wachstum von Wissenschaft und Technik von vielerlei politischen und sozialen Faktoren mitbestimmt wird“⁵.

Die Demokratie, die vielfach von jenen, die das Leben als freier Bürger bzw. freie Bürgerin nicht anders kennen, als selbstverständlich angesehen wird, stellt schließlich keineswegs überall auf der Welt die politische Führungsform dar. Insgesamt mag wohl eine Demokratisierungstendenz attestiert werden, von einer wirklichen Durchsetzung ist man aber oft noch weit entfernt, obwohl auch eine Demokratie noch Probleme wie Korruption aufweisen kann – beispielsweise Italien. Allein unter der Demokratie können die Bürgerinnen und Bürger aber tatsächlich selbstbestimmt am Leben einer modernen Gesellschaft teilhaben, weshalb deren Bestreben in Richtung einer demokratischen Regierungsform prinzipiell vorhanden sein sollte. Oder fürchten sich Menschen, die jahrzehntelang unter kommunistischen Einheitslebensweisen mehr oder weniger

⁴ Cheng, Joseph Y. S. (Hrsg.) (2011): Whither China's Democracy? Democratization in China since the Tiananmen Incident. Honk Kong: City University of Hong Kong Press, S. 188.

⁵ Van der Pot, Johan Hendrik Jacob (1985): Die Bewertung des technischen Fortschritts: eine systematische Übersicht der Theorien. Band 2. Assen: Uitgeverij Van Gorcum Verlag, S. 745.

ungestört von der Außenwelt ihrem Leben nachgingen, davor, Autonomie zu erlangen und selbst für eine demokratisch gewählte Regierung des Landes verantwortlich zu sein? Und wie schnell und unproblematisch lässt sich eine Demokratie in einem Land implementieren – scheint es doch für viele politisch weniger Bewanderte in öffentlichen Diskussionen das Einfachste überhaupt zu sein, den Bürgerinnen und Bürgern lediglich das Recht zur Wahl der politischen Führung zu schenken, womit der Weg zur Demokratie bereits weit eröffnet wäre?

Das dem nicht so ist, steht in der Politikwissenschaft außer Frage – wie es in dieser Arbeit mittels Literaturverweisen dargelegt werden wird⁶ –, da man hier um die teils erheblichen und sehr lang anhaltenden Hürden und Schwierigkeiten weiß, welche auf ein Land zukommen, das sich in einen politischen Transformationsprozess begeben hat. Der Kampf, eine Demokratie effektiv in einem Staat einzurichten und vor allem auch langfristig zu sichern, ist von daher teilweise weitaus länger und härter als jener, um sich von der vorherigen Regierungsform (beispielsweise kommunistisches Einparteiensystem oder Militärdiktatur) zu befreien. Dass die Demokratie angesichts der voranschreitenden Globalisierung der freien Märkte zunehmend wichtiger wird, da Importe und Exporte zwischen demokratischen Nationen für gewöhnlich einfacher ablaufen, kann an der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten und deren Ausrichtung auf wirtschaftliche Sicherheit abgelesen werden. „Eine Diktatur ist nie besser als eine Demokratie. Den wohlwollenden Diktator gibt es nicht, gleichwohl kann es Phasen geben, in denen auch eine Diktatur mit Wachstum und Wohlstand einhergeht. Langfristig gesehen bringt aber nur eine Demokratie, die aufgrund der Interdependenz der Ordnungen mit einem marktwirtschaftlichen System einhergeht, wirtschaftliches Wachstum.“⁷

Vor dem hier skizzierten Hintergrund und den gestellten Fragen muss der demokratische Transformationsprozess eines Landes eingehend beobachtet werden. Er muss hinsichtlich seiner Vor- und Nachteile, Chancen und Schwierigkeiten zu analysieren, um damit Befunde für die Zukunft des jeweiligen

⁶ Vgl. Hähner, Hendrik (2007): Probleme bei der Transformation von Entwicklungsländern: Eine institutionenökonomische Analyse. Hamburg: Diplomica Verlag, S. 49.

⁷Hähner, Hendrik (2007): Probleme bei der Transformation von Entwicklungsländern: Eine institutionenökonomische Analyse. Hamburg: Diplomica Verlag, S. 49.

Landes zu erhalten. Hierzu bietet sich zweifellos ein Blick auf das Nachbarland Ungarn an. Hierbei handelt es sich geradezu um einen idealen Forschungsgegenstand, um den demokratischen Transformationsprozess quasi aus nächster Nähe aufzuarbeiten. Auf welche Aspekte der Fokus gelegt wird und welche eigenen Überlegungen bezüglich des Erfolgs dieses Transformationsprozesses angestellt werden, wird im folgenden Kapitel 1.1 dargestellt.

1.1 Zentrale Fragestellungen

Es steht außer Frage, dass der Prozess der Transformation eines jeden Staates in eine demokratische Politikform mit etlichen Chancen, aber ebenso Schwierigkeiten und Hürden verbunden ist, welche im Idealfall einzeln aufgearbeitet und betrachtet werden müssen, um hierüber nicht nur die Erkenntnis über den jeweils aktuellen Stand der Transformation ablesen, sondern ferner die bis dato bestehenden Lücken und Problemfelder identifizieren zu können. Allein auf dieser Basis ist es schließlich möglich, zielgerichtet an den Problematiken – welche sich auf zahlreichen Ebenen ergeben – zu arbeiten und die großen Ziele, welche den Transformationsprozess überhaupt erst initiiert haben, auf lange Sicht hin zu erreichen. Hierbei dürfen darüber hinaus nicht allein die politischen Geschehnisse, Entscheidungen und Maßnahmen betrachtet werden, da Politik – gerade in einer demokratischen Gesellschaft – immer auch von der Bevölkerung geprägt wird und für die Bürgerinnen und Bürger teils eklatante Veränderungen im alltäglichen und speziell im politischen Leben hervorruft.

Diese Aussagen treffen so auch für die Situation zu, welche in Ungarn in der betrachteten Zeitspanne beobachtet werden kann – wie es im Weiteren der vorliegenden Arbeit auf Basis der einschlägigen Forschungsliteratur dargelegt werden soll. Das Interesse am demokratischen Transformationsprozess Ungarns resultiert dabei nicht nur aus der Verbindung zum Rest Europas. Vielmehr kann am Beispiel dieses Landes der Übergang zwischen divergierenden Regierungsformen analysiert werden. Hierüber lassen sich wiederum wertvolle

Erkenntnisse für andere Nationen gewinnen, die einen solchen Weg noch vor sich haben. Diesbezüglich lässt sich die zentrale Fragestellung dieser Arbeit wie folgt ableiten:

Fragestellung 1: *Welche Chancen bieten sich für eine Nation durch den demokratischen Transformationsprozess? Welche Gründe können also als ausschlaggebend benannt werden, den Weg zur Demokratisierung zu beschreiten?*

Abgesehen von den Zielen des Transformationsprozesses soll des Weiteren in Gestalt eines Überblicks am Beispiel Ungarns dargelegt werden, wo sich innerhalb der Transformationsbewegungen Hürden auftun, um hierdurch zukünftige Fehler ausschließen und demokratische Ziele effektiver erreichen zu können.

Fragestellung 2: *Welche Schwierigkeiten können im Rahmen eines Transformationsprozesses zur Demokratie auftreten und wie können diese beseitigt bzw. zumindest vermindert werden – analysiert am konkreten Beispiel Ungarn, das allerdings einen Spezialfall darstellt und nicht verallgemeinert werden kann.*

Wie bereits aus der Einleitung und mit einem Blick auf die Gliederung dieser Arbeit zu erkennen ist, erscheint eine umfassende Analyse des Transformationsprozesses in Ungarn auf sämtlichen davon betroffenen Ebenen (beispielsweise neben Politik selbst auch Gesellschaft, Wirtschaft, Alltagskultur, Privates etc.) im Rahmen dieser Arbeit als zu weitgefasst, um sie mit wissenschaftlichem Anspruch erbringen zu können. Ausgehend davon konzentriert sich die vorliegende Arbeit über den demokratischen Transformationsprozess Ungarns primär auf die Rolle und Funktion der Ungarischen Sozialistischen Partei im Systemwechsel, welcher von 1988 bis 1994 erfolgte. Dennoch soll der Überblick auch über diese Zeitspanne hinausgehen, diesbezüglich allerdings weniger detailliert. Hierbei wird auf die politische Kultur des Landes, die Entwicklung der alten und neuen politischen Organisationen und der Parteien sowie Interessensvertretungen eingegangen

werden. In diesem Kontext sollen die nachstehend formulierten Überlegungen analysiert und bewertet werden. Inspiriert wurden diese Gedanken von der umfassenden Literaturrecherche, die sich in den Verweisen dieser Arbeit widerspiegelt.

Überlegung 1: *Ein demokratischer Transformationsprozess kann sowohl für Staaten mit vorhergehend sozialistischen/kommunistischen Regierungssystemen im Allgemeinen als auch für das kommunistische Ungarn im Speziellen diverse Vorteile / Chancen zur Entwicklung beinhalten.*

Überlegung 2: *Die Gesellschaft Ungarns war 1988 bis 1994 wesentlich vom demokratischen Transformationsprozess betroffen und dieser konnte auch nur deswegen wirklich erfolgreich in eine Demokratie überleiten, da die Bürgerinnen und Bürger von seiner Sinnhaftigkeit überzeugt waren.*

Vor diesem Hintergrund wird als dritte und letzte Überlegung die folgende Aussage überprüft werden:

Überlegung 3: *Die landesspezifischen Regierungsziele, Schwierigkeiten und der jeweils zu einem Betrachtungszeitpunkt aktuelle Fortschritt Ungarns auf dem Weg zur Demokratie können am Beispiel der Ungarischen Sozialistischen Partei und deren Entwicklung von (kommunistisch zu demokratisch) abgelesen werden.*

1.2 Forschungsinteresse und Aufbau der Arbeit

Wie den im vorangegangenen Kapitel postulierten Überlegungen und zentralen Fragestellungen entnommen werden kann, fokussiert das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit auf den Weg Ungarns in Richtung des politischen Systems der Demokratie. Da im limitierten Rahmen der zu leistenden Analyse nicht auf sämtliche Aspekte auf allen Ebenen eingegangen werden kann, die mehr oder weniger stark von diesem Transformationsprozess tangiert werden, richtet sich die Untersuchung auf die Ungarische Sozialistische Partei.

Diesbezüglich werden sich – wie es im Nachstehenden noch darzulegen gilt – die Jahre von 1988 bis 1994 als besonders interessant herausstellen, um den Systemwechsel in Ungarn vor allem in der politischen Sphäre abzubilden. Diese Forschungsintention macht es erforderlich, die politischen Grundstrukturen innerhalb der ungarischen Gesellschaft herauszuarbeiten, da – wie einleitend bereits erwähnt wurde – im Speziellen das demokratische Regierungssystem auf der einen Seite politisches Sachverständnis von den Agierenden verlangt, auf der anderen Seite aber ohne die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger als Fundament des demokratischen Staates nicht realisiert werden kann. Daraus resultiert wiederum, dass ungeachtet der Fokussierung auf die Ungarische Sozialistische Partei notwendigerweise nicht allein deren Prozess analysiert werden kann – schließlich soll es sich bei dieser wie auch jeder anderen politischen Partei immer um die Repräsentation der Bürgerinnen und Bürger handeln, weshalb speziell die Gesellschaft Ungarns nicht außer Acht gelassen werden darf. In diesem Zusammenhang können ferner die Spezifika des Systemwechsels in Ungarn identifiziert und in Relation zu den theoretischen Ansätzen der Fachliteratur gesetzt werden.

Darüber hinaus soll nicht nur der Prozess der demokratischen Transformation an sich untersucht, sondern ebenfalls nach dessen Ursachen geforscht werden: Wie kam es also zur Auflösung der ehemals so mächtigen Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und einhergehend damit zum Auftreten neuer Parteien auf der politischen Bühne? Angesichts des Zusammenbrechens des sozialistischen Systems Ungarns innerhalb kurzer Zeit muss schließlich; um auch die forschungsleitenden Fragestellungen fundiert beantworten zu können; nach den Erklärungen dafür gefragt werden, wie es zum Abstieg der ehemaligen Weltmacht und ihres Regierungssystems kam – vielleicht auch kommen musste. Von daher ist zur Bearbeitung der Thematik eine zeitgeschichtliche Perspektive zu beziehen, aus welcher heraus diverse Faktoren betrachtet werden sollen: Zum einen interessiert die politische Kultur Ungarns im Systemwechsel und dessen Folgen. Zum anderen ist die vergangene politische Organisation ebenso wie die neue demokratische herauszuarbeiten, zu beschreiben und dann sind diese miteinander zu vergleichen. Gleiches gilt für die (alten und neuen) Parteien und Interessensvertretungen.

Um diesem Forschungsinteresse nachzugehen und die im Unterkapitel 1.1. dargelegten Fragestellungen und eigenen Überlegungen zur präsentierten Thematik beantworten bzw. überprüfen zu können, ist ein klarer Aufbau hilfreich, um inmitten der Komplexität des Themas nicht den Überblick zu verlieren. Im Anschluss an dieses Unterkapitel ist entsprechend des Anspruchs einer wissenschaftlichen Ausarbeitung das methodische Vorgehen vorzustellen und bezüglich seiner Wahl zu erklären. Hieran schließt sich ein Überblick über den aktuellen Stand der Forschung an. Letzteres geschieht jedoch weniger tief, da die relevanten Theorien und Ansätze aus der Fachwissenschaft in den weiteren Hauptkapiteln dieser Abschlussarbeit im Detail herangezogen werden.

Damit zu jedem Zeitpunkt das Verständnis des Lesers/ der Leserin gewährleistet ist, beinhaltet Hauptkapitel 2. die wesentlichen Termini, auf die bei der Behandlung der Thematik nicht verzichtet werden kann.

Das dritte Hauptkapitel fokussiert den Forschungsgegenstand des politischen Transformationsprozesses, wofür zunächst einmal eine Definition und Beschreibung der politischen Systemtransformation notwendig ist. Hierzu wird die einschlägige Fachliteratur herangezogen, um eine theoretische Erfassung der Transformation des politischen Systems vorzulegen, die dann wiederum auf die realen Geschehnisse in Ungarn umgelegt werden kann. Hierzu werden im Speziellen das 3-Phasen Modell nach Brzezinski und ein systemtheoretischer Zugang im Sinne von Niklas Luhmann herangezogen. Hierbei handelt es sich um zwei populäre Ansätze, die deshalb exemplarisch ausgewählt worden sind. Diese theoretischen Erkenntnisse können dann wiederum auf die historischen Geschehnisse um die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei als Staatspartei Ungarns bezogen werden. Daraus sind die ausschlaggebenden Impulse abzuleiten, die letztlich zum realen politischen Systemwechsel in Ungarn geführt haben.

In Hauptkapitel 4. erfolgt der themenbezogene Einstieg in den Inhalt des Vorliegenden mit einem historischen Überblick über das politische System in Ungarn. Im Sinne der Übersicht und aufgrund der Tatsache, dass diese

Entwicklungen in der Regel aufeinander aufbauen, wird dabei chronologisch in fünf Phasen vorgegangen, um die vorherrschenden politischen Ideologien in Ungarn zu identifizieren. In der ersten Phase steht Ungarn in der Zeit nach der K.u.K.-Doppelmonarchie im Mittelpunkt, bevor der Erste Weltkrieg, Trianon und die Zwischenkriegszeit aufgearbeitet werden. In der dritten abgesteckten Phase findet sich Ungarns Rolle im Zweiten Weltkrieg. Hieran schließt die Entstehung der sozialistischen Volksrepublik und die Ära Rákosis an. Die Ungarische Revolution des Jahres 1956 und die Beschreibung der Konsequenzen für die Politik sind Thema eines nächsten Kapitels. Der Kádárismus bildet als der sozialistisch orientierte Sonderweg Ungarns die sechste historische Phase von Interesse, bevor das dritte Hauptkapitel mit den späten 1980er Jahren und der Beschreibung des Systemwechsels abgeschlossen wird.

Des Weiteren ist die soziale Lage der Bevölkerung Ungarns darzulegen, was im fünften Hauptkapitel zum einen hinsichtlich der Annäherung Ungarns an den Westen, zum anderen bezüglich des Paradigmenwechsels in der Wirtschaft (Reform von 1968) getan wird. Der nicht immer chronologische Aufbau intendiert, den Fokus ganz gezielt auf Aspekte zu legen, die sich bei der Betrachtung des jeweils Vorherigen als besonders interessant herausgestellt haben. Es folgt die wiederum in fünf Phasen untergliederte Analyse des politischen Systemtransformationsprozesses: Ausgangslage (1985), radikale Liberalisierung (1985 bis 1988), Demokratisierung (1988 bis 1990), Konsolidierung (1990 bis 1994) und schließlich der Zustand der Demokratie in Ungarn heute. Interessant sind in dieser Entwicklung im Besonderen die Wahlergebnisse, welche die Ungarische Sozialistische Partei als Nachfolgerin der Arbeiterpartei erzielen konnte. Diesbezüglich werden die Parlamentswahlen 1990 und 1994 beleuchtet und ausführlich interpretiert.

Im Rahmen des siebten Hauptkapitels wird schließlich die Konsolidierung in Ungarn in den Mittelpunkt gerückt, welche in Bezug auf drei Aspekte bzw. Geschehnisse analysiert werden soll. In Unterkapitel 7.1. interessiert einleitend die ganz pragmatische Konsolidierungspolitik in ihrer sozialistisch-liberalen Prägung. Erneut unter Referenz auf die tatsächlichen Wahlergebnisse müssen

die Parlamentswahlen und einhergehend damit die Bildung der Regierung im Jahr 1994 betrachtet werden.

Die vorliegende Arbeit endet mit der Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse und der Beantwortung bzw. Bewertung der postulierten Fragestellungen und Überlegungen. Ebenso wenig soll auf eine knappe kritische Einschätzung des Geleisteten und ein gegenwärtiger Ausblick für die mögliche weitere wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema des Regierungssystems Ungarns verzichtet werden.

1.3 Methodisches Vorgehen

Für das wissenschaftliche Aufarbeiten eines Themas ist die Nachvollziehbarkeit des Vorgehens essentiell. Aus diesem Grund darf es nicht versäumt werden, kurz das methodische Vorgehen vorzustellen, um den Weg zu den Ergebnissen klar verständlich zu gestalten.

Grundlegend für die vorliegende Ausarbeitung ist ein funktionaler Analyseansatz der Ungarischen Sozialistischen Partei. Hierüber soll in erster Linie deren zentraler Stellenwert für den demokratischen Systemtransformationsprozess aufgezeigt werden. „Die funktionale Analyse wurde als Theorietechnik mit der Mathematik verglichen. Sie benutzt Relationierungen mit dem Ziel, Vorhandenes als kontingent und Verschiedenartiges als vergleichbar zu erfassen.“⁸ Die Analysetechnik selbst ist diachron gewählt worden, um die zeitgeschichtlichen Veränderungen über die Jahre hinweg erfassen zu können. Da eine Entwicklung beobachtet wird, wäre eine synchron ausgerichtete Analysetechnik nicht adäquat gewesen, da man mit der Fokussierung auf nur eine Phase nicht in der Lage dazu wäre, die mit dem Transformationsprozess verknüpften Veränderungen hervorzuheben. Somit wird ein historischer Längsschnitt Ungarns für die gemäß der Thematik relevanten Jahrzehnte geliefert.

⁸ Von Beyme, Klaus (2000): Die politischen Theorien der Gegenwart: eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 134.

Nachdem die Erkenntnisse aus den einzelnen Kapiteln (vgl. den im vorhergehenden Kapitel dargelegten Aufbau dieser Arbeit) im Einzelnen generiert wurden, sieht das weitere methodische Vorgehen so aus, dass in Form einer Zusammenschau den Transformationsprozess am praktischen Beispiel des Wandels einer ehemals kommunistischen zu einer solchen Partei widergespiegelt werden soll, die nunmehr als demokratische Partei im westlichen Demokratieverständnis auftritt. Die Methodik umfasst demnach theoretisch fachwissenschaftliche Literatur, die über Stichwortsuchen in Fachliteraturmasken gefunden wird.

Zusätzlich zur Literaturrecherche- und Analyse, die nach zentralen thematischen Stichworten (*Transformation, Politik Ungarns* etc.) werden vorhandene Daten über die Wahlen aufgearbeitet und grafisch einander gegenüber gestellt sowie interpretiert. Auf Basis dieser Daten wird der Transformationsprozess am Beispiel des Wandels der Kommunistischen Partei Ungarns deutlich. Entlang dieses Wandels werden die auffallenden Veränderungen im Regierungssystem aufgezeigt werden.

1.4 Stand der Forschung

Der Forschung⁹ kann zunächst einmal entnommen werden, dass Ungarn ein vergleichsweise kleines, kontinentales Land in Mitteleuropa ist. Inzwischen konnte sich grundsätzlich eine stabile demokratische Regierungsform etablieren und eine am freien Markt orientierte Volkswirtschaft ausbilden. Letztere – wie es noch eingehender in den folgenden Kapiteln dargelegt werden wird – liegt hinsichtlich ihrer Entwicklung im europäischen Mittelfeld, legt aber ein dynamisches Wachstum an den Tag. Sie zeichnet sich ferner durch ihre enge Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung aus. Die rasche Entwicklung zu einer politisch relevanten Nation Europas ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass Ungarn eine – wenn nicht gar die – führende Rolle bei der politischen Wende 1989/1990 gespielt hat, sondern sich in nur einer Dekade dem transatlantischen Sicherheits- und Wirtschaftssystem angeschlossen hat. Des

⁹ Vgl. Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Staatenwelt Europas. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2006, Schriftenreihe Band 443, S. 392.

Weiteren ist Ungarn Mitglied der OECD wie auch der NATO. Zur hervorragenden Integration innerhalb Europas hat schließlich die Vollmitgliedschaft in der EU seit dem 1. Mai 2004 beigetragen. Vielfach findet sich in der Literatur dazu eher eine Zusammenschau politischer Systeme und Parteien Osteuropas anstatt einer alleinigen Behandlung von Ungarn.¹⁰ Als Ausnahme hiervon ist sicherlich das kürzlich erschienene Werk von Dieringer¹¹ zu nennen. Er liefert zudem einen knappen Überblick über das Thema Ungarn in Fachdisziplinen übergreifender Weise, kann aber auch nur eine recht geringe Menge an Arbeiten konstatieren – dies gilt insbesondere für die Betrachtung politikwissenschaftlicher Aufarbeitungen, wofür er folgende zwei Werke anführt: „Die Arbeit von Korösényi (1998), später Korösényi/Tóth/Torok (2003) auf Ungarisch, sowie der Band von Kipke (2005) auf Deutsch.“¹² Einen Beitrag zum Schließen dieser Lücke zu leisten, ist vor diesem Hintergrund eine der Aufgaben dieser Arbeit.

In der Politikwissenschaft wurde zur Beschreibung des Transformationsprozesses ein Phasenmodell erarbeitet, auf welches auch in dieser Arbeit Bezug genommen wird. Da hierauf im Weiteren noch detailliert eingegangen wird, soll es an dieser Stelle nur überblicksartig vorgestellt werden: Initiiert wird der Prozess durch die Auflösung des bisherigen politischen Systems – sein Ende findet er in der Konsolidierung des neuen System bzw. von dessen Subsystemen. Dieser AnsatzLuhmanns¹³ wird zur praktischen Überprüfung auf das Beispiel Ungarns angewendet. Nach einem Wechsel einer politischen Führungsform generell – waren bzw. sind die Eliten mit spezifischen Schwierigkeiten konfrontiert. Gleiches gilt natürlich für die Zeit nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Ordnung in den Transformationsstaaten Osteuropas: Diese Problematik wird vielfach als „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ betitelt, wie es von Offe begründet wurde: „Während in stabilen polit., Systemen

¹⁰Vgl. dazu beispielsweise: Körösényi, András et al. (2009): „Das politische System Ungarns“ In: Ismayr, Wolfgang (2009): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden: VS Verlag, S. 257-418.

¹¹Hier handelt es sich um: Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Opladen: Barbara Budrich Verlag.

¹²Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Opladen: Barbara Budrich Verlag S. 17.

¹³Wolfgang, Merkel (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 69-70.

die Synchronisation verschiedener Akteure für gemeinsame *policies* und zur Systemstabilisierung und Effizienzsteigerung unabdingbar ist, wird Gleichzeitigkeit in Systemwandlungsprozessen zum Problem.“¹⁴ Und dieses Problem ist in der Wissenschaft weithin beobachtet worden: „In nahezu allen polit. Systemen Mittel- und Osteuropas treten Grenz-, Verfassungs- und *Policy*-Probleme gleichzeitig auf, ohne dass die unterschiedlichen Zeitstrukturen, die den verschiedenen Ebenen zugrunde liegen, berücksichtigt werden können.“¹⁵ Bisher hat sich die Forschung vor allem für die simultan ablaufenden Prozesse interessiert, die sich beim Übergang von der sozialistischen zur bürgerlich-liberalen Demokratie ergeben haben¹⁶. Ferner finden sich Beiträge zum Paradigmenwechsel von der sozialistischen Plan zur privaten Marktwirtschaft¹⁷. Als wichtiges Erkenntnis ist hier hervorzuheben, dass eine liberale Demokratie nicht zwingender Weise eine effektive freie Marktwirtschaft bedingt – und viceversa. Grundlegend ist in diesem Kontext auf die Theorie von Zbigniew Brzezinski hinzuweisen¹⁸ Wie noch darzulegen sein wird, erachtet er den Transformationsprozess per se nicht als Kontinuum, sondern vielmehr als die Aneinanderreihung von drei Phasen: Die politische Transformation wird von der politischen Stabilisierung gefolgt, welche wiederum von der politischen Konsolidierung abgelöst wird.

Abgesehen von der einschlägigen Fachliteratur ergab sich für die vorliegende Abschlussarbeit die große Chance, auf jenen bereits gesammelten Informationen aufzubauen, welche während eines Forschungspraktikums sowie des Diplomandenseminars gesammelt wurden¹⁹. In dessen Rahmen habe ich mich mit dieser Materie schon intensiv auseinandergesetzt, die mir als Grundlage für meine Diplomarbeit dienen soll. Daneben darf gerade in zunehmend von neuen

¹⁴Nohlen, Dieter (2009): Lexikon der Politikwissenschaft 2/ N-Z: Theorien, Methoden, Begriffe. Band 2. München: C. H. Beck Verlag, S. 1244.

¹⁵Nohlen, Dieter (2009): Lexikon der Politikwissenschaft 2/ N-Z: Theorien, Methoden, Begriffe. Band 2. München: C. H. Beck Verlag, S. 1244.

¹⁶Vgl. Kipke, Rüdiger (2005): Das politische System Ungarns: Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 30.

¹⁷Vgl. Kipke, Rüdiger (2005): Das politische System Ungarns: Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 30.

¹⁸Hans, Süssmuth (1998): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 13.

¹⁹Segert, Dieter: SE FOP: Parteienforschung als Methode der Gesellschaftsanalyse für Osteuropa. Teil 1-SoSe2009, Teil 2-WiSe 2009; Segert Dieter: Dipl. SE: Masterseminar, SoSe 2010.

Informationstechnologien geprägten Zeiten das Heranziehen von Online-Quellen nicht ausgegrenzt werden – solange diese als verlässlich bewertet werden können. Hierüber ist es möglich, aktuellere Informationen zu gewinnen, die so (noch) nicht in der Fachliteratur präsent sind.

2. Zentrale Begriffe

Ein Phänomen nahezu jeder Wissenschaft ist, dass eine Vielzahl von Definitionen für ein und denselben Terminus existiert. Dies resultiert daraus, dass von unterschiedlichen Perspektiven aus und mit divergenten Ansprüchen an terminologische Konzepte herangegangen werden kann. Umso wichtiger ist es für die Sicherung des Verständnisses dieser Arbeit, die zentralen Begrifflichkeiten nachfolgend so zu definieren, wie sie im vorliegenden Kontext verstanden werden sollen.

2.1 Kommunismus

Beim Terminus *Kommunismus*²⁰ werden viele an Namen wie etwa Marx oder vielleicht Lenin. Dabei darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass die Gedanken, die hinter dem politischen Konzept, das wir heute als Kommunismus bezeichnen, schon in der griechischen Antike bekannt waren und hier auch ihren zumindest geistigen Ursprung fanden. Schon in dieser Zeit der Menschheitsgeschichte wurde eine Gesellschaftsordnung konzipiert, die nicht auf Privateigentum gründen sollte. Ebenso wenig sollten Klassenunterschiede existieren, da kein Mensch über einen anderen herrschen sollte. Betrachtet man allein diese Kernaspekte, die das Konzept des Kommunismus ursprünglich auszeichnen, so mag wohl Jesus Christus einen idealen Kommunismus vorgelebt haben, indem er sich beispielsweise nie über seine ihn begleitenden Jünger erhob und nur das besessen und sich angeeignet hatte, was zum Leben notwendig war. Angesichts des Verweises auf die Person des historisch nicht belegten Jesus Christus ist jedoch schon sehr fraglich, ob und inwieweit solch ein idealer Kommunismus von der Masse der Menschheit gelebt werden kann. So übernahmen Marx, Engels und andere zwar Urgedanken, die kommunistische Prägungen aufweisen, waren aber allesamt nie dazu fähig, sie komplett in der Gesellschaft zu etablieren. „Der Kommunismus ist das Ziel vieler Sozialisten. Er ist der Endzustand der Gesellschaft, in dem der Staat aufgelöst ist. An Stelle der Herrschaft über Menschen tritt eine Verwaltung der Sachen.“²¹ Stattdessen hatte

²⁰ Vgl. Schmidt-Hartmann, Eva (1994): Kommunismus und Osteuropa. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 7ff.

²¹ Bevc, Tobias (2007): Politische Theorie. Stuttgart: UTB Verlag, S. 153.

die Reputation des Kommunismus darunter zu leiden, dass jene, die ihn in einer Nation durchsetzen wollten, letztlich nicht das Wohl des Volkes, sondern vielmehr die eigene Machtsicherung etc. erreichen wollten.

Etymologisch stammt der Begriff *Kommunismus* vom lateinischen *communis* = *gemeinsam*. Wie schon seit der Antike vorgegeben, impliziert dieses Gesellschaftsmodell in erster Linie die Auflösung von privatem Eigentum und dessen Übergang in ein Eigentum der Gemeinschaft. Doch nicht nur der materielle Besitz soll im Kommunismus gleich auf die Gesellschaftsmitglieder verteilt sein, sondern eben dies gilt auch für die Lebensbedingungen im kommunistischen Staat. Dieses zunächst einmal sehr harmonische und ausgeglichene Konzept des menschlichen Zusammenlebens hat immer wieder zu Überlegungen geführt. So haben sich – abgesehen von den politisch interessierten Menschen – speziell die Philosophen damit auseinandergesetzt, wie kommunistische Gesellschaftsutopien aussehen könnten, wobei die Existenz von Privateigentum stets als die entscheidende Hürde betrachtet wurde, diese Utopie tatsächlich realisieren zu können – so etwa die Auffassung von Platon in *Der Staat*. Gleichsam setzen Thomas More in *Utopia* (1516) und Tommaso Campanella in *Civitas Solis* (1623) am Gemeineigentum an, um ihre kommunistischen Modelle aufzubauen. Wie im Verweis auf Jesus Christus schon ersichtlich wurde, liegen oft auch urchristliche und kommunistische Gedanken nahe beieinander:²² Dies zeigte sich vor allem im Mittelalter, als in Christengemeinden und Glaubensgemeinschaften am Kommunismus orientierte Vorstellungen und Praktiken umgesetzt wurden. Ein weiteres Beispiel dafür ist ebenso der Jesuitenstaat in Paraguay (1609-1769).²³

Erstmalig wurde dies in Folge der Französischen Revolution in Bezug auf ein neues Regierungssystem diskutiert, da man sich in dieser Phase auf die Suche nach einer – klar anders ausgerichteten – Alternative zu den bisherigen Herrschaftsformen (Monarchie) machte²⁴. Diese Tendenz setzte sich im 18. und 19. Jahrhundert fort, insbesondere auf dem Gebiet der Soziologie, wo Charles

²² Vgl. Reitz, Rüdiger (1983): Christen und Sozialdemokratie. Stuttgart: Radius Verlag, S. 38.

²³ Vgl. Faber, Richard (1994): Sozialismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 105.

²⁴ Vgl. Bernath, Mathias (1981): Europa von der französischen Revolution zu den nationalstaatlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 1ff.

Fourier und William Morris hervorzuheben sind. „Fourier ist der Auffassung, dass die menschliche Natur sich nicht ändern lässt, aber doch entfalten kann. Man müsse nur die gesellschaftlichen Verhältnisse der menschlichen Natur anpassen. Daraus folgt für Fourier eine radikale Gesellschaftskritik, da sich augenscheinlich die derzeitige Gesellschaft zu wenig um das Wohlergehen der Menschen kümmert.“²⁵ Für die vorliegende Ausarbeitung ist die Auffassung interessant, dass sich durch den Niedergang des Kommunismus 1989 nicht einfach nur ein politisches System verabschiedete, sondern daraus – etwa hinsichtlich der angespannten Situation des Kalten Krieges – gravierende Veränderungen resultierten: „Die Welle der Veränderung ergriff vor allem die Blockstaaten des Warschauer Paktes, machte aber auch vor Westeuropa nicht Halt. Eine neue weltgeschichtliche Epoche begann, für die gilt – wie es William Outhwaite und Larry Ray 2005 formulierten: `Weare all postcommunistnow.`“²⁶

2.1.2 Sozialismus

Eine Definition des Begriffs *Sozialismus* gestaltet sich von daher nicht immer einfach, weil die sozialistischen Konzepte²⁷ – so beispielsweise an der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zu sehen – häufiger mit den kommunistischen vermischt und damit auch verwechselt werden. Und tatsächlich hängen beide Konzepte sehr wohl eng miteinander zusammen, sind aber gerade aus einem akademischen Anspruch heraus doch möglichst sauber zu differenzieren. Aus diesem Grund gestaltet sich die Definition von *Sozialismus* einfacher, wenn sie kontrastiv zu dem formuliert wird, was wiederum als *Kommunismus* bezeichnet wird. Der Kommunismus²⁸ beinhaltet den Ansatz, dass alle Menschen aus freien Stücken und nach ihren jeweiligen Möglichkeiten arbeiten und dafür alles bekommen, was sie zum Stillen ihrer Bedürfnisse benötigen – also Nahrung, Unterkunft etc. Privateigentum wie auch Geld als Tauschmittel für Waren und Indikator für mehr oder weniger Besitz eines

²⁵Bevc, Tobias (2007): Politische Theorie. Stuttgart: UTB Verlag, S. 155.

²⁶Großbölting, Thomas / Kollmorgen, Raj / Möbius, Sascha / Schmidt, Rüdiger (Hrsg.) (2010): Das Ende des Kommunismus. Die Überwindung der Diktaturen in Europa und ihre Folgen. Essen: Klartext Verlagsgesellschaft, S. 7.

²⁷ Vgl. Bevc, Tobias (2007): Politische Theorie. Stuttgart: UTB, S. 149ff.

²⁸ Vgl. Bevc, Tobias (2007): Politische Theorie. Stuttgart: UTB, S. 153f.

Menschen gegenüber anderen sind ausgehend davon in einer Gesellschaft überflüssig. „Der allgemeinste darum allerdings auch der oberflächlichste Begriff von Sozialismus ist die Vorstellung von einem Gesellschaftszustand, wo es weder Reiche noch Arme gibt, wo vieles allen gemeinsam ist und eine starke Brüderlichkeit herrscht. Wo diese Merkmale fehlen, wo weitgehende sachliche Gemeinschaft, weitgehende ethische Gemeinschaftlichkeit und Abwesenheit großer Vermögensunterschiede fehlen, fehlen die wesentlichen Attribute des Sozialismus.“²⁹

Der Sozialismus stellt demgegenüber lediglich eine Vorstufe zu der eben skizzierten Gesellschaftsform dar, in der die kommunistische Utopie noch nicht erreicht werden konnte. Der signifikante Unterschied zum Kommunismus besteht nun darin, dass im Sozialismus sowohl Geld als auch Privateigentum noch existent sind, obgleich in weitaus geringerem und staatlich stärker reguliertem Ausmaße als etwa in einer kapitalistisch orientierten Gesellschaft. Der Sozialismus bereitet demnach die Gesellschaft auf den Übergang in den tatsächlichen Kommunismus vor, da es – dies ist eine ganz praktische Überlegung – nicht gelingen kann, von heute auf morgen das Geld und jegliches Privateigentum aufzulösen. Schließlich muss aber konstatiert werden, dass es beide Erscheinungsformen in idealer Form bis dato nie gegeben hat. Umso überraschender scheint es, wie oft von sozialistischen oder kommunistischen Staaten die Rede ist, womit vermittelt wird, dass sie diese Ideen in die Tat umgesetzt hätten. Dies war und ist jedoch de facto in der bisherigen Menschheitsgeschichte noch nicht der Fall gewesen. All jene, die sich als sozialistisch oder – was noch weniger der Definition entspricht – kommunistisch bezeichnen, befinden sich maximal auf einem Weg dahin, waren und sind aber bis zum heutigen Tage weit davon entfernt, den definitorisch fixierten Zustand von Sozialismus oder gar Kommunismus zu erreichen.

Aus westlicher und damit zumeist kapitalistisch geprägter Perspektive ist beim Sozialismus selbstverständlich das Wirtschaftssystem von Interesse: „Die Irrtumsbereitschaft der westlichen Sozialwissenschaften gegenüber dem Sozialismus milderte sich erst Ende der 70er Jahre, als die Wirtschaftssysteme in

²⁹Bernstein, Eduard (2008): Der Sozialismus einst und jetzt. Fairford: Echo Library, S. 9.

die Krise gerieten, die wirtschaftliche Öffnung und die joint ventures nicht die erhofften Erfolge zeitigten und die sozialistischen Länder immer tiefer in die Schuld beim westlichen `Klassengegner` gerieten.“³⁰ Bis zu diesem Zeitpunkt war man davon ausgegangen, dass der Sozialismus bezüglich der Wirtschaft zumindest in gewissen Belangen dazu in der Lage sei, sich an andere Systeme anzulehnen bzw. sich flexibel zu zeigen. Nun war es aber erforderlich geworden, das, was als Sozialismus aufgefasst wurde, innerhalb der Phase von Perestroika kontinuierlich auf ein früheres Datum zu fixieren, da die Geschehnisse dieser Zeit entgegen der Auffassung einer Anpassungsfähigkeit standen.³¹

2.1.3 Demokratie

Der Terminus *Demokratie* hat seinen etymologischen Ursprung im griechischen *demos* = Volk und *kratein* = herrschen, voraus sich als Übersetzung für *demokratein* die *Volksherrschaft* ergibt. Bei den Athenern wurde diese Demokratie als eine eigene Verfassungsform gepflegt, bei der die Herrschaft in den Händen des einfachen Volkes lag. Für diese Urform muss jedoch angemerkt werden, dass nicht nur Sklaven wie auch ausländische Personen davon ausgenommen wurden, sondern ebenso Frauen³². Allerdings unterlag das demokratische Konzept einer Entwicklung in der Zeit, so dass – wie es dann beispielsweise im heutigen Österreich zu sehen ist – nunmehr auch zumindest auf dem Papier Frauen gleichberechtigt an der Demokratie mitwirken. „Trotz autokratischer Gegenbewegungen erlebt die Demokratie eine recht einmalige Expansionsgeschichte, und dies ist dem Anschein nach noch nicht zu Ende.“³³ Demzufolge ist die Demokratie nach modernem Verständnis als eine Staatsform zu definieren, in welcher das Volk (Frauen wie Männer) die Staatsgewalt besitzt und diese direkt oder auch bzw. und indirekt praktizieren. Dies kann mit dem bekannten Zitat von Abraham Lincoln über die Demokratie wie folgt auf einen

³⁰Buzogany, Aron / Frankenberger, Rolf (Hrsg.) (2007): Osteuropa. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Baden-Baden: Nomos, S. 31.

³¹Vgl. Buzogany, Aron / Frankenberger, Rolf (Hrsg.) (2007): Osteuropa. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Baden-Baden: Nomos, S. 31.

³² Bezogen wird sich auf <http://www.bundestagswahl-bw.de/demokratie0.html> (letzter Abruf am 16.4.2011)

³³ Pickel, Susanne / Pickel, Gert (2006): Politische Kultur- und Demokratieforschung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 152.

Nenner gebracht werden: „Governmentofthepeople, bythepeopleandforthepeople.“ Dies entspricht der „ursprüngliche[n] Bedeutung der Demokratie als `Herrschaft des Volkes`“³⁴.

Auffallend für den Begriff der Demokratie verglichen mit Kommunismus ist die Tatsache, dass – angesichts von gesellschaftlich-historischen Veränderungen wie der Abschaffung der Sklaverei – seine Definition von der jeweiligen Zeit und dem Begründer der Definition selbst abhängig ist. Die Konsequenz davon ist, dass man sich zwar über das Grundkonzept einer Volksherrschaft durchaus einig ist, dieser Konsens bislang aber nicht auf eine universelle Definition übertragen werden konnte. Somit existiert eine Vielzahl von Definitionen für die Demokratie, die sich zwar alle ähnlich aber doch nicht deckungsgleich sind, weil sie mit den jeweiligen politischen, historischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten sowie der persönlichen Perspektive des Theoretikers verbunden sind. „Einig ist man sich in den prozeduralistischen Ansätzen dahingehend, dass Demokratie verschiedene grundsätzliche Freiheiten und Rechte beinhaltet. Diese werden dann als konstitutiv für die Identifikation eines Staatengebildes als Demokratie angesehen [...] und müssen von allen Herrschaftssystemen, die als Demokratie bezeichnet werden wollen, so eingelöst werden.“³⁵ Dennoch kann sich auch die Politikwissenschaft nicht auf eine spezifische Definition berufen, wie folgend kurz skizziert werden soll.³⁶

Der griechische Staatsgelehrte Perikles (ca. 500-429 v. Chr.) sprach bereits in der Antike von einem demokratischen Staat: „Die Verfassung, die wir haben [...] heißt Demokratie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf die Mehrheit ausgerichtet ist.“³⁷ Im Grunde findet sich in dieser Definition schon der signifikante Ansatz der Demokratie, dennoch war dies erst der Stein des Anstoßes für eine wahre Flut an demokratischen Ansätzen, Begrifflichkeiten und Modellen (theoretische wie auch praktische), die noch folgen sollte. Genau auf

³⁴ Pickel, Susanne / Pickel, Gert (2006): Politische Kultur- und Demokratieforschung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 153.

³⁵ Pickel, Susanne / Pickel, Gert (2006): Politische Kultur- und Demokratieforschung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 153.

³⁶ Bezogen wird sich auf <http://www.bundestagswahl-bw.de/demokratie0.html> (letzter Abruf am 16.4.2011)

³⁷ <http://www.bundestagswahl-bw.de/demokratie0.html> (letzter Abruf am 16.4.2011)

diesen fehlenden Konsens unter den Theoretikern, Philosophen und Politikern weist kurz darauf Aristoteles hin, der im Laufe des 4. Jahrhunderts v. Chr. konstatierte: „Jetzt aber meinen einige, es gäbe bloß eine Demokratie [...], doch das ist einfach nicht wahr.“³⁸ Herodot (484-425 v. Chr.), der nun wiederum in erster Linie Historiker, nicht Philosoph oder Politiker war, weist dagegen darauf hin, dass im 5. Jahrhundert v. Chr. Kleisthenes für die Etablierung der demokratischen Staatsform in Athen verantwortlich gewesen sei.³⁹ Diese antike Demokratie manifestierte sich von ca. 508/507 bis 322 v. Chr. in einer weitgehenden Selbstregierung der Bürger (nicht der Bürgerinnen) Athens und wird selbst heute als die Staatsform der Moderne betrachtet, wenn von legitimer politischer Ordnung die Rede ist. Die „Demokratie“ gilt als „die moderne Organisationsform politischer Herrschaft“⁴⁰. Die elementaren Charakteristika einer Demokratie sind dabei im Lauf der Zeit nicht wirklich umgeworfen worden, allerdings mussten sie entsprechend dem Wandel der Zeit kontinuierlich angepasst und spezifiziert werden. Heute steht der einzelne Bürger bzw. die einzelne Bürgerin im Zentrum des demokratischen Systems, das seine BürgerInnen in ihrer Würde und Einzigartigkeit schützen soll. Letzteres wird über die in Verfassungen verankerten Menschen- und Grundrechte realisiert, die in Demokratien als essentiell eingehalten werden müssen. Hieraus ergibt sich wiederum die definitorische Differenzierung gegenüber Diktaturen, in denen nur eine Person im Mittelpunkt steht – also die Macht alleine auf sich konzentriert – und die Grund- bzw. Menschenrechte keine Gültigkeit besitzen.⁴¹

Für die Untersuchung und Bewertung von Demokratie bieten Segert und Machos ein interessantes Modell an, in dem sie zumindest die in einem Land (wie beispielsweise Ungarn) vorhandenen Voraussetzungen für ein demokratisches Regierungssystem evaluieren können.⁴² Hierzu untersuchen sie zum einen die Liberalisierung der kulturellen Sphäre (Wie sehr zieht sich also der Parteistaat aus den Bereichen wie Medien, Kunst, Ausbildung zurück?), den konkurrierenden Einfluss nicht-marxistischer Ideologien (auf interner Ebene:

³⁸ <http://www.bundestagswahl-bw.de/demokratie0.html> (letzter Abruf am 16.4.2011)

³⁹ Vgl. <http://www.bundestagswahl-bw.de/demokratie0.html> (letzter Abruf am 16.4.2011)

⁴⁰ <http://www.bundestagswahl-bw.de/demokratie0.html> (letzter Abruf am 16.4.2011)

⁴¹ Vgl. <http://www.bundestagswahl-bw.de/demokratie0.html> (letzter Abruf am 16.4.2011)

⁴² Vgl. Dieter, Segert / Machos, Csilla (1995): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH, S. 56f.

Kirchen; auf externer Ebene: Westmedien), zum anderen die Unabhängigkeit von Reformen in der Staatspartei (Wie sieht also die Kontrolle des Apparates über die einzelnen Mitglieder aus?) und schließlich das Wirken von unabhängigen Verbänden und Parteien. Für eine genauere Analyse darf auf die in der Fußnote angegebene Quelle verwiesen werden, so dass für die Thematik dieser Arbeit lediglich festgehalten werden soll, dass Ungarn hier die Bewertung „gut“ erhalten hat.

2.1.4 Kádárismus

Die speziell für die vorliegende Arbeit und ihre Zielsetzung relevante Staatsform *Kádárismus* verdankt ihre Bezeichnung dem ungarischen Regierungs- und Parteichef Janos Kadar. Dieser prägte Ungarn ab den 1950ern viele Jahre lang mit seiner bis dahin nicht praktizierten Politik der Depolitisierung. Es lässt sich genauer eine Differenzierung der Ära Kadar „in drei Phasen [vornehmen]: in den Frühkádárismus von 1956 bis in die Mitte der siebziger Jahre, in den Hochkádárismus bis 1985 und in den Spätkádárismus bis zu dessen Sturz 1988.“⁴³ Diese Depolitisierung der Politik scheint zunächst ein Widerspruch in sich selbst zu sein, jedoch meint diese Depolitisierungspolitik in erster Linie die verstärkte Achtung des Volkes, für das die Politik da sein sollte – und nicht umgekehrt, dass das Volk lediglich der Spielraum für die Politik sein sollte. Dementsprechend zeichnet sich der Kádárismus durch – wenn auch nur gelegentliche – Zugeständnisse seitens der politischen Führung an die Bevölkerung aus.⁴⁴

2.2 Systemwechsel

Für die vorliegende Arbeit wird unter dem Terminus „Systemwechsel“ der Wechsel von einem politischen Regierungssystem (z.B. einer Diktatur oder eines

⁴³ Ranke Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im Öffentlichen Leben (1991): Historische Mitteilungen. Band 4-5. Hamburg: Ranke Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im Öffentlichen Leben, S. 154.

⁴⁴Vgl. Ranke Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im Öffentlichen Leben (1991): Historische Mitteilungen. Band 4-5. Hamburg: Ranke Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im Öffentlichen Leben, S. 154.

Einparteiensystems) hin zu einem anderen politischen Regierungssystem (z.B. einer Demokratie, eines Mehrparteiensystem) gefasst. Dieser Wechsel auf politischer Ebene beinhaltet darüber hinaus eine Veränderung des politisch-administrativen Institutionengefüges und der Rahmenbedingungen, unter denen die politisch Aktiven (z.B. Politiker, Parteien) agieren. Für das hier fokussierte Ungarn gibt es bezüglich des Systemwechsels bislang nur wenig Forschungsliteratur und so „steckt die wissenschaftliche Forschung zum Systemwechsel gegenwärtig noch in den Anfängen. Im deutschsprachigen Bereich wurden bisher lediglich einzelne Aspekte der Entwicklung beleuchtet.“⁴⁵ Allerdings hat sich die Forschungslage seit diesem Zitat doch verbessert.

Des Weiteren ist an dieser Stelle auf die Begriffe „Systemwechsel“ und „Regimewechsel“ in Relation zum „System-“ bzw. „Regimewandel“ einzugehen.⁴⁶ Die Verwendung des Wortes „Wandel“ impliziert, dass das Ergebnis des Prozesses der Veränderung von System oder Regime in der Regel unklar ist – es ist also nicht schon vorher bekannt, wohin diese Veränderung im politischen System führen wird. Handelt es sich dagegen um einen Wechsel des politischen Systems bzw. des Regimes, so ist allen daran Beteiligten bereits bei Beginn des Transformationsprozesses bekannt, welches System am Ende davon stehen wird. Dies ist beispielsweise im Falle Ungarns zu beobachten, als sich die Politik auf den Weg zu einer Demokratie machte. Wandlerscheinungen, die als evolutionär zu bezeichnen sind, oder auch Reformen treten hierbei als Hinweise dafür auf, dass solch ein Wechsel bevorsteht. Vielfach wird auch dann von einem Regimewechsel gesprochen, wenn innerhalb kurzer Zeit beispielsweise die Spitze der politischen Führung eines Landes ausgetauscht wird – was wiederum Ergebnis von Aufständen des Volkes sein kann. Nach Beyme/Nohlen (1995) handelt es sich aber nur dann tatsächlich um einen solchen Wechsel, wenn eine signifikante Änderung von Herrschaftsweise, -zugang, -struktur und Herrschaftsanspruch stattgefunden hat. Liegt lediglich eine Mischform von zwei oder auch mehr Regimen vor oder wurde bisher lediglich eine defekte Demokratie aufgebaut, so ist der Wechsel von Regime bzw. System noch nicht

⁴⁵ Fata, Márta (2004): Das Ungarnbild der deutschen Historiographie. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 214.

⁴⁶ Vgl. hierzu Merkel, Wolfgang (2009) und im Folgenden Beyme/Nohlen 1995: Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 66.

komplett vollzogen worden, weshalb in diesen Fällen von einem nicht kompletten oder auch stagnierenden Wechsel gesprochen wird.

2.3 Massen und Eliten als die zwei elementaren Akteursgruppen in der Transformation

Je nachdem, ob eine Untersuchung der Transformation von einem strukturalistischen, auf die Akteure fokussierten oder funktionalistisch ausgerichteten Zugang erfolgt, wird bezüglich der Transformation eine andere Rolle eingeräumt – dies ist mal mehr, mal weniger wichtig. Entsprechend heterogen zeigen sich auch die Meinungen in der Fachliteratur, wie es im Rahmen der Literaturrecherche festgestellt wurde (Angaben hierzu finden sich im Literaturverzeichnis⁴⁷). Wenn allerdings die Akteure als bedeutsames Element in der Entwicklung des Transformationsprozesses gesehen werden, so ist die Auffassung diesbezüglich wiederum homogen: Es wird prinzipiell zwischen den Eliten⁴⁸ und den Massen in einem Staat differenziert. Erster zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine leitende Rolle einnehmen und die Transformation aktiv gestalten bzw. vorantreiben oder auch zu verhindern versuchen. Die Massen werden dann jedoch dazu gebraucht, die Intentionen der Eliten ganz praktisch auf der Straße durchzusetzen. Die Massen fungieren also quasi als das Instrument der Eliten, um die Ideen beispielsweise zur politischen Führung des Landes durchzusetzen.

Dieser Auffassung, dass die Eliten und Massen von entscheidender Bedeutung für den Transformationsprozess seien, standen in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts die Modernisierungstheorien entgegen. Diese gründeten in der Annahme einer sozialen Voraussetzung der Demokratie, welche von Seymour Martin Lipset (1959, 1981)⁴⁹ postuliert worden war. Als Elemente mit ausschlaggebender Wirkung auf die Demokratiefähigkeit des politischen Systems

⁴⁷ Vgl. Merkel, Wolfgang (2009): Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Wiesbaden: VS Verlag, S.89.

⁴⁸Vgl. Internationales Symposium der Stiftung Ettersberg (2004): Alte Eliten in jungen Demokratien?: Wechsel, Wandel und Kontinuität in Mittel- und Osteuropa. Köln / Weimar: Böhlau Verlag, S. 103ff.

⁴⁹Vgl. Petersen, Nils (2009): Demokratie als teleologisches Prinzip: zur Legitimität von Staatsgewalt im Völkerrecht. Berlin / Heidelberg / Wiesbaden: Springer Verlag, S. 47ff.

werden hierin die Akteure an sich nicht als wesentlich angenommen. Während die Eliten nur in indirekter Weise als die Triebkräfte für moderne Bewegungen im Staat angesehen werden, indem sie gewisse soziale wie auch ökonomische Ressourcen vorlegen, die zur Ausbildung einer Demokratie erforderlich sind, werden die Massen – wenn überhaupt – als eine Menge angesehen, die einer Demokratie zumindest nicht abgeneigt ist. Letztlich sei – so die Modernisierungstheorien weiter – aber die ökonomische Entwicklung dafür verantwortlich, ob und inwieweit erfolgreich sich eine Transformation vollziehen kann. Ausgehend davon soll im Nachstehenden nun ein Blick darauf geworfen werden, wie sich die Massen und Eliten in realen Transformationsprozessen und deren einzelnen Phasen verhalten bzw. darin eingebracht haben.

2.3.1 Die Rolle der Massen und Eliten in den Transformationsphasen

Für die Geschehnisse um die Transformationen der dritten Demokratisierungswelle in Osteuropa⁵⁰ beginnend 1974 kann hinsichtlich der Rolle der Massen und Eliten festgehalten werden, dass die Massen speziell zu Beginn eines Systemwechsels von erheblicher Relevanz sind. Dies ergibt sich daraus, dass sie durch ihre Mobilisierung einen sozialen Druck ausüben können. Dieser Druck auf das bis dahin bestehende Regime ist am stärksten in dem Moment, in dem es zu verfallen beginnt, bzw. wenn bereits der Demokratisierungsprozess begonnen hat und von den mobilisierten Massen unterstützt wird. Vor diesem Hintergrund wirken die Massen dann auch auf das Agieren der diversen Eliten im Staat ein, indem sie beispielsweise politische Ziele oder Grundregeln für die Zukunft fordern, die dann wiederum von den Eliten im Prozess der Regierungsbildung Beachtung finden. Es handelt sich also nicht um eine einseitige Beziehung zwischen den Akteuren, dass die Eliten die Massen für ihre Intentionen mobilisieren, sondern dies gilt auch umgedreht. Als historische Belege dafür kann in chronologischer Ordnung auf den Transformationsprozess

⁵⁰Vgl. Merkel, Wolfgang (2009): Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 93ff.

in Portugal (1974), Brasilien (1984/85), Korea (1986), Polen (1988) und die DDR (1989) verwiesen werden.⁵¹

Die Macht der Rolle der Massen nimmt dann jedoch mit dem Ausklang der Demokratisierungsphase ab, wenn es nunmehr darum geht, mit klugen politischen, ökonomischen, sozialen etc. Entscheidungen und Sachverständnis die demokratischen Einrichtungen aufzubauen, verfassungsrechtliche Grundsätze auszuarbeiten etc., wofür die Eliten besser als die Massen geeignet sind. Die Massen werden in der Regel von dieser Grundsteinlegung des demokratischen Staates mehr oder weniger stark ausgeschlossen.⁵² Doch wie kommt es zu diesem plötzlichen Abklingen der Macht der Massen, nachdem sie in der Anfangsphase des Transformationsprozesses noch derart wichtig war? Prinzipiell – wobei man sich solchen verallgemeinernden Aussagen stets vorsichtig nähern sollte, da jeder Transformationsprozess einzigartig ist – lassen sich hierfür die folgenden drei Ursachen identifizieren:

1. Am Anfang des politischen Transformationsprozesses entsteht ein Leerraum bezüglich der Macht und Institutionen. Dieser resultiert daraus, dass die neuen verfassungsmäßigen Grundlagen und demokratischen Einrichtungen geschaffen und demokratische Wahlen abgehalten werden. Diese Institutionen der neu etablierten Demokratie normieren nunmehr das Verhalten der Bevölkerung, der sozialen Akteure wie auch der Organisationen der Zivilgesellschaft, womit immer auch eine gewisse Beschränkung im Handlungsspielraum einhergeht.
2. Es bilden sich die neuen Akteure der Politik aus – wie beispielsweise die neuen Parteien, Regierungspersonen etc. – und müssen sich untereinander einigen. Diesen Akteuren stehen verschiedene wirtschaftliche, rechtliche und administrative Ressourcen zur Verfügung. Ausgehend davon finden sich in der Führungsebene entweder die alten Eliten wieder, die eine gewandelte politische Orientierung an den Tag legen, oder es entstehen aufgrund der Ressourcenverteilung neue Eliten.

⁵¹ Vgl. Merkel, Wolfgang (2009): Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 91.

⁵² Vgl. Merkel, Wolfgang (2009): Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 93ff.

3. Während der zweiten Phase, in der sich die Eliten zurückziehen und die Transformation unter sich vorantreiben, erfahren die Massen jedoch die eigene limitierte Möglichkeit, weiterhin Einfluss auf das politische Geschehen zu nehmen, wie es Plasser et al. (1997) konstatieren. Es wird also eine gewisse Machtlosigkeit der Bürgerinnen und Bürger erfahren, weshalb sie sich aus der staatlichen Sphäre zurück in die private Sphäre ziehen und den Eliten die Führung der Politik überlassen, wie Hirschman (1988) feststellt.

3. Politische Systemtransformation

Um in diesem dritten Kapitel die politische Systemtransformation⁵³ beschreiben zu können, ist es erst einmal erforderlich, den Begriff selbst näher zu untersuchen und die Inhalte darzulegen, die sich hinter den einzelnen Wortteilen des Terminus verbergen. Anschließend daran kann die theoretische Beschreibung des politischen Systembegriffes unter Verwendung der einschlägigen Fachliteratur vorgenommen werden. Im Speziellen wird die politische Systemtransformation erstens auf Basis des 3-Phasen Modells von Brzezinski aufgearbeitet, bevor zweitens ein systemtheoretischer Zugang im Sinne Niklas Luhmanns als Begründer der Systemtheorie in den Mittelpunkt rückt. Zum Abschluss des Kapitels 3 findet sich eine Skizzierung des Ablaufs eines idealtypischen Transformationsprozesses – soweit ein solcher existieren kann – am Beispiel von Ungarn. Hierbei wird auf die historischen Geschehnisse Bezug genommen wird, die im Vorangegangenen schon dargelegt worden sind.

3.1 Definition der politischen Systemtransformation

Die zwei terminologischen Teile, aus denen der Begriff besteht, sind das politische System auf der einen und die Transformation auf der anderen Seite. Ersterer Begriff offenbart bei näherem Blick eine Fülle an Inhalten, da das politische System sich sowohl als Staat, als Regime wie auch als Regierung manifestiert. Obgleich in dieser Arbeit von einem allgemeinen Verständnis des Begriffes ausgegangen wird, der nicht näher zwischen diesen Inhalten differenziert – wenn doch, dann wird dies explizit gemacht –, sollte darauf zumindest kurz eingegangen werden. Der Begriff des Systems hat, so Merkel (1994), Sandschneider (1995) oder auch Welzel (1996), zuletzt nach dem Niedergang des Kommunismus gerade in dem Bereich der Politikwissenschaft größeres Interesse erfahren⁵⁴, der sich mit der Erforschung des

⁵³ Vgl. Graf, Kilian (2010): Identität und Transformation: Die integrative Wirkung einer kollektiven Identität. Hamburg: Diplomica Verlag, S. 106.

⁵⁴ Uhl, Manfred (1999): Verfassungen in den politischen Systemtransformationen Osteuropas: die postsozialistischen Verfassungsordnungen in der Russischen Föderation, Belarus und Lettland. Würzburg: Ergon Verlag, S. 25ff.

Transformationsprozesses beschäftigt. Es steht außer Frage, dass auch die Beispiele eines Transformationsprozesses in Latein- und Südamerika auf die Errichtung einer Demokratie abzielten, doch im Vergleich zu den Prozessen, die sich nach dem Fall des Kommunismus in den osteuropäischen Staaten vollzogen, herrschte hier eine ganz andere und Ausgangslage: Die Staaten Osteuropas hatten mit neuen Schwierigkeiten zu kämpfen, die bei den anderen Transformationen so nicht vorgelegen hatten, außerdem war der Grad der politischen Veränderung in den Ländern verglichen zum bisherigen System von weitaus höherer Signifikanz, wie Beyme schon 1994 feststellte.

Diese These ist damit zu erklären, dass sich die bis dahin bekannten Transformationsprozesse in Süd- und Lateinamerika in erster Linie allein in einem Wechsel des politischen Regimes zeigten. In Osteuropa war ein solcher Transformationsprozess allerdings ebenso auf der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ebene zu beobachten, da beispielsweise eine erhebliche ökonomische Schiefelage durch die jahrelang kommunistisch orientierte Marktwirtschaft entstanden war, die es nunmehr zu verbessern galt. Bei der Beschäftigung mit diesen simultan ablaufenden Transformationsprozessen ist es also adäquater, von einem System zu sprechen, da dieser Terminus den Staat wie auch das Regime abdeckt: Das System lässt demnach eine Beachtung sowohl der sozialen, kulturellen, aber auch politischen und wirtschaftlichen Aspekte zu. Des Weiteren kann der Systembegriff – um an dieser Stelle auf Luhmanns Systemtheorie vorzugreifen – als jeweils ausdifferenzierter und damit spezifizierter Bereich eines Landes betrachtet werden. Ausgehend davon, ist es möglich, sich auf funktionale Teilsysteme zu konzentrieren – beispielsweise die Politik, die Kultur, die Rechtslage im Land oder auch die Wirtschaft –, die alle zusammen wiederum das gesamte Land ausmachen und mit jeweiligen Problemen, Aufgaben etc. prägen.

Einhergehend damit erlaubt der Systembegriff auch die Frage nach der Legitimität und Stabilität des Transformationsprozesses in einem Land bezüglich der Ordnung, die auf politischer Ebene wiedergewonnen oder erst einmal etabliert werden muss – beispielsweise nach dem Zusammenbruch einer kommunistischen Führung. „Abstrakt lassen sich politische Systeme als die

Gesamtheit von Strukturen (Institutionen) und Regeln (Verfahren) begreifen, die politische und gesellschaftliche Akteure (Parteien, Verbände, Organisationen, Individuen) in regelgeleitete Interaktionsbeziehungen zueinander setzt.“⁵⁵ Die Vorstellung des Systems impliziert, dass die einzelnen Teilsysteme (Wirtschaft, Recht, Kultur etc.) zwar alle für sich existieren, doch die Stabilität des Ganzen kann nur gewährleistet werden, wenn alle Teilsysteme des großen Systems (das jeweilige Land) funktionieren. Gibt es ein schwaches Glied unter den Teilsystemen, so ist hierdurch das gesamte System gefährdet, was eine politische Ordnung zum Wohle des Aufrechterhaltens des ganzen Systems notwendig macht. Hierzu kann auf David Easton (1965) und seine Trennung von *diffuser* und *spezifischer* Unterstützung verwiesen werden. Einerseits muss sich das System über Unterstützungsleistungen – Easton spricht hier von *supports* – Regeln, Normen und Aktivitäten definieren, andererseits haben diese *supports* Sorge dafür zu tragen, dass die politischen Maßnahmen die entsprechenden Ergebnisse realisieren können. Wenn eine der zwei Seiten nicht mehr ihren Aufgaben nachkommen kann, weil sie ihre Legitimität verliert, etwa ein Regime seine Träger verliert und sich auch die Bevölkerung dagegen ausspricht, so gerät das politische System ins Wanken. Die Konsequenz hiervon ist dann eine dem System drohende Transformation.⁵⁶

Was aber ist nun unter dieser Transformation als zweitem Begriffsteil zu fassen? Analog zu Sandschneider (1995) wird in der vorliegenden Arbeit keine differenzierte Auslegung von Transformation gewählt, da die allgemein gehaltene Auslegung leichter zu erfassen ist und zu den Zielsetzungen für die Untersuchung Ungarns Transformationsprozess passt. Demnach wird grundlegend der Systemwandel wie auch der Systemwechsel, der Regimewandel wie auch der Regimewechsel unter dem Begriff „Transformation“

⁵⁵ Wolfgang, Merkel (2010): Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage 2010. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 55.

⁵⁶ Vgl. Wolfgang, Merkel (2010): Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage 2010. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 64f.

subsumiert⁵⁷ – Ausnahmen hiervon werden gegebenenfalls ausdrücklich erwähnt.

Unter „Transformation“ wird eine komplette Epoche erfasst, in welcher sich ein Wechsel von einem ehemals autoritären zu einem nunmehr demokratisch-rechtsstaatlichen System vollzogen hat. Diese Transformation gestaltet sich als ein Prozess, der nach Philippe Schmitter, Guillermo O'Donnell, und Laurence Whitehead (1986) in drei grundlegende Schritte differenziert werden kann: erstens Liberalisierung, zweitens Demokratisierung und drittens Konsolidierung. Przeworski (1991), Bos (1996) und Rüb (1996) sind nur einige der Experten aus dem Bereich der Transformationsforschung, die dieser Dreiteilung zugestimmt haben. Auf diese drei Phasen innerhalb der Transformation soll folgend genauer eingegangen werden:

1. Phase: Liberalisierung

Mit dem Begriff der „Liberalisierung“ wird das Bestreben in einem Land gemeint, durch das Durchsetzen von Reformen eine Erneuerung oder auch Stabilisierung des politischen Systems zu erreichen, das derzeit die Führung des Landes verantwortet, so dass sich hier noch kein Wechsel anbahnt. Diesbezüglich ist weiters zwischen einer radikalen und einer begrenzten Form von Liberalisierung zu differenzieren: Erstere Ausprägung kann als eine in gemäßiger Weise beabsichtigte Reform der Politik verstanden werden. Es sollen also durchaus Änderungen in der politischen Führung verwirklicht werden, doch das Fundament des bisherigen Systems bleibt davon ausgenommen. Ein Beispiel hierfür ist der auch in dieser Arbeit vorgestellte Kádárismus in Ungarn, der als ein gemäßiger Reformsozialismus beschrieben werden kann. Demgegenüber impliziert die radikale Liberalisierung ein politisches Vorgehen, das darauf abzielt, auch einige bisher bestehende Fundament-Bauteile des politischen Systems zu verändern oder ganz aufzugeben. Die politischen Akteure sind aber – verständlicherweise – darum bestrebt, ungeachtet der radikalen Reformen die eigene Macht doch beizubehalten. Zu beobachten war dies in Ungarn bei den Kräften in der Staatspartei, „die sich – gegen den Widerstand der konservativen Politiker um

⁵⁷ Wolfgang, Merkel (2010): Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage 2010. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 66.

Kádár – für eine Beschleunigung des Reform- bzw. Liberalisierungsprozesses aussprachen.“⁵⁸ Sie hatten die Absicht, „tiefgreifende politische Reformen einzuleiten“⁵⁹.

2. Phase: Demokratisierung

Liegt eine „Demokratisierung“⁶⁰ vor, so wurden die essentiellen Grundlagen und Strukturen des bisher herrschenden politischen Systems bereits aufgegeben und es hat sich eine neue Ordnung eingestellt. Am Beispiel Ungarns umfasst die Demokratisierung also den Schritt weg von einem Einparteiensystem hin zu einem parlamentarischen System. Diese Phase der Demokratisierung ist dadurch gekennzeichnet, dass neue und im Vergleich zum Bisherigen andere politische Rahmenbedingungen, Gesetze etc. aufgebaut werden müssen, auf denen sich das neue politische System möglichst stabil entwickeln kann. Für Ungarn hat sich dies zeitlich ungefähr mit der Ministerpräsidentenschaft von Miklós Németh gedeckt (vom 23. November 1988 bis zum 23. Mai 1990).⁶¹

3. Phase: Konsolidierung

Abschließend zum Transformationsprozess bezeichnet die „Konsolidierung“ nun die Zeit, in der sich das neue politische System nach und nach in den neuen Rahmenbedingungen zurechtfindet, sich seiner Pflichten bewusst wird, die Wege der Aufgabenerfüllen in der Praxis austestet etc. Schließlich funktioniert ein neues politisches System nach dem Wechsel von einem anderen nicht von heute auf morgen perfekt, sondern es bedarf eben dieser Zeit des Hineinwachsens in die neuen Verhältnisse der Politik. „Die Konsolidierung der Demokratie kann in einzelnen Teilbereichen des politischen Systems beginnen, bevor alle wichtigen demokratischen Institutionen durch die Verfassung oder einfache Gesetze etabliert

⁵⁸ Schmidt-Schweizer, Andreas (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002: von der liberalisierten Einparteiensherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 420.

⁵⁹ Schmidt-Schweizer, Andreas (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002: von der liberalisierten Einparteiensherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 420.

⁶⁰ Pickel, Gert (2006): Demokratisierung im internationalen Vergleich: Neue Erkenntnisse und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag, S. 7.

⁶¹ Vgl. Pollack, Detlef / Wielgohs, Jan (2010): Akteure oder Profiteure?: Die demokratische Opposition in den ostmitteleuropäischen Regimeumbrüchen 1989. Wiesbaden: VS Verlag, S. 233.

sind.“⁶² Als Beginn der Konsolidierung nennen O’Donnell et al. (1986) die ersten freien Wahlen, die im Lande abgehalten werden. Andere Meinungen aus der Politikwissenschaft sprechen sich dagegen für das Datum der Unterzeichnung der demokratischen Verfassung als Anfangspunkt der Konsolidierung aus – dafür spricht, dass zu diesem Zeitpunkt schon die in der Demokratisierung aufgebauten politischen Institutionen, die politischen Grundregeln, das Parlament etc. vorhanden sind und nun ihre Arbeit auf Basis der Verfassung aufnehmen können. Somit meint die Konsolidierung keinen fixen Zustand des Systems, der einmal erreicht nicht mehr verändert wird, sondern es ist notwendige kontinuierliche Reaktion des politischen Systems auf die jeweiligen Anforderungen und Geschehnisse der Zeit. Wichtig hierbei ist, dass die Politik um Stabilität bemüht ist, aber eben nicht vor Reformen zurückschreckt, wenn diese – aus sozialen oder etwa wirtschaftlichen Gründen – notwendig sein sollten. All dies geschieht nun aber innerhalb eines etablierten demokratischen Rahmens.

Kritik an dieser Dreiteilung

Zwar kann diese oben skizzierte Dreiteilung des Transformationsprozesses auf viele Länder und ihre politische Systementwicklung angewandt werden – so auch im Falle Ungarns –, doch soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, dass etwa Bunce (2003) und Carothers (2004) darauf hinweisen, dass eine Abweichung von dieser Dreiteilung gerade in der dritten Demokratisierungswelle zu beobachten gewesen sei. Auffallend war hier, dass nicht unbedingt die Liberalisierung als erste Phase auftrat. Dagegen finden sich auch im Falle von Systemwechseln, die nicht freiwillig durch das Volk, sondern auf Zwang von außen initiiert worden sind, zumindest kurzzeitig andauernde Phasen der Liberalisierung – beispielsweise bei der Gründung von bisher so nicht existenten Staaten. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass die saubere Trennung der Phasen der Demokratisierung und der Liberalisierung nicht immer aufrechterhalten werden kann. Dies kann etwa dann nicht möglich sein, wenn ein politisches Führungssystem kurzfristig zusammenbricht, so dass schlichtweg keine Zeit gegeben war, um einen Liberalisierungsprozess in die Wege zu leiten

⁶² Merkel, Wolfgang (2009): Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 110.

– so überschneidet er sich dann mit der Demokratisierung. Teils kann die Liberalisierung auch der Demokratisierung nachgelagert sein. Zwar funktioniert das Modell für Ungarn, es darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass eine strikte Chronologie der drei Phasen keineswegs in allen Fällen der Realität entspricht. „Regimewechsel vollziehen sich in höchst unterschiedlichen Formen. Es können friedliche Transformationen sein, in denen ein Regime das andere ablöst. Es können jedoch auch gewaltsame Umwälzungen sein, die die wirtschaftliche, politische und soziale Ordnung verändern.“⁶³ Dies ist allerdings ein Problem, mit dem alle Modelle zu kämpfen haben, die einen verallgemeinernden Ansatz verfolgen, da sich Ausnahmen von der Regel immer finden lassen.

3.2 Theoretische Beschreibung der politischen Systemtransformation

Theoretische Zugänge zur Beschreibung von politischen Systemtransformationen gibt es in der Transformationsforschung einige, die je nach Perspektive und Fokussierung – beispielweise können die wirtschaftlichen, sozialen oder rein politischen Aspekte des Wandels im Staat betrachtet werden – variieren. Diese Ansätze zusammenfassend lassen sich aber vier Hauptrichtungen der Theorie identifizieren: Hierbei handelt es sich um Theorien, die die Akteure, die Strukturen, die Kultur oder das System ins Zentrum ihrer jeweiligen Betrachtung stellen. Die einheitliche Intention aller vier theoretischen Richtungen ist es, den Erfolg bzw. Misserfolg von politischen Systemtransformationen zu erforschen und die Veränderungen in den einzelnen Teilsystemen unterschiedlich intensiv zu analysieren. So interessieren sich auf das System ausgerichtete Ansätze für die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilsysteme. Bei den strukturalistischen Theorien zur politischen Systemtransformation steht hingegen der Staat selbst einschließlich der sozialen Gesellschaftsklassen im Mittelpunkt. Demgegenüber richten die kulturbezogenen Theorien ihre Aufmerksamkeit auf die religiösen Aspekte im Land, die heimische Kultur wie auch die Kontakte, welche sich

⁶³ Jahn, Detlef (2006): Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag, S. 118.

hieraus ergeben. Viertens gibt es noch die Akteurstheorien⁶⁴, welche den Fokus auf die Akteure im Systemtransformationsprozess setzen und in der rein politischen Handlungssphäre zu verankern sind.⁶⁵

Gemeinsam ist diesen Theorieansätzen – und ebenso allen theoretischen Betrachtungen von Systemen auch anderer Fachbereiche, wie etwa der Wirtschaft –, dass sie das System allgemein als eine „Menge von geordneten Elementen mit Eigenschaften, die durch Relationen verknüpft sind, sehen die Menge der Relationen zwischen den Elementen eines Systems ist seine Struktur. Unter Element versteht man einen Bestandteil eines Systems, der innerhalb dieser Gesamtheit nicht weiter zerlegt werden kann.“⁶⁶ Abgesehen davon gilt es das zu beachten, was schon im vorangegangenen Kapitel zum Begriff der politischen Systemtransformation dargelegt wurde. In den theoretischen Ansätze, die an dieser Stelle exemplarisch untersucht werden, wird die Transformation ferner als das eine Überleitung weg von dem bisherigen Zustand hin zu einem neuen und anderen gefasst, was wiederum speziell für die Systemtransformation bedeutet, dass die gesamten Eigenschaften der Elemente, die sich innerhalb des Systems befinden, sowie deren Verbindungen zueinander einem Wandel unterliegen. Hieraus resultiert dann die oben schon thematisierte neue (in diesem Fall politische) Ordnung.⁶⁷ Angewandt auf den politischen Systemtransformationsprozess in Ungarn belegt diese definitorische Ausgangslage der Theorie, dass sich in diesem Land ein Prozess vollzogen hat, in dessen Lauf es zur signifikanten Veränderung bzw. Auflösung der Systemelemente wie etwa Institutionen, Unternehmen, Normen etc. gekommen ist und die Bürgerinnen und Bürger ebenso in ihrem Verhalten und ihrer Weltsicht eine andere Richtung einschlugen. Hieraus ergaben sich die neuen Verhältnisse untereinander (Normen, Regeln, Gesetze etc.) und zum Staat (neue politische Führung, demokratische Wahlen etc.), so dass dieser Prozess letztlich als eine

⁶⁴ Vgl. Graf, Kilian (2010): Identität und Transformation: Die integrative Wirkung einer kollektiven Identität. Hamburg: Diplomica Verlag, S. 103.

⁶⁵ Wolfgang, Merkel (2010): Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage 2010. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 67.

⁶⁶ Holderied, Cornelius (2005): Güterverkehr, Spedition und Logistik. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 17.

⁶⁷ Vgl. Schöpflin, György (1984): „Die Phasen der kommunistischen Machtübernahme in Osteuropa.“ In: Magyar Füzetek, 7 (1984), 13, S. 90-105.

Systemtransformation im Sinne der Fachliteratur bezeichnet werden kann: Es wurden nicht nur marktwirtschaftliche Reformen sowie demokratische Veränderungen in der Staatsordnung realisiert, sondern gleichsam wurden das Recht, die Außen- und Innenpolitik, die Streitkräfte, Kultur, Medien, ebenso die Ausbildung der Bürgerinnen und Bürger im Land usw. transformiert. Angesichts dieser Vielfalt an Veränderungen (nicht nur beim Beispiel Ungarns) aufgrund des politischen Systemtransformationsprozesses bietet sich gerade ein systemtheoretischer Ansatz an, um die einzelnen Teilsysteme hinsichtlich dieser Veränderungen zu analysieren.

Für die systemtheoretischen Ansätze lässt sich wiederum eine Dreiteilung festmachen, die sich auf unterschiedliche Gründer oder inhaltliche Ausrichtungen beziehen. Der (auch chronologisch) erste Forschungsstrang innerhalb der Systemtheorie geht auf den soziologischen Ansatz von Parsons zurück, bevor mit Luhmann (autopoietische Wende) eine andere Richtung eingeschlagen wurde.⁶⁸ Zuletzt sind die oben genannten Modernisierungstheorien als in der Tradition der Systemtheorien stehend zu identifizieren, da sie von einem größeren System ausgehen, das sich in kleinere Untersysteme, die autonom agieren, differenzieren lässt. Als besonders effektiv erweisen sich die systemtheoretischen Zugänge beim Auffinden der Zusammenhänge der funktionalen Voraussetzungen für das Funktionieren sozioökonomischer Systeme und deren Strukturen. Sie liefern Erklärungen für den Transformationsprozess bzw. dafür, weshalb es überhaupt dazu kam, indem sie die Dysfunktionen des bisher bestehenden Systems (dieses ist in der Regel autokratisch) mit den Möglichkeiten des neuen Systems auf sozioökonomischer und politischer Ebene in Relation setzen.⁶⁹ Eines der theoretischen Erklärungsmodelle von politischen Systemtransformationen, das sich in der

⁶⁸ Vgl. Ludwig, Markus (1999): Sein und Sollen: eine Untersuchung zur Abgrenzung der Rechtsnormen von den sozialen Normen bei Max Weber und Eugen Ehrlich. Marburg: Tectum Verlag, S. 152.

⁶⁹ Vgl. Wolfgang, Merkel (2010): Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage 2010. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 67.

Politikwissenschaft etablieren konnte und von daher auch folgend vorgestellt werden soll, ist das drei Phasen umspannende Modell nach Brzezinski.⁷⁰

3.2.1 3-Phasen Modell nach Brzezinski

Es ist zu bedenken, dass ein Systemwechsel – wie er im Vorangegangenen beschrieben wurde – nicht nur einen Wandel der bisherig bestehenden Institutionen, des politischen Systems an sich, sondern auch der in diesem System agierenden Akteure impliziert – beispielsweise der Parteien, die entweder ganz verschwinden, neu entstehen oder sich politisch neu orientieren.⁷¹

Das 3-Phasen Modell von Zbigniew Brzezinski ist in diesem Kontext interessant, weil es den gesamten Prozess der politischen Systemtransformation nicht als eine geschlossene Einheit oder ein solches Geschehnis behandelt, sondern eben in drei Phasen den schrittweisen Ablauf davon zu verdeutlichen versucht.⁷²

Brzezinski selbst war außenpolitische Berater US-amerikanischer Präsidenten und hat dann im Jahre 1993 basierend auf seinem zweifellos vorhandenen Expertenwissen das drei Phasen umspannende Modell zur Beschreibung des Transformationsprozesses begründet, das sich auf die folgenden Einzelbereiche konzentriert: Politik, Gesetzgebung und Wirtschaft. Seiner sehr praktischen Ausgangsposition als selbst Aktiver in der Politik ist wohl seine zusätzliche Implementierung der Frage nach einer potentiellen Unterstützung des sich transformierenden Landes durch westliche etablierte Demokratien geschuldet.

Für eine erste zeitliche Einteilung des Transformationsprozesses gibt er⁷³ folgende Angaben⁷⁴:

- Phase 1: Politische Transformation erstreckt sich auf drei bis fünf Jahre.
- Phase 2: Politische Stabilisierung erstreckt sich auf fünf bis zehn Jahre.

⁷⁰ Vgl. Süssmuth, Hans (Hrsg.) (1998): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995. Baden-Baden: Nomos, S. 13.

⁷¹ Vgl. Bozóki, András / Körösi, András / Schöpflin, George (1992): Post-communist transition: emerging pluralism in Hungary. London: Pinter Publishers.

⁷² Vgl. Süssmuth, Hans (Hrsg.) (1998): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995. Baden-Baden: Nomos, S. 13.

⁷³ Vgl. Brzezinski, Zbigniew (1993): "The Great Transformation", In: The National Interest, Fall 1993, S. 3-13.

⁷⁴ Vgl. und zum Folgenden Süssmuth, Hans (Hrsg.) (1998): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995. Baden-Baden: Nomos, S. 13ff.

- Phase 3: Politische Konsolidierung erstreckt sich auf fünf bis 15 Jahre + N (unbekannte Zahl an weiteren Jahren)

Als wirtschaftliches Ziel gibt er dabei vor, zunächst die Stabilisierung der Wirtschaft des Transformationslandes zu sichern, um sie dann in einen kontinuierlichen Aufschwung zu überführen. Dies ist von daher wichtig, da gerade die ehemals kommunistischen Staaten Ostmitteleuropas nationalspezifische und damit mehr oder weniger starke Lockerungen auf politischer Ebene durchgeführt hatten, so dass eine mehr oder weniger ausgeprägte Liberalisierung schon gegeben war, als der Transformationsprozess mit dem Ende des Kommunismus begann. Hier setzt dann auch die Phase 1 des Modells ein, da nach dem Zerfall des bisherigen kommunistischen Systems die politische Transformation initiiert werden muss, was auch die Wirtschaft mit einschließt. Dies manifestiert sich beispielsweise in Pressefreiheit, Grundrechten, in der Aufhebung des bis dato bestehenden Polizeisystems, in dem Zusammenschluss der demokratischen Akteure oder auch im Abschaffen des Einparteiensystems. Als Ziel des Neuaufbaus galt es bzw. gilt es gemäß diesem Modell, eine freie Preisgestaltung auf dem Markt zu erreichen und die ersten Schritte in Richtung Privatisierung zu gehen.⁷⁵ Ist dies getan, geht die Transformation in Phase 2 über.

Diese Phase 2 zeichnet sich nun dadurch aus, dass die Stabilisierung der Politik mit der Förderung der wirtschaftlichen Transformation verknüpft wird. Es werden politisch eine Verfassung und die Gesetze zur demokratischen Wahl begründet, während wirtschaftlich ein Bankensektor geschaffen werden muss, um die Privatisierung und das Einreißen der ehemaligen monopolistischen Strukturen zu untermauern. Eigentum des Individuums wird nunmehr durch den Staat explizit definiert.

In der Phase 3 ist das Fundament für die kontinuierliche und auf Dauer hin ausgerichtete Konsolidierung von Politik und Wirtschaft zu legen. Dies stützt wiederum die neu geschaffenen demokratischen Einrichtungen und Prozesse – wie beispielsweise Wahlen. Damit dies jedoch funktionieren kann, ist eine demokratische politische Kultur erforderlich. Darüber hinaus ist ein solcher

⁷⁵ Vgl. Süßmuth, Hans (Hrsg.) (1998): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995. Baden-Baden: Nomos, S. 13.

Transformationsprozess allein dann erfolgreich, wenn demokratischer Konsens unter den Akteuren herrscht – zumindest größtenteils, da es immer Ausnahmen wie etwa Korruption gibt (siehe Italien). Lehnt also die Bevölkerung des Landes schon in Phase 1 die demokratischen Bestrebungen ab, wird sie auch nicht dazu bereit sein, gewisse Opfer im Zuge des Transformationsprozesses zu leisten. Hierzu erweisen sich charismatische Führungspersönlichkeiten als effektiv, um die Massen auf die Seite der Demokratie zu ziehen. Diese Führen sind dann aber unmittelbar durch den schnell Aufbau von entsprechenden Institutionen zu unterstützen, so dass die erforderlichen Veränderungen in der Zeit realisiert werden können, in der das Volk noch ungebrochen hinter dem Transformationsprozess steht. Während nach dem Einsturz des bisherigen Regimes die Bevölkerung vom Neuen noch ganz begeistert ist und somit auch Opferbereitschaft an den Tag legt, kommt es schon bei den ersten Schwierigkeiten der Transformation, die niemals ausbleiben, zu Enttäuschungen und der Elan für die neue Demokratie droht zu schwinden.⁷⁶ Damit diese Phase möglichst rasch umgesetzt werden kann, spricht sich Brzezinski in seinem Modell an dieser Stelle explizit für die Unterstützung durch den Westen in sowohl finanzieller als auch beratender Form aus. Die diese Unterstützung annehmenden Staaten sollen sich zugleich um eine möglichst enge und lang anhaltende Zusammenarbeit bzw. Hilfe bemühen, da die Bevölkerung somit eine Sicherheit für die Zukunft erhält und damit ein Ziel bei allen Entbehrungen vor Augen hat. Es muss also – so konstatiert das 3-Phasen Modell – die Bevölkerung langfristig gewonnen werden, um die Transformation durchführen zu können.⁷⁷

3.2.2. Systemtheoretischer Zugang nach Luhmann

Parsons (1969) hatte schon vor Luhmann darauf verwiesen, „dass sich die kommunistische Gesellschaftsformation als instabil erweisen wird und entweder Anpassungen in Richtung auf die Wahlrechtsdemokratie und ein pluralistisches Parteiensystem machen, oder in weniger entwickelte und politisch weniger

⁷⁶ Vgl. Süßmuth, Hans (Hrsg.) (1998): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995. Baden-Baden: Nomos, S. 14.

⁷⁷ Vgl. Süßmuth, Hans (Hrsg.) (1998): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995. Baden-Baden: Nomos, S. 15.

effektive Organisationsformen regredieren wird“. Diesen Gedanken führte Niklas Luhmann in seiner funktionalen Ausdifferenzierung in radikalerer Weise aus, worin er diese Idee von einer auf Hierarchien begründeten Sonderstellung des politischen Systems gegenüber den anderen Teilsystemen ablehnte. Seiner Auffassung nach handelt es sich hierbei um eine Vorstellung, die nicht der Realität entspreche, denn, so Luhmann (1986), damit würde außer Acht gelassen werden, dass einhergehend mit dem Wandel weg von der stratifikatorischen hin zur funktionalen Differenzierung zugleich eine Steuerung⁷⁸ (etwa in Form einer Institution) der gesellschaftlichen Teilsysteme von oben herab ihren Sinn verloren habe. So hält Luhmann fest: „Kein Funktionssystem kann für ein anderes einspringen; keines kann ein anderes ersetzen oder auch nur entlasten.“⁷⁹

Dieser Gedanke betrifft im systemtheoretischen Modell⁸⁰ auch die Politik in Relation zu den anderen ausdifferenzierten Bereichen der Gesellschaft – also Wirtschaft, Recht etc. Die einzelnen Teilsysteme kommunizieren nach Auffassung Luhmanns (1984, S. 81), über einen ihnen eigenen und selbst geschaffenen Code, über den sie sich wiederum gegenüber den anderen Teilsystemen – die ihrerseits über einen eigenen Code verfügen – abgrenzen können. Wird aber – beispielsweise durch eine kommunistische, alles kontrollierende Führung – dennoch in diese autonomen Kommunikationen der einzelnen Teilsysteme eingegriffen – beispielsweise staatliche Einschränkung der Wirtschaft –, so kommt es nach Luhmann zum Verlust der Vorteile der funktionalen Ausdifferenzierung der Teilsysteme. Eben diese funktionale Ausdifferenzierung ist aber notwendig, damit sich die Teilsysteme entsprechend der Gegebenheiten entwickeln können – zum Beispiel das Wirtschaftssystem in Bezug auf die Gepflogenheiten eines internationalen Marktes, um ein hohes BIP zu erwirtschaften. Wird sie also etwa durch kommunistische Restriktionen langfristig unterdrückt, verliert die Politik in Folge der Verschlechterung der Ergebnisse der einzelnen Teilsysteme an Legitimation. Für die vorliegende Arbeit kann ausgehend von dieser theoretischen Basis also konstatiert werden, dass

⁷⁸Vgl. Stark, Carsten / Lahusen, Christian (2002): Theorien der Gesellschaft. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 106.

⁷⁹ Hofer, Stefan (2007): Die Ökologie der Literatur: Eine systemtheoretische Annäherung. Mit einer Studie zu Werken Peter Handkes. Bielefeld: Transkript Verlag, S. 153.

⁸⁰ Graf, Kilian (2010): Identität und Transformation: Die integrative Wirkung einer kollektiven Identität. Hamburg: Diplomica Verlag, S. 98ff.

die kommunistische Führung – beispielsweise von Ungarn unter Einfluss der Sowjetunion – dem Irrglauben unterlegen ist, dass sie alleine mit ihrer Politik in der Lage dazu wäre, mit den Entwicklungen der Welt Schritt zu halten. Und zwar ohne die funktional ausdifferenzierten und autonomen Teilsysteme. Ferner bestand der Irrglaube darin, über ausreichend Expertise in allen Bereichen zu verfügen, um allein mit kommunistischer Politik den Staat (einschließlich Kultur, Wirtschaft, Recht etc.) führen zu können. Da die kommunistische Politik allen anderen Teilsystemen übergeordnet war und diese sich an ihr orientieren mussten, verloren die Teilsysteme eklatant an Effizienz. Die Wirtschaft wurde als marode bezeichnet, die Freiheit der Kultur und Gesellschaft ging verloren etc. Dies mündete am Beispiel Ungarns in die oben erwähnten Krisen, die letztlich zum Aufbegehren des Volkes gegenüber der Politik führten⁸¹. „Das System wurde also durch dieselben Widersprüche geschwächt, deren Institutionalisierung es jahrzehntelang stabilisierte. Insofern führte gerade die Stabilisierung des in sich geschlossenen Systems zu seiner Destabilisierung, zu einer Art innerer Aushöhlung“⁸². Auf dieses Versagen der staatlichen Führung aufgrund des Unterdrückens der anderen Teilsysteme weist die Systemtheorie als Kernaussage hin. Wenn allerdings eine solche funktionale Ausdifferenzierung zugestanden oder sogar gefördert wird – wie es in demokratischen Staaten der Fall ist – wird eine langfristige Stabilisierung des ganzen Systems sichergestellt. Letzteres ist jedoch wiederum das zentrale Konzept der Modernisierungstheorie.⁸³

3.3 Ablauf des Transformationsprozesses in Ungarn

In diesem Unterkapitel soll nun in knapper Form der Ablauf des Transformationsprozesses Ungarns nachgezeichnet werden, wobei – um Wiederholungen zu verhindern – nicht im Detail die historischen Geschehnisse

⁸¹ Vgl. Pollack, Detlef (1990): „Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR“, In: Zeitschrift für Soziologie 19, S. 292-307.

⁸² Wolfgang, Merkel (2010): Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage 2010. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 70.

⁸³ Wolfgang, Merkel (2010): Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage 2010. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 69f.

erläutert werden. Hierfür darf auf das vierte Kapitel der vorliegenden Abschlussarbeit verwiesen werden.

In Ungarn begann der Transformationsprozess, als nach vier Jahrzehnten der Führung der Kommunismus zusammenbrach. Signifikant für Ungarn war, dass sich die staatliche Führung des Einparteiensystems anders als in seinen Nachbarländern nach den Aufständen von 1956 vergleichsweise früh zu einer Liberalisierung hingewandt hatte. Wie gezeigt wurde, strebte der Kádárismus eine mehr am Konsum angelehnte und dennoch kommunistische Wirtschaft an. Entsprechend der im Vorgegangenen beschriebenen Systemtheorie kam es nicht zur politischen Dominanz über sämtliche Teilsysteme Ungarns und als Folge der zumindest partiellen Liberalisierung der Sphäre von Gesellschaft, Privatem und Wirtschaft gegenüber der Politik entstand ein Phase der zufriedenstellenden Bescheidenheit, welche in den 1970er Jahren als „Gulaschkommunismus“⁸⁴ bezeichnet wurde. Dieser hielt jedoch nicht lange an und die Bevölkerung verfiel – wie oben theoretisch skizziert – in Unmut über die politische Führung des Kommunismus. Demzufolge musste das kommunistische Politiksystem in das System Wirtschaft eingreifen und im Westen horrend Kredite aufnehmen, um eine Verbesserung der Lage herbeizuführen. Die Konsequenz dieser politischen Eingriffe war allerdings, wie es die Systemtheorie hätte vorhersagen können, dass Ungarn zum Ende der 1980er nahezu pleite war und die Wirtschaft am Boden lag. Allerdings hatte sich Ungarn hierdurch der westlichen Wirtschaft geöffnet, was es vereinfachen sollte, die Transformation in die Wege zu leiten – die Bevölkerung und die einzelnen Teilsysteme hatten immerhin schon erste Schritte in die Liberalisierung unternommen.

Ausschlaggebend für das Einsetzen des Transformationsprozesses waren die reformkommunistischen Eliten selbst, da sich auf der einen Seite ein politischer Führungswechsel in der Sowjetunion vollzog, auf der anderen Seite die wirtschaftliche Misere keine andere Wahl ließ. Nach dem Absetzen Kadars konnten somit Károly Grósz und Miklós Németh Reformen auf wirtschaftlicher und politischer Ebene mit der Bevölkerung im Rücken in die Wege leiten: Das Einparteiensystem wurde beseitigt und mit dem Runden Tisch 1989 eine

⁸⁴Elvert, Jürgen / Salewski, Michael (1993): Der Umbruch in Osteuropa. Stuttgart / Wiesbaden: Franz Steiner Verlag, S. 121.

demokratische Einrichtung kreiert, die sich um die Gestaltung eines neuen demokratischen Fundaments im Staat bemühte (siehe die einzelnen Schritte des 3-Phasen Modells). Dies stabilisierte den Staat und mündete in dem Ausrufen freier Wahlen 1990. Einhergehend damit wurden verfassungsrechtliche Grundlagen verabschiedet. Da in diesen Phasen in erster Linie die Eliten aktiv waren, nachdem die Massen in Phase 1 noch als Unterstützung der Transformationsbestrebungen benötigt wurden, kann konstatiert werden, dass diese Transformation hauptsächlich von oben nach unten vollzogen wurde. Indem sich in den weiteren Jahren die demokratischen politischen Führungen mehrfach abwechselten, wurde zum einen die Demokratie als solche nach und nach etabliert, zum anderen ist dies als die Phase des Einspielens der neuen politischen Vorgehensweisen zu erachten. Dabei erfuhr der Wirtschaftsbereich als eines der Teilsysteme, die nicht mehr unter der kommunistischen Politik subsumiert wurden und sich frei ausdifferenzieren konnten, erhebliche Veränderungen, indem er sich zunehmend am westlichen Modell orientierte: So wurden ehemalige Staatsunternehmen zur Privatisierung freigegeben, Ungarn knüpfte verstärkt wirtschaftliche Kontakte zu Industrienationen und erreichte ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum unter demokratischer Führung.⁸⁵

Rückblickend kann dieser Transformationsprozess als erfolgreich bewertet werden. Es muss dabei anerkannt werden, dass kein Modell existiert, an dem sich die Bevölkerung oder die politische Führung ohne eigene Überlegungen orientieren konnten, um einen garantierten Erfolg⁸⁶ zu erreichen.⁸⁷ Die Eliten, die die politische Führung nach dem Aufkommen des Kommunismus ebenso wie nach dessen Scheitern zu tragen hatten, sahen sich dabei mit dem Problem konfrontiert, welches als „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ zusammengefasst werden kann: Dies meint, dass einerseits der Wechsel von sozialistischen zur bürgerlich-liberalen Demokratie vorangetrieben werden muss, andererseits aber zugleich die ehemalige Planwirtschaft in eine private Marktwirtschaft transferiert werden sollte, wobei beide Ziele nach Kipke nicht unmittelbar einander

⁸⁵ Vgl. <http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/171.0.html> (letzter Abruf am 6.6.2011)

⁸⁶ Thomas, Michael (1992): Abbruch und Aufbruch: Sozialwissenschaften im Transformationsprozess : Erfahrungen, Ansätze, Analysen. Berlin / München: Akademie Verlag, S. 9.

⁸⁷ Vgl. Süßmuth, Hans (Hrsg.) (1998): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995. Baden-Baden: Nomos, S. 12.

unterstützen.⁸⁸ Wie im vorangegangenen Kapitel jedoch aufgezeigt wurde, ist vor allem die wirtschaftliche Lage des Landes im Transformationsprozess ausschlaggebend, um die Unterstützung der Bevölkerung für die Neuerung nach der euphorischen Anfangsphase aufrechtzuerhalten. Von daher ist es erforderlich, dass die für die Transformation verantwortlichen Eliten quasi an zwei Seiten zugleich intensiv aktiv sind: Sie müssen die demokratischen Grundlagen ausarbeiten und möglichst schnell etablieren, daneben aber auch für die rasche Transformation des Wirtschaftssystems Sorge tragen, da hierdurch die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden. Schließlich – und dies zeigte sich am Beispiel Ungarns – kann die Auflehnung des Volkes gegen das gegenwärtige System – das sich auch gerade in einer ohnehin schwächeren Situation des Aufbaus befinden kann – zu dessen Sturz und gegebenenfalls direkt in den nächsten Transformationsprozess überleiten. Umso schwieriger ist es in diesem Kontext, dass sich im Prozess der Transformation die positiven Resultate keineswegs von heute auf morgen offenbaren, sondern erst nach Jahren in einer beispielsweise aufblühenden Wirtschaft erkennbar werden – bis dahin muss die Bevölkerung überzeugt bleiben, auf dem richtigen Weg zu sein, wofür sich wiederum die Unterstützungen durch andere Länder – in diesem Falle der demokratischen aus dem Westen Europas – anbieten, wie es im 3-Phasen Modell erwähnt wurde.⁸⁹ Die Lücke an Vertrauen seitens der Ungarn – etwa auch hinsichtlich der Besatzungstruppen der Sowjets, die von Budapest unter Kadar geduldet wurden – und die Misswirtschaft der Kommunistischen Partei muss logischerweise erst einmal über die nächste Jahre hinweg geschlossen bzw. behoben werden, was nicht in kürzester Zeit zu schaffen war. Folglich kam es auch hier nach Einsetzen des Transformationsprozesses bald zu einer gewissen Enttäuschung.

In Ungarn sah der Transformationsprozess zudem keinen kompletten Austausch der führenden Eliten vor, da sich die Bevölkerung weiterhin darauf verlassen wollte, dass die erfahrenen Akteure die richtigen Entscheidungen treffen würden – so fanden sich in den lokalen wie auch regionalen Administrationen weiterhin

⁸⁸ Vgl. Rüdiger, Kipke (2005): Das politische System Ungarns. Eine Einführung. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 30-31.

⁸⁹ Vgl. Süßmuth, Hans (Hrsg.) (1998): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995. Baden-Baden: Nomos, S. 14.

viele der Leute, die auch schon vor der Transformation hier anzutreffen waren. Diese Haltung, trotz aller Wünsche für eine bessere Zukunft Ungarns an dem Vertrauten festzuhalten, spiegelte sich in dem Wahlsieg der Sozialistische Arbeiterpartei (USAP) 1994 wider, die schließlich aus der Ungarischen Sozialistischen Partei (USP) hervorgegangen war. Dies führte nunmehr zu dem Problem, dass keine Auseinandersetzung mit der eigenen – negativen – Vergangenheit stattfand, was die Partei noch 1990 versprochen hatte. Ausgehend davon erwies sich das Voranschreiten des Transformationsprozesses als diffizil, da grundlegend Neues nur dann beschlossen – konsolidiert – werden kann, wenn man sich der eigenen Aktivitäten in der Vergangenheit bewusst ist und es nunmehr anders machen möchte. So ließ die Parteiführung die Bevölkerung aber im Dunkeln, was wiederum das wichtige Vertrauen nicht förderte.

Viele Jahrzehnte war Ungarn vom Westen isoliert gewesen, legte aber mit Beginn des Transformationsprozesses einen expliziten Willen vor, sich zurück nach Europa zu orientieren. Einhergehend damit wurden die westlichen Werte als die neuen eigenen angenommen, was das demokratische Streben im Land untermauerte. Wichtig war für den Erfolg der Transformation – gemäß dem 3-Phasen Modell – in diesem Sinne das Verhalten der NATO, am 10. Januar 1994 nicht nur Hilfe anzubieten, sondern auch eine zukünftige Kooperation in Aussicht zu stellen, so dass der Bevölkerung klar signalisiert wurde, dass dieser Weg – bei allen Opfern und Rückschlägen – letztlich in eine bessere Situation (vor allem gehobene Lebensstandards) führen sollte. Für Ungarn war in dieser Hinsicht der 9. Juli 1997 von großer Wichtigkeit, als sich die NATO dazu entschloss, Ungarn zusammen mit Tschechien und Polen zu Verhandlungen über einen Beitritt zum Bündnis (nach Madrid) einzuladen.

Vor diesem Hintergrund soll abschließend auf die Kriterien eingegangen werden, welche angelegt werden, wenn über die Möglichkeit der Integration eines transformierten Landes bzw. eines sich inmitten des Transformationsprozesses

befindlichen Landes zu entscheiden ist. Der EU-Kriterienkatalog⁹⁰ sieht hierzu in erster Linie folgende zwei Punkte vor:

- Kompatibilität des Rechtssystems. Zentral sind hierbei die schon etablierten Normen und tatsächlich geschaffenen Einrichtungen demokratischer Verfassung. Ebenso müssen die Menschenrechte und die Rechte der Minderheiten gelten. Bezüglich der zivilen, handlungstechnischen und wirtschaftlichen Ebene soll eine Anlehnung an das Recht der EU erreicht werden.
- Es muss eine demokratische Entwicklung und das Schaffen von Stabilität im politischen System erreicht vorgewiesen werden – hier orientiert sich die Bewertung also ganz direkt am gegenwärtigen Zustand des politischen Systemtransmutationsprozesses.

Abschließend ist für den Systemwechsel in Ungarn festzuhalten, dass sich die Transformation von einer sozialistischen Volksrepublik hin zu einer parlamentarischen Republik evolutionär und kontinuierlich entlang historischen Meilensteine vollzog⁹¹, welche im Nachstehenden detailliert hinsichtlich der aufgestellten Fragestellungen dieser Arbeit analysiert werden.

⁹⁰Vgl. Belke, Ansgar / Hebler, Martin (2002): EU-Osterweiterung, Euro und Arbeitsmärkte. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 6ff.

⁹¹ Süßmuth, Hans (Hrsg.) (1998): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995. Baden-Baden: Nomos, S. 15-27.

4. Historischer Überblick

Als grundlegend für die weitere Untersuchung und die Beantwortung der zentralen Fragestellungen sowie aufgestellten Überlegungen im Speziellen ist an dieser Stelle ein historischer Überblick⁹² des politischen Systems Ungarns zu leisten. Hierbei kann angesichts des limitierten Umfangs dieser Ausarbeitung nicht im Detail auf alle Veränderungen und Geschehnisse eingegangen werden, jedoch sollen all jene historischen Meilensteine aufgezeigt werden, die die Politik Ungarns signifikant geprägt und letztlich auch zu dem gemacht haben, was sie heute ist. Schließlich ist es zur Erklärung des gegenwärtigen Zustandes unerlässlich, die Ursprünge dessen zu kennen. Der Fokus liegt folgend entsprechend der Zielsetzung dieser Abhandlung auf den jüngeren Epochen, so dass zunächst – wenn auch mit negativem Beigeschmack für leidenschaftliche Historiker und Politikwissenschaftler – die Meilensteine der Geschichte in geraffter Form aufgearbeitet werden müssen.

4.1. Ungarn als Teil der K.u.K. Doppelmonarchie

Dieser historische Überblick setzt mit dem ausgehenden 9. Jahrhundert ein, als die Magyaren aus dem Uralgebiet eine Migration in den Raum um Donau und Karpaten vollzogen. Allerdings war dies keine friedvolle Wanderung, wie man sie heute in der multikulturellen Gesellschaft (etwa Österreichs) kennt, sondern die Magyaren zogen eine Schneise von Angst und Verwüstung hinter sich her, da sie in den von ihnen betretenen Regionen in erster Linie Raubzüge veranstalteten. Diesen Raubzügen Richtung Westen wurde erst mit ihrer Niederlage 955 auf dem Lechfeld in Augsburg ein Ende gesetzt. Dies veranlasste sie dazu, hier sesshaft zu werden – die Leitung des monarchisch regierten Volkes über dann im Jahre 1001 Stephan I. der Heilige als gekrönter König. Mit der vorangebrachten Christianisierung der Magyaren gelangt es dem Herrscher, seine Organisation

⁹² Vgl. Lendvai, Paul (1999): Die Ungarn: ein Jahrtausend Sieger in Niederlagen. Bielefeld, Gütersloh, München: Bertelsmann.

des Staates auf regionalen Strukturen zu erbauen, was in der Folge alle Magyaren ihm zu Untertanen machte.⁹³

Ein einschneidendes historisches Erlebnis für das Volk derer, die heute als Ungarn subsumiert werden, setzt mit dem beginnenden 15. Jahrhundert ein, als man selbst in die Position geriet, sich gegen anstürmende Völker verteidigen zu müssen. Auf der einen Seite drangen die Mongolen auf ihren Eroberungszügen nach Ungarn, auf der anderen Seite musste man sich im Süden gegen die Eroberer aus der Türkei zur Wehr setzen. Ungeachtet dieser kriegerischen Schwierigkeiten, die zweifellos etliche Ressourcen (humaner wie auch materieller Art, ganz zu schweigen von zerstörten Ernten etc.) beansprucht hatten, gelang Ungarn zur Mitte des 15. Jahrhunderts unter König Matthias I. der Aufstieg zu einer Großmacht. Ein schwerer Rückschlag war allerdings die Niederlage Ungarns gegen die Türken 1526 bei der Schlacht bei Mohacs, wodurch es dem zahlenmäßig überlegenen Heer der Türken gelangt, weite Regionen einzunehmen. Die gravierendste Folge dieser Auslöschung auf dem Kriegsfeld war jedoch das Zerfallen Ungarns in drei Teile – dieser Trennung sollte im Weiteren mehr als 150 Jahre lang bestehen bleiben. Erstens ließen sich in Zentralungarn und im Süden des Landes die Osmanische Herrschaft, zweitens im Nordwesten die Führung durch die Habsburger und schließlich drittens Siebenbürgen als vergleichsweise autonomer Teil Ungarns feststellen – und zwar ungeachtet der Dominanz der Osmanen. Die Achse Habsburger versus Osmanen resultierte in den weiteren Jahrzehnten zu zahllosen Auseinandersetzungen auf dem Schlachtfeld wie auch auf politischer Ebene, bis die Herrschaft der Türken letztlich am 26. Januar im Jahr 1699 sein Ende fand, als der Friede von Karlowitz geschlossen wurde. In Folge davon lag Ungarn nunmehr ganz in der Hand der Habsburger⁹⁴. „Der Friede von Karlowitz, der heutigen Stadt SremskiKarlovci in Serbien, beendet nach 15 Jahren den Großen Türkenkrieg. Der Kongress, der den Friedensvertrag vorbereitet, hält sich von November 1698 bis Januar 1699 in der Stadt auf.“⁹⁵ Und weiter ist zu

⁹³ Vgl. Kipke, Rüdiger (Hrsg.) (2005): Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 11.

⁹⁴ Vgl. Kipke, Rüdiger (Hrsg.) (2005): Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 11.

⁹⁵ Ebert, Johannes / Görich, Knut / Wienecke-Janzen, Detlef (2008): Absolutismus, Aufklärung und Revolution. Gütersloh: Wissenmedia Verlag, S. 130.

konstatieren: „Mit dem Frieden ist die Türkengefahr für die Habsburger gebannt, nachdem es zuvor fast jährlich Einfälle der Türken in österreichisches Gebiet gegeben hatte. Das habsburgische Reich hat sich als europäische Großmacht etabliert.“⁹⁶

Als weiterer Meilenstein in der Historie des Landes ist auf die revolutionäre Welle einzugehen, die in Ungarn mit 1848 recht spät ankam, jedoch dank der Führung durch Lajos Kossuth einen Erfolg für den Kampf um Freiheit erringen konnte. Die sogenannte Ungarische Revolution – in Anlehnung an die Französische Revolution – kam erst zu einem Halt, als der russische Zar seine Armee gegen die Revolutionäre schickte. Dies führte nun wiederum dazu, dass Ungarn ähnlich einer mehr oder weniger bedeutsamen Provinz der Regierung Wiens unterstellt war. Diese Situation änderte sich, als Österreich nach der Niederlage gegen Preußen darum bestrebt war, seine Macht doch noch – nicht aber auf kriegerischem Wege – zu festigen. Hierzu einigte sich Österreich mit Ungarn 1867 auf einen gewissen Ausgleich, woraus die bekannte Kaiserliche und Königliche Doppelmonarchie entstand. Hierbei handelte es sich um eine zweigeteilte Monarchenherrschaft⁹⁷, wobei jede der zwei Seiten (also sowohl Österreich als auch Ungarn) ein eigenes System der politischen Führung aufbauen konnten bzw. durfte, das jeweils über große Befugnisse verfügte. Der Monarch hatte in erster Linie für den Zusammenhalt des gesamten Reiches Sorge zu tragen und überwachte die drei geschaffenen Ministerien, die zusammen für beide Teile des Reiches ihren Dienst erfüllten: Kriegsministerium, Außenministerium und Finanzministerium.⁹⁸ Initiiert durch diesen politischen Wandel strebte gerade das ungarische Volk nach weiteren Entwicklungen in Richtung eines bürgerlich-demokratischen Systems, hatte aber unter der weiterhin vorhandenen Dominanz des Adels zwischen 1867 und 1914 dahingehend zu leiden, dass man von Seiten des Adels logischerweise diese Bestrebungen nicht befürwortete und vielmehr behindern wollte. Markante

⁹⁶ Ebert, Johannes / Görich, Knut / Wienecke-Janz, Detlef (2008): Absolutismus, Aufklärung und Revolution. Gütersloh: Wissenmedia Verlag, S. 130.

⁹⁷ Vgl. Zimmermann, Andreas (1998): Staatennachfolge in völkerrechtliche Verträge: zugleich ein Beitrag zu den Möglichkeiten und Grenzen völkerrechtlicher Kodifikation. Berlin / Heidelberg / Wiesbaden: Springer Verlag, S. 81ff.

⁹⁸ Vgl. zum Ganzen Hanak, Peter (Hrsg.), 1988: Die Geschichte Ungarns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Essen / Budapest: Hobbing Verlag.

Faktoren dieser Zeit waren ferner die Stellung der vielen Minderheiten gegenüber der großungarischen Machtbestrebungen und eine überaus harsche Politik der Assimilierung der Magyaren. Bemerkenswert in dieser Phase ist Kroatien, das schon 1868 eine Sonderstellung im Reich beziehen konnte, da man erneut einen (nunmehr ungarisch-kroatischen) Ausgleich aushandeln konnte.

Die weitere prägende Geschichte sollte dann der Fall um den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz-Ferdinand sein. Dieser wurde ermordet, was daraufhin in Sarajewo am 28. Juli 1914 zur offiziellen Kriegserklärung der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn gegenüber Serbien leitete – die Konsequenz von diesem Ereignis war der Erste Weltkrieg. Ähnlich vielen Kriegen, die in der Bevölkerung zunächst einmal ein gewisses Gefühl der nationalen Einheit und Kriegslust zur Verteidigung des eigenen Landes oder des Rechts wecken, ging man auch in Österreich-Ungarn zu Beginn des Krieges noch mit nationaler bzw. nationalistischer Leidenschaft in die Auseinandersetzung. Angesichts des bis dahin nicht bekannten Massensterbens und Leidens durch den Weltkrieg – sowohl an der Front als auch daheim bei den Familien der Soldaten – stieg bald schon Unzufriedenheit bei den Soldaten und im Volke auf. Es hob sich im Schützengraben „das Gefühl der Sinnlosigkeit hervor, das die Soldaten frühzeitig empfanden, und [dies] betont die Traumatisierung, die sie durch die Kämpfe und das massenhafte Sterben erlitten. Verantwortungslos handelnde Eliten `verheizten` in dieser Sicht die Mannschaften rücksichtslos.“⁹⁹ Hieraus resultierten über kurz oder lang Arbeiterstreiks und die ungarischen Einheiten riefen kurzerhand zur Meuterei auf – aus dieser Lage heraus war an einen siegreichen Ausgang des Krieges nicht zu denken, so dass am 3. November 1918 das Waffenstillstandsabkommen mit den Alliierten geschlossen wurde, womit der Erste Weltkrieg zu einem offiziell datierten Ende kam. Das Reich war aber derart schwer getroffen und im Inneren geschwächt sowie destabilisiert worden, das nur kurz darauf (de facto waren es nur wenige Tage) die Donau-Monarchie niedergehen musste. Dieser Zusammenbruch des bisherigen Herrschaftssystems war jedoch die

⁹⁹Hirschfeld, Gerhard (2008): Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Stuttgart: UTB, S. 155.

Geburtsstunde zweier Staaten – Ungarn und Österreich – die fortan als separat existierten bzw. existieren.¹⁰⁰

4.2 Der Erste Weltkrieg, Trianon und die Zwischenkriegszeit

An dieser Stelle soll nun mit dem oben skizzierten Ende der K.u.K. Doppelmonarchie Österreich-Ungarn eingesetzt und der Fokus dabei weiterhin auf Ungarn gelegt werden. Im Rahmen der sich an den Ersten Weltkrieg anschließenden Verhandlungen bekam Ungarn manifestiert durch den Friedensvertrag von Trianon (4. Juni 1920) schwere Konditionen auferlegt: Am signifikantesten für die weitere Entwicklung des Landes waren zweifellos die zahlreichen und weitläufigen Gebiete, welche an die anderen Länder abgetreten werden mussten. Hierdurch verlor Ungarn nicht nur 68 % seines Territoriums, sondern darüber hinaus ganze 59 % seines Volkes – mit einem Mal gab es also nicht einmal mehr die Hälfte der vorherigen Ungarn, zusätzlich zu den großen Verlusten aus dem Ersten Weltkrieg.¹⁰¹ Konsequenz davon war der Abstieg der ehemaligen Großmacht Ungarns zu einem vergleichsweise kleinen Land in Mitteleuropa. Die sich daraus ergebende Nationalitäten-Frage war nunmehr davon geprägt, dass zwar 90 % der Menschen ungarischer Muttersprache waren, resultierend aus den Gebietsumverteilungen aber ca. drei Millionen dieser Menschen mit ihrer ungarischen Nationalität mit einem Mal nur noch eine Minderheit stellten, da sie nicht mehr auf ungarischem Territorium lebten. Diese als unzumutbar erachtete Behandlung des ohnehin leidenden Volkes wurde in den nächsten Dekaden von der Regierung in Budapest mit dem Rückhalt der großen Mehrheit des Volkes entsprechend auf politischer Ebene angegangen, indem man eine Revision von Trianon erreichen wollte, der sich „wie ein Schock auf die Öffentlichkeit“¹⁰² ausgewirkt hatte: „Mit Trianon setzte sich in der ungarischen Öffentlichkeit auch die Ansicht durch, die allzu liberale Minderheitenpolitik hätte zum Zerfall des Stephansreiches und zur Abtretung des Burgenlandes geführt. Alle ethischen Minderheiten wurden zu Verrätern

¹⁰⁰Kipke, Rüdiger (Hrsg.), 2005: Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 11-13.

¹⁰¹ Vgl. Hämmerle, Christa (1993): Kindheit im Ersten Weltkrieg. Wien: Böhlau Verlag, S. 9.

¹⁰² Spannenberg, Norber (2005): Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938-1945 unter Horthy und Hitler. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 34.

abgestempelt [...]“¹⁰³. Und in der Folge davon kam der Gedanke auf, „wonach sich nur in einem ethisch homogenen Staat eine Revision des Trianon-Vertrags erreichen ließ, [und dieser] führte zur Erkenntnis, die `nationale Einheit` noch effektiver als bisher gestalten zu müssen“¹⁰⁴. Eben dies mündete in einer „forcierten Magyarisierung“¹⁰⁵.

Einen Einschnitt erlebt man aber, als 1920 der Hochadel, die alten Eliten Ungarns und die Großgrundbesitzer die Führung in die Hand nahmen und sich für die Monarchie entschieden. Dieser Führung war eine – wenn auch nur kurz – Zeit der bürgerlich-republikanischen Regierung unter Leitung von Graf Mihály Károlyi vorangegangen, der sich wiederum eine ebenso nur kurzlebige Räterepublik unter Vorsitz von Bela Kun anschloss¹⁰⁶. „Die tiefen Widersprüche innerhalb der k.u.k. Doppelmonarchie führten am Ende des 1. Wk.s zum Zerfall des Stephansreichs. Die `bürgerliche` Revolution v. 1918 mit Graf Mihály Károlyi an der Spitze konnte sich nur einige Monate lang halten. Es folgte die ung. Räterepublik v. 133 Tagen, durch deren Terrorregime nunmehr alle progressiven Reformen für Jahrzehnte den Stempel des Bolschewismus trugen.“¹⁰⁷ An die Stelle eines Monarchen wurde dann am 1. März des Jahres 1920 Miklós Horthy gesetzt und erhielt den Titel als Reichsverweser. „Mit Hilfe der Entente gelangte 1920 der ehemalige k.u.k. Admiral Miklós Horthy an die Macht u. regierte das auf ein Drittel seiner hist. Territorien reduzierte `Königreich` U. als Reichsweser bis 1944.“¹⁰⁸ Er übernahm nunmehr die politische Leitung des konservativ-autoritären Systems. Ein großes Problem in der Zeit nach Einsetzung dieser politischen Leistung war jedoch, dass die seitens Horthy ausgewählten Regierungen nur sehr beschränkt im Stande waren, die Fragestellungen der Innenpolitik zu beantworten, die in dieser Zeit elementar für Ungarn waren. Nachdem in Ungarn in diesem Jahrzehnt der 1920 Jahre ohnehin nur eine

¹⁰³ Spannenberg, Norber (2005): Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938-1945 unter Horthy und Hitler. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 34.

¹⁰⁴ Spannenberg, Norber (2005): Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938-1945 unter Horthy und Hitler. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 34.

¹⁰⁵ Spannenberg, Norber (2005): Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938-1945 unter Horthy und Hitler. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 34.

¹⁰⁶ Vgl. Sinclair, Upton et al. (2001): Werter Genosse, die Maliks haben beschlossen--: Briefe, 1919-1950. Weinheim: Weidle Verlag, S. 16.

¹⁰⁷ Edgar, Hösch / Nehring, Karl / Sundhaussen, Holm / Clewing, Konrad (2004): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Stuttgart: UTB, S. 712.

¹⁰⁸ Edgar, Hösch / Nehring, Karl / Sundhaussen, Holm / Clewing, Konrad (2004): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Stuttgart: UTB, S. 712.

latente Verbesserung auf dem Wirtschaftssektor verzeichnet werden konnte, stand mit der Weltwirtschaftskrise bereits die nächste, letztlich tatsächlich als Katastrophe zu bezeichnende, Schwierigkeit unmittelbar bevor. Die katastrophalen Auswirkungen manifestierten sich dabei nicht allein im wirtschaftlichen Bereich, sondern in erster Linie resultierten hieraus gravierende soziale Notlagen für einen Großteil der ungarischen Bevölkerung: Auf der einen Seite befanden sich die Preise für Agrarprodukte in freiem Fall, auf der anderen Seite kam es zu Massenentlassungen, worunter wiederum gerade die ländliche Bevölkerung in den Dörfern zu leiden hatte. Diese Konsequenzen wurden nicht nur national wahrgenommen, sondern Ungarn bekam in dieser Zeit als Folge der schweren Verarmung der Menschen den wenig charmanten Beinamen als „Land der drei Millionen Bettler“¹⁰⁹: „Das Nachkriegsungarn ist als das Land der 3 Millionen Bettler bezeichnet worden. Der `Dorfarmut` zuzurechnen sind hier ca. 1,5. Millionen Landlose (Gesinde und Landarbeiter) und die ca. 1,5 Millionen Zwergbauern mit einem Landanteil bis zu 5 Katastraljoch (1 kj. = 0,575 ha), die zusammen 70 % der landwirtschaftlichen Bevölkerung stellten.“¹¹⁰ Ein Ausweg wurde von Horthy unter anderem in einer grundlegenden Reform des Bodens gesehen und so auch an die Bevölkerung versprochen – dieses Versprechen konnte allerdings ungeachtet durchaus realisierter Bemühungen nicht eingehalten werden.¹¹¹

So hatte Ungarn fast zwei Dekaden (die 1920er und 1930er Jahre) in Isolation mit diesen Problemen zu kämpfen, konnte aber erst zu den ausklingenden 1930er Jahren wieder positive Entwicklungen vorweisen. Ab November 1938 und in den folgenden Monaten gelang es Ungarn einhergehend mit der Zerschlagung der Tschechoslowakei weiteres Territorium zu gewinnen bzw. zurückzugewinnen, wenn man von den alten Grenzen der K.u.K. Doppelmonarchie ausgeht oder der Zeit als Ungarn noch eine Großmacht darstellte. Hierbei handelte es sich um die Gebiete der Slowakei im Süden und die Karpaten-Ukraine. Diese Veränderungen wurden durch den Ersten Wiener Schiedsspruch initiiert. „Im Ersten Wiener

¹⁰⁹ Deiss, Richard (2010): Der Nabel des Mondes und die Träne im indischen Ozean: 333 Länderbeinamen und wie es zu ihnen kam. München: BoD, S. 60.

¹¹⁰ Hösch, Edgar (2008): Geschichte der Balkanländer: von der Frühzeit bis zur Gegenwart. München: C. H. Beck Verlag, S. 202.

¹¹¹ Vgl. Szöllösi-Janze, Margit (1989): Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 118.

Schiedsspruch erhielt Ungarn den größten Teil seiner territorialen Forderungen gegenüber der Slowakei erfüllt. Diese verlor rund ein Viertel ihres Territoriums an Ungarn, musste aber froh sein, noch so davongekommen zu sein.“¹¹² Weitere Gebiete folgten noch bis April 1941 mit Nord-Siebenbürgen und einigen Gebieten aus dem Norden Jugoslawiens – reglementiert im Zweiten Wiener Schiedsspruch im August des Jahres 1941. „Die ungarischen Revisionsansprüche führten aber auch ein zweites Mal zu einem Treffen in Wien. Diesmal waren es die Forderungen nach einer Revision der Grenzen gegenüber Rumänien.“¹¹³ Zwar hatte „Ungarn nicht alle seine Forderungen erfüllt bekommen, doch Rumänien musste auf einen Teil Siebenbürgens und des Székler Gebiets verzichten.“¹¹⁴ Die Auswirkungen dieser territorialen Zugewinne waren zum einen, dass logischerweise das Hoheitsgebiet an sich signifikant zunahm – Ungarn wuchs hierauf auf ungefähr das Zweifache seiner Fläche an. Zum anderen erhöhte sich die Einwohnerzahl gleich um mehrere Millionen Menschen, wodurch sich der Anteil der nationalen Minderheiten erhöhte, was in den Jahrzehnten zuvor ein immer wieder kritischer Punkt auf der innenpolitischen Agenda gewesen war.¹¹⁵ Ungeachtet dieser Faktoren hatte selbstverständlich auch Ungarn unter dem Zweiten Weltkrieg und seinen Folgen schwer zu leiden, zumal man sich auch noch auf die Seite des zunächst als Sieger daraus hervorgehend scheinenden Deutschlands gestellt hatte, was – zum Glück der Menschheit – ein Trugschluss der ungarischen Führung gewesen war. „Die als Leitstern des Regimes geltende Revision des Vertrags v. Trianon u. ein militanter Antibolschewismus trieb U. schließlich in die Arme der Achsenmächte u. führte U. als Gegenleistung für die v. Hitler u. Musolini U. zugesprochenen Teile der verlorenen Gebiete [siehe Wiener Schiedssprüche; Anm. d. Verf.] zur Kriegsteilnahme gegen die

¹¹² Kräutler, Hadwig (2004): Das Museum: Spiegel und Motor kulturpolitischer Visionen: 1903 - 2003 : 100 Jahre Österreichische Galerie Belvedere; Konferenzband zum gleichnamigen Symposium anlässlich des 100-jährigen Bestandes des Museums Wien, 16. bis 19. Oktober 2003, S. 59.

¹¹³ Kräutler, Hadwig (2004): Das Museum: Spiegel und Motor kulturpolitischer Visionen: 1903 - 2003 : 100 Jahre Österreichische Galerie Belvedere; Konferenzband zum gleichnamigen Symposium anlässlich des 100-jährigen Bestandes des Museums Wien, 16. bis 19. Oktober 2003, S. 59.

¹¹⁴ Kräutler, Hadwig (2004): Das Museum: Spiegel und Motor kulturpolitischer Visionen: 1903 - 2003 : 100 Jahre Österreichische Galerie Belvedere; Konferenzband zum gleichnamigen Symposium anlässlich des 100-jährigen Bestandes des Museums Wien, 16. bis 19. Oktober 2003, S. 59.

¹¹⁵ Kipke, Rüdiger (Hrsg.), 2005: Das politische System Ungarns, Eine Einführung. S. 13-14.

Alliierten.“¹¹⁶ Auf diese wenigen, aber ungemein bedeutsamen Jahre soll im Folgenden im Detail eingegangen werden, da diese Geschehnisse nicht in allzu konziser Form abgehandelt werden sollten – obgleich auf die historischen Geschehnisse aus ungarischer Sicht auch im Weiteren dieser Arbeit immer wieder Bezug genommen wird.

4.3 Ungarn im Zweiten Weltkrieg

Von entscheidender Bedeutung für die Folgen des Zweiten Weltkrieges¹¹⁷ ist bereits die Ausgangskonstellation, da sich Ungarn auf die Seite Hitlers und Nazi-Deutschlands stellte und in Zuge dessen der Sowjetunion Ende Juni 1941 offiziell den Krieg erklärte, womit die ungarischen Volksverbände mit Richtung Osten marschierten. Resultierend aus dieser Entscheidung, sich gegen die Alliierten zu stellen, fand sich das ungarische Volk innerhalb desselben Jahres im Krieg gegen das Vereinigte Königreich Großbritannien und die USA wieder. Auffallend war jedoch, dass Ungarn nicht als der erklärte Feind per se betrachtet wurde, sondern vielmehr kontinuierlich auf geheimem Wege nach Signalen gefragt wurde, ob die ungarische Regierung sich nicht doch für einen Seitenwechsel entscheiden würde. Allerdings stand man zu seiner gewählten Positionen in diesem Krieg und fokussierte gar die heimische Wirtschaft auf die Unterstützung Deutschlands, worunter die eigene Versorgungssituation teils drastisch zu leiden hatte. Diese rigorose Haltung stieß aber keineswegs ausschließlich auf Befürwortung seitens der Bevölkerung – insbesondere nach der anfänglichen Euphorie, die; wie oben schon erwähnt wurde; rasch in Enttäuschung und Entsetzen angesichts der Gräueltaten und Verluste umschlug.¹¹⁸

Diesem Widerstand aus den eigenen Reihen konnte sich letztlich auch die ungarische Führung nicht gänzlich verwehren – so wurde das Aufbegehren des Volks nach einem Ausstieg aus dem Zweiten Weltkrieg immer drängender. Ausschlaggebend war dann die schwere Niederlage der Armee Ungarns zu

¹¹⁶ Edgar, Hösch / Nehring, Karl / Sundhaussen, Holm / Clewing, Konrad (2004): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Stuttgart: UTB, S. 712.

¹¹⁷ Vgl. Hoensch, Jürg Konrad (1984): Geschichte Ungarns 1867-1983. Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag, S. 87ff.

¹¹⁸ Vgl. Kipke, Rüdiger (Hrsg.) (2005): Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 14-15.

Beginn des Jahres 1943. Bedingt durch diese vor Augen geführte Vernichtung der eigenen Soldaten entschied sich Budapest nunmehr zu einer Limitation der militärischen Kräfte, die man in den Krieg gegen die Sowjetunion schickte. Ein politischer Schlag ins Gesicht Ungarns war dann – wohl auch als Folge dieser Entscheidung des Vorjahres, die Unterstützung durch eigene Truppen einzuschränken – nur ein Jahr später; genauer im März 1944; die Besetzung des Landes durch die Nationalsozialisten. Zu dieser Zeit wechselte – wenn auch nur kurzzeitig – die Herrschaftsgewalt über Ungarn in die Hände der Deutschen.¹¹⁹

So blieb Horthy zu jenem Zeitpunkt, als wenig später die Truppen der Sowjetunion nach Ungarn einmarschierten, nichts anderes übrig, als Schadensbegrenzung zu betreiben: Seine Bestrebungen dahingehend manifestierten sich in der Proklamation eines Waffenstillstandes, den er jedoch auf den erheblichen Druck von Seiten Deutschland zur Mitte Oktober widerrufen musste. Als eine seiner letzten Handlungen hatte er den faschistischen Pfeilkreuzlern, die sich Nazi-Deutschland angeschlossen hatten, den Zugang zur Macht im Land eröffnet. „Am 15. Oktober gab Reichsverweser Miklos Horthy den Austritt Ungarns aus dem Krieg bekannt. Aufgrund der dilettantischen Vorbereitung und Durchführung dieses Vorhabens gelang es den Nyilas, den faschistischen Pfeilkreuzlern unter der Führung von Ferenc Szálasi, mit deutscher Hilfe die Macht zu ergreifen.“¹²⁰ Im Gegenzug für diese „Gefälligkeit“ wurde er unmittelbar darauf selbst zum Opfer der Nationalsozialisten, als er nach Deutschland in ein Internierungslager deportiert wurde. Dieser letzte Akt Horthys hatte zur Folge, dass auch noch in den letzten Zügen des Zweiten Weltkrieges sowohl die ungarische als auch speziell die jüdische Bevölkerung unter dem grausamen Morden der Pfeilkreuzler zu leiden hatten. „Sobald die Nyilas die Macht übernommen hatten, entfesselten sie einen mörderischen antijüdischen Terror.“¹²¹ Ebenso kam es weiterhin zu zerstörerischen Kampfhandlungen, so dass Ungarn nahezu komplett verwüstet war, als im April 1945 die letzten

¹¹⁹ Vgl. Kipke, Rüdiger (Hrsg.) (2005): Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 15.

¹²⁰ Lappin-Eppel, Eleonore (2010): Ungarisch-Jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Österreich 1944/45. Münster: LIT Verlag, S. 142.

¹²¹ Lappin-Eppel, Eleonore (2010): Ungarisch-Jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Österreich 1944/45. Münster: LIT Verlag, S. 142.

Einheiten Nazi-Deutschlands das Land beim Einzug der Sowjetunion verließen.¹²²

Hiermit war der Weg frei für eine signifikante Veränderung in Ungarn: Bereits im Rahmen der Nationalversammlung im Dezember des Jahres 1944 (in Debreceen) wurde – unter Besetzung sowjetischer Truppen – das Ende der Monarchie beschlossen. Des Weiteren sollten nun die schon länger geplanten Bodenreformen realisiert werden, ferner wurde die Schaffung eines bürgerlich-republikanischen Systems als Ziel ausgegeben. 1947 wurde die Unterschrift unter den Friedensvertrag von Paris gesetzt (10. Februar), in dem sich u.a. Ungarn mit den Alliierten auf die die Konditionen des Kriegsausgangs einigte, zumal die Hauptschuld – durchaus mit Recht – bei Nazi-Deutschland gesehen wurde. Darüber hinaus wurden immerhin begrenztem Ausmaße Mitglieder der ungarischen bzw. tschechoslowakischen Gesellschaft untereinander ausgetauscht, die im Zuge der Kriegsgeschehnisse aus ihrer Heimat gekommen waren.

Entscheidend für die nachfolgende Durchsetzung der kommunistischen Führungspositionen in Ungarn war die Tatsache, dass sie die Unterstützung der Besatzungsmacht genossen. Ausgehend davon stiegen die Kommunisten rasch nicht nur zur bestimmenden Macht in der Politik Ungarn auf, sondern sie eigneten sich nach und nach beispielsweise die Polizeigewalt oder das Innenministerium – um nur einige elementare Beispiele zu nennen – an, womit sie ihre Dominanz auf innenpolitischer Ebene festigen konnten. Kontrastiv zum demokratischen Agieren einer Partei, wie es im Folgenden noch beschrieben werden soll, stellten sich die Kommunisten nun keinem freien Wahlkampf um die Stimmen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger; vielmehr konzentrierten sie sich darauf, die anderen Parteien kontinuierlich aus der politischen Bahn zu räumen. Eine Möglichkeit, wie diese Beseitigung potentiell vorhandener politischer Konkurrenz aussehen konnte, lässt sich gut anhand der Sozialdemokratischen Partei Ungarns aufzeigen: Sie wurde ungeachtet innerparteilicher Widerstände im Juni 1948 auf Initiative der Kommunisten zur Partei der Ungarischen Werktätigen, MDP (= Magyar DolgozókPártja), mit der

¹²² Vgl. Kipke, Rüdiger (Hrsg.) (2005): Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 15.

Kommunistischen Partei zusammengelegt. „Es war nur noch eine Frage der Zeit, zunächst die Einheit der Ungarischen Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei (unter Vertreibung widerstrebender sozialdemokratischer Führer ins Ausland bzw. ihrer Inhaftierung) zu verkünden“¹²³, darauf dann „die `Demission` nicht geeignet erscheinender Parlamentsabgeordneter (einige von ihnen erfuhren erst aus dem Brief, der ihre Enthebung beinhaltete, daß sie um Rücktritt `gebeten` hatten) zu verlassen, später die Auflösung aller Parteien zu inszenieren und letztlich die Alleinherrschaft der neuen, vereinigten PdUW [...] zu sichern.“¹²⁴ Um ihre Ziele zu erreichen – und zwar nicht nur auf dem politischen Parkett Ungarns, sondern auch außerhalb der Konferenzräume etc. –, setzte die „Salami-Taktik“ der Kommunisten einerseits auf die Diffamierung ihrer politischen Kontrahenten als Kriminelle, andererseits auf rigorose Einschüchterung und die eigene Untergrabung des politischen Staatsapparates (anstatt ihn zu schützen und gerade in den schweren Nachkriegsjahren zu manifestieren). „Mit der sogenannten Salami-Taktik eroberten die Kommunisten unter Parteichef Mátyás Rákosi Schritt für Schritt die alleinige Macht, bis sie 1949 eine Volksrepublik nach stalinistischem Vorbild ausriefen.“¹²⁵ Zweifellos darf der Kommunistischen Partei in ihrem Vorgehen aber ebenso wenig jegliches politisches Geschick zum Erreichen der parteilichen Ziele abgesprochen werden. Umso faszinierender aus politikwissenschaftlicher Perspektive ist das Faktum, dass die Partei im Rahmen der Parlamentswahlen (abgehalten im November 1945) kurz zuvor noch signifikant gescheitert war: Die Kommunisten konnten hier lediglich 17 Prozent der Wählerstimmen für sich verzeichnen. Die absolute Mehrheit gewann dagegen mit eindeutigen 57 Prozent die bürgerliche Unabhängige Partei der kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger, FKGP (= Független Kisgazda, Földmunkasés PolgáriPárt). „Viele leider in Vergessenheit geratene Namen müssen hier genannt werden. Erinnern wir uns beispielsweise an György Donáth von der ungarischen Kleinlandwirte-Partei, für die 1945 57 % der Wähler

¹²³Kulcsár, Kálmán (1997): Systemwechsel in Ungarn 1988-1990. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann Verlag, S. XII.

¹²⁴Kulcsár, Kálmán (1997): Systemwechsel in Ungarn 1988-1990. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann Verlag, S. XII.

¹²⁵ Eickhoff, Matthias (2009): Ungarn. Köln: Dumont, S. 38.

gestimmten hatten, und an Nikolas Petkow von der Bauernpartei, Bulgariens.“¹²⁶
Und auch bei den für August 1947 angesetzten Neuwahlen schnitt die Kommunistische Partei ähnlich schlecht ab (vergleichsweise für den selbst erhobenen Führungsanspruch im Land), als man sich gerade einmal 22 Prozent der Wählerstimmen sichern konnte – allerdings bedeutete dieses Ergebnis, dass die KP fortan als größte Fraktion agieren konnte und die KP nur auf gut 22% der Stimmen kam, stellte damit aber die stärkste Fraktion.¹²⁷

Bereits im März des Jahres 1945 einigte sich die Kommunistische Partei mit den übrigen Parteien auf Bodenreformen und brachte diese letztlich auf den Weg, wie es schon zuvor versucht worden war (dies wurde im Vorangegangenen kurz dargelegt). Diese Bodenreform implizierte in erster Linie die Auflösung jeglichen Großgrundbesitzes einschließlich der damit verknüpften und noch bis dahin vorhandenen Strukturen von Feudalismus. Praktisch sah diese Reform des Bodens demnach so aus, dass weit mehr als ein Drittel (ca. 40 Prozent) der Fläche, die von Landwirten wirtschaftlich genutzt wurde, innerhalb kürzester Zeit entweder enteignet, in das Eigentum des Staates transferiert oder an Zwergbauern und Landlose übergeben wurde. Der eingeschlagene Weg der Verstaatlichung der essentiellen Bereiche des Lebens in Ungarn setzte sich während der nachfolgenden vier Jahre beständig fort, als auch die Industrie und Banken in staatliche Hand übergingen. Jedoch dauerte es bezüglich der Kollektivierungsbestrebungen der Landwirtschaft bis zum Jahr 1961, bis diese tatsächlich – auch gegen den Widerstand der Landwirte – nach mehrmaligen Versuchen vollendet wurden. 1949 wurde im August seitens des ungarischen Parlaments die Verfassung verabschiedet. Da dies inzwischen unter der Macht der Kommunistischen Partei erfolgte, überrascht es nicht, dass eine „Volksrepublik Ungarn“, ein „Staat der Arbeiter und Bauern“ in dieser Verfassung zugrunde gelegt wurde.¹²⁸

¹²⁶ Schwimmer, Walter (1004): Der Traum Europa – Europa vom 19. Jahrhundert in das dritte Jahrtausend. Berlin / Heidelberg / Wiesbaden: Springer Verlag, S. 104.

¹²⁷ Vgl. Kipke, Rüdiger (Hrsg.) (2005): Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 16.

¹²⁸ Vgl. Kipke, Rüdiger (Hrsg.) (2005): Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 16-17.

4.4 Die Entstehung der Sozialistischen Volksrepublik und die Ära Rákosi

Zwar gab es zu der im vorangegangenen Kapitel beschriebenen Zeit immer auch mehr oder weniger laute politische Gegenstimmen, doch wurden zu Beginn 1949 alle nicht kommunistisch orientierten Parteien geschlossen in der Ungarischen Unabhängigkeits-Volksfront, MFN (= Magyar Függetlenségipárt), vereint. Dies begründeten die Jahre der Diktatur unter Rákosi¹²⁹: „Mit der Gründung der Magyar Függetlenségipárt (Ungarischen Unabhängigkeitsvolksfront) am 1. Februar 1949 war wohl das Schicksal der Oppositionsparteien mehr oder weniger besiegelt.“¹³⁰ Spätestens im Vorfeld der Parlamentswahlen zum Mai 1949 war der oben skizzierte Druck so stark geworden, dass nicht mehr aktiv in das politische Geschehen im Land von anderer Seite her eingegriffen werden konnte bzw. eben dies gewagt wurde. „Alle übrigen Parteien lösten sich bis 1949 auf oder sahen sich gezwungen, der »Ungarischen Unabhängigkeits-Volksfront« beizutreten, so dass es bei den nächsten Parlamentsneuwahlen (am 15. Mai 1949) nur noch eine Einheitsliste gab.“¹³¹ Durchgeführt wurden die Wahlen also mittels Einheitslisten unter dem dominierenden Einfluss der Partei der Ungarischen Werktätigen (MDP). Diese Geschehnisse hatte Ungarn nunmehr als eine sozialistische Volksrepublik etabliert und waren der Ausgangspunkt für die Ära unter Führung von Rákosi. Diese Phase hatte bereits mit den im Vorangegangenen skizzierten Geschehnissen zur Machtergreifung ihren – sehr radikalen und politisch unbarmherzigen – Anfang genommen, setze ich aber noch weiter fort.

Aus der einstigen Großmacht Ungarn war nun unter der Führung von Rákosi ein Satellitenstaat der Sowjetunion geworden. Dies manifestierte sich vor allem darin, dass sich Ungarn auf politischer, ideologischer und auch wirtschaftlicher Ebene komplett an den Sowjets orientierte, quasi ein eigenes politisches Führungsdenken aufgab. Die Ära des überzeugten Stalinisten Mátyás Rákosi, der

¹²⁹ Vgl. Vida, István (2006): „Vorgeschichte der ungarischen Revolution und des Freiheitskampfes von 1956.“ In: Kipke, Rüdiger (2006): Ungarn 1956: zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung. VS Verlag. Wiesbaden, S. 11-28.

¹³⁰ Hauszmann, János (2004): Ungarn: vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg / Salzburg: Pustet, S. 260.

¹³¹ Altrichter, Helmut / Bernecker, Walther L. (2004): Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Stuttgart: Kohlhammer Verlag, S. 265.

nicht nur Generalsekretär der MDP, sondern temporär auch das Amt des Ministerpräsidenten innehatte, war von daher bestimmt durch den kontinuierlichen Ausbau der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung nach dem Vorbild der Sowjetunion. Diese Zeit war von einer Vielzahl überaus fragwürdiger und stets politisch bedingter Entscheidungen gezeichnet, wobei eine Klimax wohl mit dem Prozess gegen László Rajk erreicht worden war¹³². Er und auch andere führende Repräsentanten des Regimes wurden im Herbst des Jahres 1949 mit der Todesstrafe belegt oder den Rest ihres Lebens weggesperrt, um sie von der politischen Bühne der Macht auszuschließen – von demokratischen Zügen oder einer politischen Gerechtigkeit war man in dieser Ära in Ungarn als sehr weit entfernt. Ebenfalls stellte sich Rákosi – wiederum auf Wunsch der Sowjets – gegen die katholische Kirche, die in Ungarn seit jeher (seit der Christianisierung) eine zentrale gesellschaftliche Rolle bezogen hatte und durchaus meinungsbildend auf die Bevölkerung einwirken konnte. Eben diesen Konkurrenten um den Einfluss auf das Volk wollte man mit aller Macht beseitigen, wie es auch mit den politischen Gegnern getan wurde: In der Folge davon kam es zu Ausweisungen aus dem Land, es wurden Geistliche kurzerhand verhaftet oder die Kirche wurde ihres Eigentums beraubt, damit sie sich fortan nicht in die Wege der Politik stellen würde. Als Kardinal József Mindszenty 1949 eine lebenslange Haftstrafe antreten sollte, sorgte dieses Vorgehen für Proteste auf der ganzen Welt und erregte doch einiges an Aufsehen für die Praktiken der Regierung Rákosis.¹³³

Diese wahre Schreckensära für alle Feinde des Regimes und auch jene, die nur ihre eigene Meinung äußern wollten – womit letztlich am ehesten von einer Diktatur Rákosis¹³⁴ gesprochen werden kann – begann erst mit dem Tod Stalins immerhin latente Veränderungen durchzumachen. Nachdem nun jene Person fehlte, die zuvor mehr oder weniger direkt die Führung Ungarn über Rákosi vorgegeben hatte, gab es Freiräume für eine anfänglich sehr zaghafte Neuausrichtung auf innen- und wirtschaftspolitischer Ebene. Letztlich bestand die

¹³² Vgl. Herzberg, Guntolf / Seifert, Kurt (2002): Rudolf Bahro. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 39.

¹³³ Vgl. Kipke, Rüdiger (2006): Ungarn 1956: zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 14.

¹³⁴ Vgl. Timmermann, Heiner (2008): Militärische Interventionen in Europa im 20. Jahrhundert. Münster: LIT Verlag, S. 53ff.

Dominanz Moskaus aber nach wie vor, so dass zum Juli 1953 der reformorientierte Kommunist Imre Nagy als neuer Ministerpräsident eingesetzt wurde – wohlgerne auf Wunsch Moskaus und nicht der Bevölkerung Ungarns. Dieser erwies sich jedoch als eine klare Verbesserung der Konditionen im Land verglichen zur Führung unter Rákosi alleine: So war er etwa bemüht darum, die allgemeinen Lebensstandards im Land zu verbessern und wollte vor allem auch viele der Menschen aus den Gefängnissen holen, die noch zu Lebzeiten Stalins als politische Häftlinge verurteilt worden waren. Allerdings gelang es Rákosi und seinen Anhängern, die vorherige Machtposition bezüglich der Führung der MDP beizubehalten, sogar noch auszubauen. So schaffte es Rákosi, den neuen politischen Konkurrenten Nagy bereits im April des Jahres 1955 wieder von seinen Regierungs- und Parteiämtern zu vertreiben. Sein Festhalten an der Macht konnte Rákosi aber nicht mehr lange davor bewahren, am Ende doch die Führung Ungarns aus den Händen geben zu müssen. Das ausschlaggebende Ereignis war der XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (im Februar 1956), auf dem Nikita Chruschtschow klare Worte gegen den Missbrauch der politischen Macht zu Zeiten Stalins fand. Auch als Folge davon erhob sich in Posen im Juni desselben Jahres ein anti-sowjetisch ausgerichteter Aufruhr im Volk. Dieser Aufstand konnte zwar zunächst mit Waffengewalt niedergeschlagen werden, Rákosi war allerdings dazu genötigt, sein Amt als Parteivorsitzender zu räumen. Mit dem Ende der Ära Rákosi flammte also die Unzufriedenheit der Ungarn mit der politischen und gerade auch materiellen Lage im Land immer stärker auf, was zur Ungarischen Revolution führte, die im nachstehenden Kapitel betrachtet werden soll.¹³⁵

4.5 Die Ungarische Revolution des Jahres 1956¹³⁶

Gleich an mehreren Hochschulen Ungarns fanden im Oktober 1956 Studentenversammlungen statt¹³⁷: Forderungen waren nicht nur der Abzug der

¹³⁵Kipke, Rüdiger (Hrsg.), 2005: Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 14-18.

¹³⁶ Vgl. Kipke, Rüdiger (2006): Ungarn 1956: zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung. VS Verlag. Wiesbaden, S. 29ff.

¹³⁷ Vgl. Timmermann, Heiner (2008): Militärische Interventionen in Europa im 20. Jahrhundert. Münster: LIT Verlag, S. 54f.

Truppen der Sowjetunion aus dem eigenen Land, sondern ebenso verlangte man nach signifikanten Reformen in der Politik. Bedingt wurde dies durch die weiterhin angespannte Lage der Bevölkerung bezüglich des Lebensstandards und der hohen Zahl von Arbeitslosen. Um eine Verbesserung dieser Situation vom Staat einzufordern, gingen am 23. Oktober viele Tausend Menschen auf die Straße. Diese Proteste mündeten vielfach in Kämpfen mit den Vertretern der Staatsmacht und breiteten sich wie ein Lauffeuer über ganz Ungarn aus. Die Regierung musste nun darauf reagieren, so dass das Politbüro der MDP direkt in der Nacht auf den 24. Oktober ein Treffen abhielt. Imre Nagy hatte sich Ansehen in der Bevölkerung verdient und sollte sich deshalb als Ministerpräsident einbringen. Die Proteste auf den Straßen des Landes führten schließlich dazu, dass die ungarische Regierung die Sowjetarmee zur Unterstützung anforderte und den Ausnahmezustand im Land ausrief. Doch selbst über mehrere Tage hinweg, an denen die Aufständischen in Budapest für ihre Forderungen eintraten, konnte der Aufruhr nicht zerschlagen werden. Als am 28. Oktober ein Waffenstillstand erreicht wurde, räumte zwar die Armee der Sowjets Budapest Straßen, doch Moskau musste handeln: So signalisierte die ungarische Regierung Handlungsbereitschaft bezüglich der Forderung nach dem Abzug der Soldaten aus Ungarn. Nagy hatte mittlerweile sein Amt eingenommen und eine neue ungarische Regierung mit namhaften Nichtkommunisten zusammengestellt. Der Sozialismus und sollte zwar weiterhin Kern der Politik sein, doch er setze nun auf Neutralität und deklarierte ferner die Abschaffung des Einparteiensystems. Die Führung Moskaus war damit aber nicht einverstanden, so dass sie am 31. Oktober beschloss, erneut militärisch aktiv zu werden und die „Konterrevolution“ niederzuschlagen.¹³⁸

Ungarn sollte politisch nicht freigegeben werden, weshalb zu Beginn des Monats November desselben Jahres János Kádár zu geheimen Gesprächen nach Moskau gebeten wurde. Dieser war zu dieser Zeit gerade zum Ersten Sekretär der mittlerweile als MSZMP (Magyar SzocialistaMunkáspárt), Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei, auftretenden Staatspartei berufen worden. Kádár war sowohl Opfer als auch Täter des Stalinismus gewesen und sollte – so der

¹³⁸ Vgl. Kipke, Rüdiger (Hrsg.) (2005): Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 19.

Plan Moskaus – Ungarn als ein den Sowjets gegenüber loyaler Mann politisch führen, sobald die Bevölkerung beruhigt worden sei. Eben zur Beruhigung der aufgebracht Menge – was letztlich als Niederschlagung der weiterhin stattfindenden Aufstände zu verstehen war – mobilisierte die Sowjetunion erneut ihre Soldaten in Ungarn. Die Regierung unter Nagy reagierte jedoch unerwartet darauf, indem am 1. November der Austritt aus dem Warschauer Pakt deklariert wurde, um Ungarn fortan politisch neutral zu positionieren. Die Gegenantwort darauf war wiederum der Großangriff seitens der Sowjets am 4. November mit Hauptziel Budapest.¹³⁹ Man wollte mit allen Mitteln den oben skizzierten Plan mit Kádár als loyalem Führer Ungarns in die Tat umsetzen, so dass noch am gleichen Tag dessen Machtübernahme in Ungarn über die Radios verkündet wurde, da – so die Berichterstattung weiter – die „Konterrevolution“ mit Unterstützung der sowjetischen Gruppen aufgehalten worden sei. Nagy floh zusammen mit einigen seiner Anhänger in die jugoslawische Botschaft. Der 11. November markierte schließlich den Tag, an dem das aufständische Volk seine Waffen niederlegte. Über den zentralen Arbeiterrat wollte man nun einen anderen Weg einschlagen, zumindest einige Ziele durch Streiks zu erreichen: Nach wie vor sollte die Sowjetunion die Soldaten aus Ungarn abziehen, es sollten endlich mehrere Parteien zur Wahl zugelassen und Nagy eine Position in der neuen Regierung zugesprochen werden. Diese angespannte Situation konnte erst nach Monaten gelöst werden und hatte viele Tote und Zerstörung vor allem in Budapest zurückgelassen. Es waren zudem ca. 200.000 Ungarn vor den Unruhen in den Westen geflohen; 40.000 ereilte das Schicksal der Gefangenschaft oder Internierung aufgrund des Vorwurfs, an den Aufständen gegen das Regime beteiligt gewesen zu sein. Hunderte erhielten gar die Todesstrafe.¹⁴⁰ Die Entwicklung Ungarns ist demnach eng mit der Politik Kadars verbunden.

¹³⁹ Vgl. Timmermann, Heiner (2008): Militärische Interventionen in Europa im 20. Jahrhundert. Münster: LIT Verlag, S. 54.

¹⁴⁰ Kipke, Rüdiger (Hrsg.) (2005): Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 19-21.

4.6 Der Kádárismus – Ungarn auf einem sozialistischen Sonderweg¹⁴¹

Nach den im letzten Unterkapitel beschriebenen Geschehnissen war es Kadar, der die nächsten drei Jahrzehnte die Politik Ungarns führte – also bis zum Ende des realsozialistischen Ungarn. Diese Leitung übte er offiziell in seinem Amt als Erster Sekretär der Sozialistischen Arbeiterpartei MSZMP aus, temporär war er auch als Ministerpräsident aktiv. Im Jahre 1956 war Kádár noch als „Verräter“ betitelt worden, wollte nunmehr aber mit eindeutigen Parolen wie etwa „Wer nicht gegen uns ist, ist mit uns!“ die Massen Ungarns für sich mobilisieren.¹⁴² Angesichts der Tatsache, dass er mit seinen politischen Maßnahmen de facto mehr Freiheiten für den Einzelnen schaffen konnte – beispielsweise Reisen auch in den Westen –, gewann er kontinuierlich an Reputation und Popularität beim ungarischen Volk. Darüber hinaus konnte er jene Erhöhung des Lebensstandards realisieren, die schon seit Jahren versprochen worden war. Dies wurde unter dem Terminus des sogenannten „Gulaschkommunismus“ subsumiert. Doch auf welchem Wege erreichte er diese Ziele, an denen viele andere zuvor gescheitert waren?

Die Politik Kadars zeichnete sich durch eine umfassende Reform auf innerer Ebene aus, blieb dabei aber den Grundzügen des Sozialismus nach sowjetischem Vorbild treu. Ferner erwies sich der Kádárismus – wie die politische Führung unter ihm genannt wurde – als loyal gegenüber der weiterhin bestehenden Führungsmacht der Sowjets wie auch gegenüber den anderen Volksdemokratien. Bei alledem verfolgte Kadar aber eine vergleichsweise unabhängige Richtung¹⁴³ bezüglich der internen Entwicklung Ungarns, womit sein Führungsstil eine spezielle Position unter den sozialistischen Führungsmodellen dieser Zeit bezog. Dieser Sonderweg Ungarns manifestierte sich in verschiedenen politischen Sektoren, wie beispielsweise der Wirtschaft: Die Regierung Kádárs war etwa explizit darum bemüht, während der Phase von

¹⁴¹ Vgl. für dieses Kapitel: Kipke, Rüdiger (Hrsg.) (2005): Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 21ff.

¹⁴² Vgl. Segert, Dieter (1994): Konfliktregulierung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag, S. 31ff.

¹⁴³ Vgl. Segert, Dieter (1994): Konfliktregulierung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag, S. 31ff.

1966 bis 1968 die ehemals unflexible Planwirtschaft durch ein Vorgehen zu ersetzen, das vermehrt auf marktwirtschaftliche Faktoren ausgerichtet war. Nachdem dann in den 1970ern die Veränderungen auf dem Wirtschaftssektor auf ein Minimum reduziert worden waren, folgten 1981 etliche Reformen: Abgesehen von einer wirkungsvolleren sozialistischen Ökonomie sollte der bis dahin eher gering ausgebaute Sektor der Privatwirtschaft vergrößert werden. Dies betraf in erster Linie Handwerksbetriebe. Im Bereich der Außenpolitik musste sich – wie oben bereits dargelegt wurde – Kádár zunächst darauf konzentrieren, die Haltungen Moskaus mit zu unterstützen. Im Lauf seiner Regierung wagte er sich aber immer mehr auf den Weg einer selbstständigen Landesführung, was sowohl die Fragestellungen innerhalb des sozialistischen Blocks als auch die Thematiken im Kontakt zur internationalen Außenwelt umfasste. Beispiele hierfür waren die Abstandshaltung zur Sowjetunion im Jahre 1979 bezüglich Afghanistans oder die wenig versteckte Kritik hinsichtlich der Geschehnisse in Polen im Kontext der Gründung von Solidarnosc. Darüber hinaus suchte der Kádárismus den Handel mit den kapitalistischen Staaten und nahm auch Kredite aus dem Westen auf, was für eine langfristige Interaktion zwischen Ungarn und den ideologisch anders orientierten Ländern sprach. Schließlich war dann auch die Mitgliedschaft beim IWF ein untrügliches Indiz für die angestrebte und kontinuierlich verfolgte Autonomie Ungarns gegenüber der Sowjetunion und dem Sozialismus per se.¹⁴⁴

4.7 Die späten 1980er Jahre und der Systemwechsel in der ungarischen Politik

Das Ende der oben beschriebenen Ära des Kádárismus zeichnete sich schon während der 1980er Jahre im Rahmen von Debatten um ökonomische, politische wie auch personelle Problematiken ab, vollzog sich dann aber faktisch im Mai 1988 auf einer Parteikonferenz. János Kádár wurde als Generalsekretär der regierenden Partei von Károly Grósz ersetzt. Dieser war schon seit Juni 1987 als Regierungschef in Erscheinung getreten und initiierte nunmehr eine signifikante

¹⁴⁴Kipke, Rüdiger (Hrsg.), 2005: Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 21-22.

Personalumstrukturierung in den wichtigen Gremien. Einhergehend damit schlug Grósz einen neuen wirtschaftlichen und politischen Kurs ein, der – kontrastiv zu Kádár – vom sozialistischen Pluralismus und einer dahingehend geprägten Marktwirtschaft bestimmt war, was in der MSZMP für etliche Gespräche über die Grundsätze der Partei sorgte. Dieser sozialistische Pluralismus setzte in Ungarn eine Dynamik in Gang, die innerhalb kurzer Zeit die systemimmanenten Reformgrenzen überschritt. Mit Beginn des Jahres 1988 bildeten sich auf der einen Seite neue gesellschaftliche Organisationen aus. Auf der anderen Seite gab es nun auch eine Presse, die durchaus explizit kritisierte und vor allem unabhängig von Parteivorgaben schreiben konnte. Gleichsam wurden sogenannte „Proto-Parteien“ ins Leben gerufen, die ebenso kritisch gegenüber dem System eingestellt waren. Von Bedeutung für das Selbstverständnis der eigenen regierenden Partei war ferner der auf dieser Konferenz getroffene Entschluss, die eigene Parteihistorie rückblickend aufzuarbeiten und möglicherweise ins rechte Licht zu rücken, falls es zu Unstimmigkeiten kommen sollte. Zwar gab es mit dem Ungarischen Demokratischen Forum schon im September des Jahres 1987 eine Plattform, auf der kritisch auf die Entwicklung des Kádárismus und seiner Ziele Bezug genommen wurde, allerdings war es damals nicht geglückt, wirkliche Veränderungen im politischen System herbeizuführen.¹⁴⁵

Wie aber äußerte sich diese Krise des Kádárismus?¹⁴⁶ Zunächst einmal isolierten sich die orthodoxen Kräfte in der regierenden Partei zunehmend, was nicht darüber hinwegtäuschen konnte, dass die frühere politische Ausrichtung nicht mehr den Bedürfnissen des Volks und auch der Zeit – etwa bezüglich der Entwicklung der Wirtschaft – nachkommen konnte. Das Konzept Kádárismus war schlichtweg an seine Grenzen geraten und hatte versagt. Mit der Machtübernahme durch Michail Gorbacev wurde in der Sowjetunion ein politischer und ökonomischer Reformprozess gestartet, der mit dem Begriff „perestrojka“ subsumiert werden konnte: In Anbetracht der Auflösung des einheitlichen sozialistischen Lagers einhergehend mit der Ablösung der

¹⁴⁵ Kipke, Rüdiger (Hrsg.) (2005): Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 22f.

¹⁴⁶ Vgl. Schmidt-Schweizer, Andreas (2000): Vom Reformsozialismus zur Systemtransformation in Ungarn: politische Veränderungsbestrebungen innerhalb der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP) von 1986 bis 1989. Frankfurt am Main, P. Lang Verlag, S. 335ff.

„Breznew-Doktrin“ kamen aus Moskau zum ausklingenden Jahr 1986 eindeutige Signale, dass Ungarn nunmehr auf sich alleine gestellt sei. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass die Doktrin erst im Oktober 1989 ganz offiziell aufgegeben wurde. Da Grósz nach eigenem Willen nur temporär sowohl als Partei- als auch Regierungschef fungieren wollte, legte er im November 1988 das Amt des Ministerpräsidenten nieder und wurde von Miklós Németh beerbt. Dessen Führungsstil löste sich von der Basis der Partei, um umso energischer Demokratie und Kapitalismus auf reformierendem Wege in Ungarn etablieren zu können. Diesbezüglich war es entscheidend, dass er sich auf die Mitglieder in den Eliten der Gesellschaft verlassen konnte, die die elementaren Positionen im Vollzug des Systemwechsels und auch im Anschluss daran übernehmen konnten. Es wurde ein Vereinsgesetz verabschiedet, gemäß dem Parteien und Interessenverbände endlich legal gegründet werden und wirken konnten. Einhergehend damit wurde der MSZMP der alleinige Anspruch auf die Führung Ungarns abgesprochen. Ab Mai 1989 begann man gegenüber dem Nachbarland Österreich zudem mit dem Niederreißen des Eisernen Vorhangs und später im Jahr verließen schon die ersten Menschen über Ungarn und Österreich die DDR in Richtung Westen. Diese positiven Entwicklungen schlugen sich aber in gravierenden Einbrüchen in der Wirtschaft nieder. Resultierend aus einer galoppierenden Inflation bei gleichzeitigem Verfall der Löhne erhöhte die Regierung im Januar 1989 die Preise für Dienstleistungen und Waren erheblich.¹⁴⁷

Als im Juni 1989 Grósz vor diesem Hintergrund das Amt des Generalsekretärs ablegen musste, ging diese Position an Rezső Nyers über, bevor dann kurz darauf (Oktober 1989) auf dem Parteikongress die Auflösung der MSZMP beschlossen wurde – und zwar mit einer sehr deutlichen Mehrheit der Delegierten. Somit war das Ende jener Staatspartei gekommen, die über Dekaden hinweg alleine Ungarn politisch beherrscht hatte; zugleich war dies die Geburtsstunde der Ungarischen sozialistischen Partei (MSZP) mit Nyers an der Spitze. Zwar belebten die orthodoxen Mitglieder die MSZMP wieder, wenn auch unter anderem Namen, doch im Verlauf des folgenden Jahrzehnts wurde sie

¹⁴⁷ Kipke, Rüdiger (Hrsg.) (2005): Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 23-25.

kontinuierlich unwichtiger.¹⁴⁸ Interessant für die vorliegende Arbeit ist, dass sich die neu formierte MSZP explizit von der Historie der direkten Vorgängerpartei lossagte: „In der Geschichte unseres Landes ist das Zeitalter zu Ende gegangen, das mit dem Namen der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei gebrandmarkt ist. Die bisherige Konzeption des Sozialismus, das System Stalin’schen Ursprungs hat alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und moralischen Reserven aufgeraucht [...]. [Die neue Partei)] distanziert sich von den Verbrechen sowie von den Prinzipien und Methoden, die sich als falsch oder fehlerhaft erwiesen haben“¹⁴⁹. Umso mehr sich die Partei von den eigenen Wurzeln distanzierte, desto klarer positionierte sie sich in der MSZP als links-sozialistisch. Die Partei sprach sich für eine parlamentarische Demokratie aus und wollte eine soziale Marktwirtschaft kreieren. Auffallend war, dass dieser Prozess top-down vor sich ging, was sich in einer gewissen Kontinuität der politischen Eliten manifestierte. Dabei darf sicherlich nicht vergessen werden, dass auch in der Gesellschaft oppositionelle Gedanken gepflegt wurden, welche nach Reformen verlangten. Der „Nationale Runde Tisch“, an dem sich die Vertreter und Gegner des alten Systems zusammensetzten war sogar durch die alte Staatspartei geschaffen worden, während die schließlich bedeutsamen Parteien der Opposition Mitte 1988 gegründet wurden: der Liberale Bund Freier Demokraten (SZDSZ; SzabadDemokratákSzövetsége), die bereits oben erwähnte Partei der Kleinlandwirte sowie das Ungarische Demokratische Forum (MDF; Magyar Demokrata Fórum).¹⁵⁰

Auf der ersten Sitzung Mitte Juni 1989 standen die essentiellen Fragestellungen bezüglich des Übergangs Ungarns zur Demokratie im Mittelpunkt. Ferner musste sich die Regierung – genau wie die politischen Vorgänger in dieser Position – der wirtschaftlichen sowie sozialen Krise stellen. Zwar konnte nach ca. drei Monaten Arbeit ein Konzept vorgelegt werden, jedoch verweigerten diesem einige Vertreter der Opposition die Unterschrift, was allerdings keine Auswirkung auf die

¹⁴⁸ Kipke, Rüdiger (Hrsg.) (2005): Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 25.

¹⁴⁹ Schmidt-Schweizer, Andreas (2000): Vom Reformsozialismus zur Systemtransformation in Ungarn: politische Veränderungsbestrebungen innerhalb der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP) von 1986 bis 1989. Frankfurt am Main, P. Lang Verlag, S. 335.

¹⁵⁰ Kipke, Rüdiger (Hrsg.) (2005): Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 25f..

Realisierung der Vereinbarungen hatte. Die brennenden Fragen der Wirtschaft und des Sozialen waren dabei nicht übereinstimmend beantwortet worden, da sich die Opposition einerseits von einer Mitschuld an der sozio-ökonomischen Krise lossagen, andererseits die regierende Partei nicht auf wirtschaftspolitische Limitationen eingehen wollte.

Die erste Pflicht seitens der Regierung bestand darin, wenigstens jene Punkte, auf die man sich einigen konnte, in eine formale Gesetzesform zu bringen, damit diese dem Parlament übergeben werden konnte. Im neuen ungarischen System lag es schließlich am Parlament, über die Verwirklichung dieser Vorlagen zu entscheiden. Hierbei handelte es sich letztlich aber allein um eine notarielle Aufgabe des Parlaments, was sich darin zeigte, dass die Gesetzesvorlagen schon im Oktober verabschiedet wurden. Von besonderer Wichtigkeit für die vorliegende Diplomarbeit ist ein Gesetz zur Verfassungsänderung, da es den Grundstein für die Demokratie in Ungarn legen sollte. Ungeachtet der erwähnten Schwierigkeiten kann der „Runde Tisch“ als Form der Kooperation als effektiv bewertet werden, um einen friedlichen Weg des Systemwechsels zu finden. Schließlich galt es nicht, prinzipielle Maßgaben für den Wandel hin zur parlamentarischen Demokratie auszuarbeiten, da dies bereits durch die Staatspartei MSZMP einige Monate zuvor getan worden war. Am „Runden Tisch“ mussten damit die Details zur Politik der Zukunft Ungarns besprochen und möglichst mit Konsens aller Beteiligten von Regierung und Opposition beschlossen werden.¹⁵¹

5. Erfüllung der sozialen Bedürfnisse in der Ära des Gulaschkommunismus`

Im Vorangegangenen wurde bereits knapp auf die Zeit Ungarns eingegangen, die heute unter dem Terminus des „Gulaschkommunismus“¹⁵² subsumiert wird. Anhand der theoretischen Modelle zur politischen Systemtransformation im

¹⁵¹Kipke, Rüdiger (Hrsg.)(2005): Das politische System Ungarns, Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 22-27.

¹⁵²Elvert, Jürgen / Salewski, Michael (1993): Der Umbruch in Osteuropa. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 121.

vorherigen Kapitel wurde gezeigt, dass die Stimmung in der Bevölkerung in einem Land nicht nur für Transformationsprozesse, sondern den Rückhalt jeglicher politischen Führung von Bedeutung ist. Ausgehend davon ist es eine stets politisch kluge Strategie, für das Wohl der Bevölkerung Sorge zu tragen, um die eigene Macht zu sichern. Dass die Haltung der Menschen in einem Land schnell variieren kann, dies wurde bereits hinsichtlich der Schwierigkeiten des Transformationsprozesses herausgearbeitet, die sich in den Anfangsphasen der neuen Regierung nicht verhindern lassen, aber bereits für Unmut sorgen und ein Schrumpfen der Unterstützung bei den Bürgerinnen und Bürgern hervorrufen können. Vor diesem Hintergrund ist diese Ära Ungarns¹⁵³ besonders interessant und soll hier nochmals näher beleuchtet werden.

Die Ausgangssituation¹⁵⁴ kann damit gekennzeichnet werden, dass eine Zwangskollektivierung der Landwirtschaft unter Rákosi stattgefunden hatte, da die Bauern sich den Plänen der Regierung (künstlich niedrige Preise und Abgabevorschriften in der Genossenschaft) widersetzt und nur noch für sich selbst Land kultiviert hatten. Im Zuge der Aufstände 1956 verließen ungefähr 200.000 Menschen Ungarn, was wiederum zur Versorgungsknappheit führte. Damit hatte Ministerpräsident Nagy keine andere Wahl, als die Kollektivierung zurückzunehmen. Es erfolgte der oben dargelegte Machtwechsel, als Kadar zum neuen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei und Ministerpräsidenten aufstieg – mit Hilfe der Sowjetunion. Die USAP strebte eine kontrastive Führung der politischen Belange Ungarns an. Wie schon erwähnt wurde, verliefen die im Kádárismus initiierten Reformen des Wirtschaftssektors zu nächst einmal chaotisch und brachten keineswegs den versprochenen Wohlstand bzw. die Verbesserung des Lebensstandards. Ein Problem war, dass 1956 und 1957 divergierende gesellschaftspolitische Auffassungen vorherrschten, so dass sich die notwendige Konsolidierung schwierig gestaltete – währenddessen wuchs der Unmut der Bevölkerung über die sozialen Missstände.¹⁵⁵

¹⁵³ Vgl. Delapina, Franz / Hofbauer, Hannes / Komlosy, Andrea / Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susan (1991): Ungarn im Umbruch. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 105-109.

¹⁵⁴ Vgl. Elvert, Jürgen / Salewski, Michael (1993): Der Umbruch in Osteuropa. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 121ff.

¹⁵⁵ Vgl. Delapina, Franz / Hofbauer, Hannes / Komlosy, Andrea / Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susan (1991): Ungarn im Umbruch. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 105.

Kádár setzt nunmehr auf die Unterstützung von Wirtschaftsexperten, die endlich greifende Reformen erarbeiten und vorbereiten sollten. Die politische Orientierung am sowjetischen Vorbild führte dazu, dass die Unternehmen fortan die Ziele ihrer eigentlich individuellen Entwicklung von staatlicher Seite her vorgeschrieben bekamen. Allerdings – und hier kam es zur oben schon erwähnten partiellen bzw. anfänglichen Liberalisierung Ungarns – durften die Unternehmen in der Erreichung dieser Entwicklungsziele autonom vorgehen. So stand es ihnen nun frei, die als erforderlich erachteten Investitionen und Materialbeschaffungen umzusetzen, ferner erhielten sie – was keineswegs selbstverständlich für diese sozialistische Orientierung war – eine Beteiligung am generierten Gewinn. Sich über die vorhandenen Gegenstimmen, die lediglich eine Effizienzsteigerung der existierenden Gesetze ohne grundlegende Veränderungen wollten, hinwegsetzend, wurden nun die Vorschläge der Reformkommission umgesetzt: Durch die Öffnung des heimischen Marktes für den internationalen Handel wurde der Bevölkerung erneut ein besserer Lebensstandard in Aussicht gestellt. Hierbei wurde entsprechend der wirtschaftlichen Orientierung Ungarns ein Fokus auf die Landwirtschaft gelegt. Weiterhin kümmerte sich die Regierung um die Entwicklung der Infrastruktur, die noch nicht den Standards des Westens entsprechen konnte und damit ein wirtschaftliches Hindernis war.¹⁵⁶

Zwar entstanden wieder Genossenschaften und 1965¹⁵⁷ waren schließlich drei Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche in staatlicher Hand, doch die Regierung erlaubte den Bauern eine freie Bildung ihrer Preise. Darüber hinaus gewannen die Unternehmen an Autonomie und konnten beispielsweise selbst Löhne festlegen. Die Bevölkerung sollte damit gerade so viel erhalten, dass sie zufrieden und quasi auf allen problematischen sozialen Ebenen „gesättigt“ war, woher auch der Begriff des ‚Gulaschkommunismus‘ stammt. In dem 1959 verabschiedeten Reformprogramm zur Wirtschaft erkannte man zwar die große Bedeutung der Landwirtschaft für Ungarn an, dennoch sollte schnellstmöglich an

¹⁵⁶ Vgl. Delapina, Franz / Hofbauer, Hannes / Komlosy, Andrea / Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susan (1991): Ungarn im Umbruch. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 105-106.

¹⁵⁷ Vgl. Elvert, Jürgen / Salewski, Michael (1993): Der Umbruch in Osteuropa. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 121.

den Westen Anschluss auf wirtschaftlicher Ebene gefunden werden, weshalb die Industrie als der zukunftssträchteste Sektor in den Blickpunkt rückte.¹⁵⁸

Hierzu verfolgte die politische Führung das schon erwähnte Prinzip der zentralen Planung und konnte damit erst einmal tatsächlich überzeugen. Ungarns nationales Einkommen legte in einer Dekade (1957 bis 1967) um ganze 6 % jährlich zu. Die Industrie konnte ein Wachstum von 8,5 % vorweisen, die Landwirtschaft schaffte es gar auf 25 %. Ein Indiz für den Aufschwung auf dem Industriesektor – der anderes als die Landwirtschaft in Ungarn zuvor keine allzu dominante Rolle eingenommen hatte – zeigte sich in der Zunahme industrieller Fertigwaren bei den Exporten – in dieser Phase wuchs der Anteil von 13 auf mehr als 50 Prozent. Mit diesen Maßnahmen war es dem Kádárismus also gelungen, über wirtschaftliche Reformen die soziale Lage der Bevölkerung zu verbessern, so dass die Bürgerinnen und Bürger mit dem kleinen Luxus des stellvertretend dafür stehenden Gulaschs erst einmal zufrieden waren. So ist zu konstatieren, dass dieser Gulaschkommunismus hauptsächlich in einem Konsens zwischen der politischen Führung Ungarns und der Bevölkerung zu definieren ist.¹⁵⁹ „Die ungarische Gesellschaft akzeptierte das Kádár-Regime nicht aus Zwang, sondern war von der Idee geleitet, mit ihm eine günstige Abmachung zu treffen. Im Austausch gegen den Verzicht auf die Freiheit gewann die Bevölkerung die Chance, mehr zu konsumieren und mehr `Freiräume` im Schatten der staatssozialistischen Politik und Wirtschaft zu erhalten, und so konnte man sich eine `entstaatliche`, relative autonome Existenz aufbauen.“¹⁶⁰ Diese Situation sollte allerdings nicht anhalten, wie im folgenden Kapitel gezeigt wird.

¹⁵⁸ Vgl. Delapina, Franz / Hofbauer, Hannes / Komlosy, Andrea / Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susan (1991): Ungarn im Umbruch. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 106-107.

¹⁵⁹ Vgl. hierfür und das Vorangegangene Delapina, Franz / Hofbauer, Hannes / Komlosy, Andrea / Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susan (1991): Ungarn im Umbruch. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 105-109.

¹⁶⁰ Elvert, Jürgen / Salewski, Michael (1993): Der Umbruch in Osteuropa. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 125.

5.1 Annäherung Ungarns an den Westen

Das Problem mit den kurzfristig erreichten Verbesserungen in der Wirtschaft und auf sozialer Ebene für die Bevölkerung Ungarns war erneut das rasche Wegbrechen der Unterstützung der Massen. Nach der Zufriedenheit und dem Konsens der 1950er Jahre geriet das bisher vergleichsweise gut funktionierende Modell im Sinne der „Rückkehr nach Europa“¹⁶¹ ins Wanken. Gründe dafür waren die massive Migration von Arbeitskräften aus dem landwirtschaftlichen in den industriellen Sektor (Landflucht) und die sinkenden Billigpreise für Rohstoffe und Energie aus dem umliegenden „RGW-Raum“.¹⁶² Vor diesem Hintergrund verloren die Akteure die Kriterien der Kosten und Effizienz bezüglich der Produktion aus den Augen, was einen Absturz eben dieser hervorrief. Da Unternehmen aber vorgegebene Ziele zu erfüllen hatten, sollten diese mit qualitativ nicht akzeptablen Produkten erreicht werden, zumal aufgrund der teils bestehenden Abnahmegarantien im RGW-Raum nicht mit hoher Qualität überzeugt werden musste. Auf dem Rest blieb die ungarische Wirtschaft aber aus eben diesem Grund sitzen.¹⁶³

Unter diesen Voraussetzungen war es nicht realisierbar, mit dem Industriesektor des Westens zu konkurrieren, womit sich der schlichtweg als Verschwendung zu bezeichnende Umgang mit günstiger Energie, Material und ausreichend vorhandenem Humankapital rächte. Es musste also ein verantwortungsbewussterer Umgang mit den Ressourcen in die Strategie implementiert werden, da sich zeigte, dass die kurzfristige Befriedigung der Bedürfnisse im Gulaschkommunismus auf lange Sicht hin nicht Erfolg versprechend war. In eben diese Richtung geht auch das Problem, dass die Regierung in den 1950ern Kapitalgüter importiert hatte, um die Verbesserung der sozialen Lage zu fördern, wofür allerdings Kredite aus dem Ausland aufgenommen worden waren. Anstatt also Schritt für Schritt den Anschluss an den Westen zu schaffen, geriet Ungarn immer mehr in eine Schuldenfalle: In gerade einmal vier bis fünf Jahren waren aus Schulden in Höhe von 1,6 Millionen

¹⁶¹ Elvert, Jürgen / Salewski, Michael (1993): Der Umbruch in Osteuropa. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 15.

¹⁶² Rüter, Lothar (1980): Die internationalen ökonomischen Organisationen der RGW-Länder: Rechtsfragen. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, S. 52.

¹⁶³ Vgl. Delapina, Franz / Hofbauer, Hannes / Komlosy, Andrea / Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susan (1991): Ungarn im Umbruch. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 109-110.

Forint 4,1 Millionen geworden.¹⁶⁴ Ungarn befand sich nach der Ära des Gulaschkommunismus in einer kritischen Lage. Da die heimische Wirtschaft nicht so viel in den Westen exportieren konnte, wie Ungarn selbst im Westen Schulden hatte, traten Verzüge bei der Rückzahlung der Kredite auf.

Fortan sollte sich die ungarische Wirtschaft deshalb vermehrt auf den Export ausrichten, bei gleichzeitiger Senkung der Importe, allerdings herrschte nach wie vor eine Knappheit an Rohstoffen, so dass verarbeitete Güter notwendig waren. Des Weiteren brachte die Steigerung des Exports deshalb nicht die erhoffte Wirkung, weil die ungarischen Waren weiterhin mit einer minderen Qualität zu kämpfen hatten, so dass sie auf dem freien Markt des Westens kaum Abnehmer fanden.¹⁶⁵ Somit musste die Regierung letztlich akzeptieren, dass ein langfristiger Aufschwung der Wirtschaft unter den Eingrenzungen der Unternehmen von staatlicher Seite nicht realisierbar war.¹⁶⁶ Demzufolge war es an der Zeit für einen Paradigmenwechsel im Wirtschaftssektor, der sich in der Reform von 1968 manifestierte¹⁶⁷.

5.2 Paradigmenwechsel in der Wirtschaft – Die Reform von 1968

„Bereits seit den 60er Jahren versuchte man in Ungarn, einen *Dritten Weg* zwischen Plan- und Marktwirtschaft zu gehen und privatwirtschaftliche Elemente in die Wirtschaft einzuführen. Damit sollten die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft erhöht und die materielle Zufriedenheit der Bürger gesichert werden.“¹⁶⁸ Die 1960er Jahre waren, den Ausführungen des letzten Kapitels folgend, aber von einer stagnierenden, teils schrumpfenden Wirtschaft gekennzeichnet. Ferner war Ungarn in einen Kreislauf aus Verschuldungen geraten und dieses Mal konnten die günstigen Arbeitskräfte nicht für eine

¹⁶⁴ Vgl. Delapina, Franz / Hofbauer, Hannes / Komlosy, Andrea / Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susan (1991): Ungarn im Umbruch. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 110-111.

¹⁶⁵ Vgl. Delapina, Franz / Hofbauer, Hannes / Komlosy, Andrea / Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susan (1991): Ungarn im Umbruch. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 111-112.

¹⁶⁶ Vgl. Delapina, Franz / Hofbauer, Hannes / Komlosy, Andrea / Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susan (1991): Ungarn im Umbruch. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 109-112.

¹⁶⁷ Vgl. Dieringer, Jürrgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Opladen: Barbara Budrich Verlag, S. 48ff.

¹⁶⁸ Franzen, Wolfgang / Haarland, Hans-Peter / Niessen, Hans-Joachim (2005): Osteuropa zwischen Euphorie, Enttäuschung und Realität: Daten zur Systemtransformation 1990-2003 für eine nachhaltige Entwicklung. New York / Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 25.

Verbesserung der Situation sorgen, da mit den übrigen Ressourcen zu verantwortungslos umgegangen worden war. Der einzige Ausweg – den auch die politische Führung erkannte – war eine umfassende Reformierung der Wirtschaft, die gegen Ende des Jahres 1964 eingeleitet wurde. Das Zentralkomitee der USAP verabschiedete ein neues Wirtschaftsprogramm, welches unter der Bezeichnung „Neuer Ökonomischer Mechanismus“¹⁶⁹ zum Januar 1968 in Kraft trat.¹⁷⁰

Die Eckpunkte dieses Programms können wie folgt zusammengefasst werden:

- Die Zuteilung von Ressourcen und Produktion wurde präzise definiert.
- Die Unternehmen erhielten keine staatlichen Zielvorgaben mehr, die sie auf Kosten der Qualität zu erreichen versuchten.
- Der Großteil des Gewinns, der volkswirtschaftlich investiert werden sollte, wurde von staatlicher Seite überwacht, während der kleinere Teil bei den Unternehmen selbst blieb.
- Der Handel mit dem Ausland lief weiterhin über Import-Export-Organisationen (RGW) oder spezielle Außenhandelsorganisationen des Staates, wenn es sich um Geschäfte mit dem Westen handelte.
- Die Preise orientierten sich nicht mehr an sozialpolitischen Intentionen, so dass der Preis für die Waren nun auch die Kosten decken sollte (zuvor waren die Preise von bestimmten Waren wie Lebensmitteln etc. künstlich niedrig gehalten worden, damit sie für alle in der Bevölkerung erschwinglich waren). Hierzu führte die Reform von 1968 eine Dreiteilung der Preiskategorien ein, welche so auch für die ausländischen Abnehmer galt:
 - 1.: *Fixe Preise*: Grundnahrungsmittel, Energie, einige landwirtschaftliche Produkte, öffentliche Verkehrsangebote, Rohstoffe.
 - 2.: *Variable Preise*: Verarbeitete Lebensmittel und Güter des Konsums, Kapitalgüter.
 - 3.: *Freie Preise*: Luxusgüter und alles andere, was nicht unter die ersten zwei Kategorien eingeordnet werden konnte.

¹⁶⁹Vgl. Dieringer, Jürrgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Opladen: Barbara Budrich Verlag, S. 49ff.

¹⁷⁰Vgl. Kipke, Rüdiger (2006): Ungarn 1956: zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 165ff.

- Die ungarischen Unternehmen erhielten weiterhin Schutz durch den Staat, indem hohe Zölle auf Importwaren erhoben und die Exporte bezuschusst wurden, wenn es sich um relevante Produkte wie notwendige Produktionsmaterialien handelte.
- Exportgewinne, die über ein bestimmtes Maß gingen, wurden abgeschöpft.¹⁷¹

Die Effektivität dieser Reformmaßnahmen konnte in den ersten fünf Jahren durchaus überzeugen, womit sich Ungarn erneut auf einem Weg befand, sich zu einer fortschrittlichen Industrienation zu entwickeln. Das Bruttoinlandsprodukt erlebt zwischen 1967 bis 1971 ein sogar besser als erwartetes Wachstum von 6 bis 7 % jährlich (im Vergleich: in den Vorjahren waren es im Schnitt 4 bis 4,5 % gewesen). Ebenso nahm die Produktivität der Arbeitskraft zu: Zwischen 1970 und 1974 waren es 6 % im jährlichen Durchschnitt. „Infolge der Entfaltung der `zweiten Wirtschaft` erfolgte in Ungarn in den 1970er Jahren rasch eine markante Schwerpunktverlagerung vom regulierten, durch einen rechtlichen Rahmen abgesicherten Privatsektor in die durch marktwirtschaftliche Züge geprägten Wirtschaftsaktivitäten. Beispielsweise waren im Jahre 1972 in Ungarn bereits 1,681 Mio. landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetriebe registriert“¹⁷². Indem die Wirtschaft nun auch sorgsamer mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen umging, war es möglich, gezielt auf die Nachfrage auf den Märkten zu reagieren. Da sich zudem die Qualität der Produkte verbesserte, wurden sie jetzt auch wieder für westliche Abnehmer interessant. „So war es kein Wunder, daß Ungarn als [...] eine Art Quasi-Westen aus der Sicht der anderen Ostblockstaaten hochstilisiert wurde“¹⁷³, obwohl wirklich dem Westen vergleichbare Lebensstandards der Bevölkerung oder eine wirtschaftliche Konkurrenz nicht vorhanden waren – doch immerhin lässt sich daran zeigen, dass Ungarn verglichen mit den anderen sozialistischen Staaten sehr wohl einen Sonderweg in Richtung Westen beschritt. Von besonderer Bedeutung für die Unterstützung der Politik durch das Volk war dabei, dass es nun die nationalen

¹⁷¹ Vgl. Delapina, Franz / Hofbauer, Hannes / Komlosy, Andrea / Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susan (1991): Ungarn im Umbruch. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 112-113.

¹⁷² Elvert, Jürgen / Salewski, Michael (1993): Der Umbruch in Osteuropa. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 180.

¹⁷³ Elvert, Jürgen / Salewski, Michael (1993): Der Umbruch in Osteuropa. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 125.

Erhöhungen im Lebensstandard gab und Lebensmittel keine Mangelwaren mehr waren – dies war für die Konsumgüter nur noch vereinzelt der Fall, war aber dennoch eine signifikante Verbesserung zu den vorangegangenen Jahren oder gar Jahrzehnten unter der Dominanz der Sowjetunion.¹⁷⁴

Angesichts der schnellen Erholung darf aber – mit dem Wissen aus den vorangegangenen Kapiteln – angenommen werden, dass es nicht allein die Reformen waren, die diese Verbesserungen hervorgerufen hatten. Vielmehr war für Ungarn wie auch die anderen RGW-Staaten ab 1966 eine steigende Konjunktur zu beobachten. Die Reformen werden davon ohne Zweifel profitiert haben und konnte umso effektiver verwirklicht werden. Alleine die Reformen wären aber wohl nicht in der Lage gewesen, innerhalb der kurzen Zeit einen Aufschwung herbeizuführen. Darüber hinaus zog die Konjunktur auch auf den internationalen Märkten insgesamt an, denen sich Ungarn geöffnet hatte und demzufolge auch hiervon profitieren konnte.¹⁷⁵

¹⁷⁴ Vgl. Delapina, Franz / Hofbauer, Hannes / Komlosy, Andrea / Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susan (1991): Ungarn im Umbruch. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 113-114.

¹⁷⁵ Vgl. Delapina, Franz / Hofbauer, Hannes / Komlosy, Andrea / Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susan (1991): Ungarn im Umbruch. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 112-114.

6. Analyse des politischen Systemtransformationsprozesses in Ungarn

Anschließend an die Ausführungen des vorangegangenen Kapitels soll in diesem sechsten Kapitel nunmehr der tatsächliche politische Systemtransformationsprozess – nachdem zuvor lediglich von Tendenzen und Bewegungen in diese Richtung sowie Rahmenbedingungen dafür gesprochen werden konnte – mit dem Beginn des Jahres 1985 für Ungarn aufgearbeitet werden. Um die einzelnen Phasen – wie sie analog zu den oben dargelegten theoretischen Modellen postuliert wurden – detailliert beschreiben zu können, wird hierzu der Unterteilung des 3-Phasen-Modells gefolgt, wobei den jeweiligen Phasen die nachstehenden Zeitspannen zugeordnet wurden:

- *1985 bis 1988* – Phase der (in Ungarn radikalen) Liberalisierung
- *1988 bis 1990* – Phase der Demokratisierung (im Wissen darum, dass eine saubere Trennung der Phase nie ganz der Realität entsprechen kann, da die Grenzen eher verwischen)
- *1990 bis 1994* – Phase der Konsolidierung (ohne Anspruch darauf, dass diese mit dem Jahr 1994 komplett abgeschlossen sei)
Zuvor gilt es jedoch den Ausgangspunkt des Jahres 1985 für den Weg Ungarns in eine Demokratie zu skizzieren.

6.1 1985 – Ausgangslage vor der demokratischen Transformation

Im Jahr 1985¹⁷⁶ hatte Ungarn unter der Führung von Kádár als Parteichef ca. zwei Jahrzehnte Reformsozialismus hinter sich, die zum einen von einer weniger harten Dominanz der Kommunistischen Partei, zum anderen durch eine teils liberalisierte und dem Westen angenäherte Wirtschaft geprägt waren. Ungeachtet des wirtschaftlichen Aufschwungs und der insgesamt feststellbaren Verbesserung der Lebensbedingungen der Ungarn durch diese ersten Schritte der Liberalisierung, gerieten Mitte der 1980er Jahre die politischen Systeme aller

¹⁷⁶ Vgl. Süß, Dirck (2001): Privatisierung und öffentliche Finanzen: zur politischen Ökonomie der Transformation. Stuttgart: Lucius & Lucius Verlag, S. 68ff.

Ostblockstaaten in Schwierigkeiten, die mit behutsamen Reformen des Sozialismus nicht mehr abzufangen waren. In Ungarn zeigte sich diese Krise in erster Linie an den Problemen des wirtschaftlichen Sektors, da die von der Partei vorgelegte Planung und der Mangel an effektiven Kontrollmechanismen etwa in der Industrie nach und nach das kommunistische Denken als inkompatibel mit dem kapitalistisch überhandnehmenden Wirtschaftssystem aus dem Westen – dem sich Ungarn schließlich annähern wollte und für einen wirtschaftlichen Aufschwung auch musste – entlarvte. Angesichts der voranschreitenden Globalisierung der Welt, speziell der Märkte, war es unter dem Kádárismus¹⁷⁷ nicht mehr länger realisierbar, den Lebensstandard zu steigern und die Modernisierung des Landes auf dem bisherigen Wege voranzutreiben. Als weitere Problematik trat die oben schon angesprochene Verschuldung des Landes hinzu. Außerdem nahm in dieser Zeit der Missbrauch von Drogen eklatant zu – wohl auch als Folge der immerhin latenten Erhöhung des Lebensstandards in den Jahren zuvor – und Ungarn belegte bei den Selbstmordraten die vorderen Plätze: Ungarn steckte nicht nur in einer finanziellen, sondern einer sozialen Krise. Darüber hinaus existierte im Grund nach wie vor die Orientierung Ungarns am Marxismus bzw. Leninismus, was als ein Erbe aus der Zeit Stalins mit getragen wurde; doch diese Ideologie stand inzwischen signifikant mit den letzten Entwicklungen auf dem Weg in Richtung Westen in Konfrontation. Konsequenz davon war eine zusätzliche ideologisch-politische Krisensituation Ungarns.

Der von Kádár initiierte Reformsozialismus führte gegen 1985¹⁷⁸ zu zweierlei Effekten in Ungarn¹⁷⁹, die entscheidend für die folgende Transformation bzw. deren Beginn sein sollten: Auf der einen Seite musste das wirtschaftliche Modell, welches – wie oben dargelegt wurde – einen Mittel- oder auch dritten Weg zwischen freier Marktwirtschaft des Westens und sozialistischer Planwirtschaft beschreiten wollte, letztlich als Fehlschlag akzeptiert werden. Ungarn musste

¹⁷⁷ Vgl. Schmidt-Schweizer, Andreas (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002: von der liberalisierten Einparteiensherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 37ff.

¹⁷⁸ Vgl. Schmidt-Schweizer, Andreas (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002: von der liberalisierten Einparteiensherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 17ff.

¹⁷⁹ Vgl. Süß, Dirck (2001): Privatisierung und öffentliche Finanzen: zur politischen Ökonomie der Transformation. Stuttgart: Lucius & Lucius Verlag, S. 68f.

sich wirtschaftlich neu positionieren, um gegen die kritische finanzielle Lage angehen zu können. Auf der anderen Seite waren in Ungarn schon seit vielen Jahren Reformen liberaler Prägung realisiert worden, was sich nun dahingehend als vorteilhaft für einen demokratischen Systemtransformationsprozess erweisen sollte, dass einige Voraussetzungen bereits geschaffen worden waren. Beispielsweise hatten sich – kontrastiv zu den sozialistischen Nachbarländern Ungarns – schon zuvor private Betriebe etabliert, die marktwirtschaftlich orientiert waren. Umso radikaler konnte aufbauend darauf der Wechsel von Politik, Wirtschaft, Sozialem System etc. in Angriff genommen werden. Des Weiteren war die politische Führung Ungarns 1985 nicht mehr so eingleisig wie noch Jahrzehnte zuvor (etwa zu Stalins Ära), womit ein gewisser latenter Pluralismus existierte. „Aufgrund des vergleichsweise toleranten Kádár-Regimes und der spezifischen `zweiten Wirtschaft` in Ungarn war die legale Artikulation und Formierung der Opposition wesentlich einfacher.“¹⁸⁰ Dieser Umstand ließ nun alternative politische Ideen zu und mündete schließlich in der – wie es Schmidt-Schweizer fasst – „Auferstehung“ einer zivilen Gesellschaft.¹⁸¹

6.2 1985 bis 1988 – Phase der radikalen Liberalisierung

Die unter 6.1. beschriebene Ausgangslage ermöglichte einhergehend mit der neuen politischen Richtung Gorbatschows in der Sowjetunion einige Veränderungen im Fundament der Politik Ungarns – diese wurden nun, anders als zuvor, nicht mehr seitens der Sowjets entweder selbst determiniert oder schon im Keim erstickt.¹⁸² Ausgehend von der dargelegten akteurszentrierten Theorie entwickelten sich innerhalb der Staatspartei Gruppen, die alternative, liberale politische Wege verfolgen wollten und sich damit von den klar konservativen Akteuren innerhalb der Partei differenzierten: Prinzipiell kann hier von einem Konflikt der Hardliner gegen die Softliner gesprochen werden.

¹⁸⁰ Holländer, Michael (2003): Konfliktlinien und Konfiguration der Parteiensysteme in Ostmitteleuropa 1988-2002. München: BoD, S. 237.

¹⁸¹ Vgl. Andreas Schmidt-Schweizer (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteiensherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. München: Oldenbourg Verlag, S. 419-420.

¹⁸² Vgl. Vilmar, Fritz (2000): Zehn Jahre Vereinigungspolitik: kritische Bilanz und humane Alternativen. Berlin: Trafo Verlag, S. 42.

Ansporn für liberale Gedanken war das dringende Ziel, Ungarn aus der akuten wirtschaftlichen Misere zu führen und auf lange Sicht eine funktionierende Wirtschaft aufzubauen. Namentlich machte sich ab 1986 besonders Miklós Németh verdient darum, der ungarischen Wirtschaft ein neues Profil zu verleihen und damit die Liberalisierung in Gang zu bringen. Kádár und die übrigen konservativen Hardliner vertraten zwar andere Ansichten, konnten aber angesichts des vielfältigen Drucks (wirtschaftlich, gesellschaftlich) nicht anders, als 1987 das Entfaltungsprogramm¹⁸³ zu verabschieden. Damit wurden nicht allein marktwirtschaftliche Grundlagen für die Ökonomie des Landes beschlossen: „Das Ziel des sogenannten Entfaltungsprogramms vom 2. Juli 1987 war, die chronischen ökonomischen Schwierigkeiten zu überwinden, eine solide Grundlage für Wachstum zu schaffen“¹⁸⁴. Die Bevölkerung – die zuletzt (siehe Gulaschkommunismus) mittels Befriedigung der Grundbedürfnisse aus der Politik weitestgehend herausgehalten werden sollte – sollte nun wieder politisch mobilisiert werden. Dass die Massen eine Rolle beim Transformationsprozess gerade in der Anfangsphase spielen, wurde theoretisch bereits erläutert. Resultierend aus den Krisenlagen musste es während des Transformationsprozesses auch weiterhin zu Entbehrungen kommen, weshalb die Bevölkerung mit Offenheit und Integration für den Prozess Wechsels gewonnen werden sollte. Mit dem Aufweichen dieser ehemaligen politischen Grundlagen war nun das Ende des Kádárismus gekommen.

Der Transformationsprozess wirkte sich schließlich auch auf der Akteursebene aus: 1987 hatte noch Kádár selbst Károly Grósz als Ministerpräsident ins Amt gehoben, der bis 1988 für das nahezu komplette Austauschen der konservativen Kádár-Anhänger durch jüngere und liberale Akteure sorgte. Es fand demnach ein politischer Generationenwechsel in der Partei statt, ein Wechsel der Eliten. Sozialistischer Pluralismus und eine ebensolche Marktwirtschaft waren die Konzepte, die von Károly Grósz, Miklós Németh, Imre Pozsgay und Rezső Nyers realisiert werden sollten. Einhergehend damit erhielt die Bevölkerung – wenn

¹⁸³ Vgl. Andreas Schmidt-Schweizer (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteiherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. R. Oldenbourg Verlag München, S. 49ff.

¹⁸⁴ Andreas Schmidt-Schweizer (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteiherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. R. Oldenbourg Verlag München, S. 49.

auch innerhalb des Einparteiensystems – mehr politisches Mitspracherecht: Dies manifestierte sich beispielsweise im Recht zu streiken und sich frei versammeln zu dürfen. Ferner sollte anhand des „Parteigesetzes“¹⁸⁵ die führend Kommunistische Partei in ihrer Macht beschnitten werden. Auf diese langfristigen Ziele für die Politik Ungarns einigte man sich auf der Parteikonferenz im Mai 1988, so dass sich Németh, Grósz, Nyers sowie Pozsgay ab dem Sommer 1988 an die Ausarbeitung von Realisierungsmaßnahmen setzten.¹⁸⁶

Die radikale Liberalisierung stellte sich teils aber als zu radikal heraus, womit Entwicklungen in Gang gesetzt wurden, die so nicht vorhergesehen waren: Die Staatspartei zerfiel in zahlreiche Fraktionen, die sich nun frei bilden konnten. Außerdem ging die Pluralisierung der Gesellschaft sehr rasch vor sich: „Die Jahre 1988 und 1989 brachten nicht nur für die Parteien, sondern auch hinsichtlich der Interessenorganisationen eine weitgehende Pluralisierung der ungarischen Gesellschaft mit sich.“¹⁸⁷ Während lediglich eine sich in überschaubarem Ausmaße vollziehende Pluralisierung intendiert wurde, scheint es eher so, als hätten die Ungarn nur jahrzehntelang darauf gewartet, endlich etwas nach ihren Vorstellungen realisieren zu können: Dies führte nicht allein zu einer großen Menge an Veröffentlichungen, die sich kritisch gegenüber dem politischen System positionierten, sondern auch zu einer sehr großen Zahl an Gründungen von gesellschaftlichen Vereinen und Gewerkschaften.¹⁸⁸ „Tausende neue Gewerkschaften entstanden und schlossen sich allmählich in neuen Konföderationen zusammen. Auch in der ehemaligen staatlichen Gewerkschaft vollzog sich ein tiefgreifender Wandel; einzelne Vertretungen spalteten sich ab

¹⁸⁵ Häberle, Peter (1990): Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Mohr Siebeck Verlag, S. 249.

¹⁸⁶ Vgl. Kulcsár, Kálmán (1997): Systemwechsel in Ungarn 1988-1990. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann Verlag, S. 54ff.

¹⁸⁷ Gerlich, Peter (1997): Österreichs Nachbarstaaten: innen- und aussenpolitische Perspektiven. Facultas Verlag, S. 191.

¹⁸⁸ Vgl. Andreas Schmidt-Schweizer (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteienherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. R. Oldenbourg Verlag München, S. 420-421.

und wurden selbständig.“¹⁸⁹ Mit dem ausklingenden Sommer 1988 wurden sogar etliche bürgerliche Parteien gegründet.¹⁹⁰

Es ist daran ganz deutlich die Veränderung des ehemals sozialistischen Staates abzulesen. Dies kann als ein Zeichen für die anfängliche Euphorie der Massen gegenüber dem Transformationsprozess gedeutet werden, wie es im Rahmen der theoretischen Modelle bereits angesprochen wurde. Die Geschwindigkeit und radikale Umsetzung der oben dargelegten Reformen nahmen etwa gegen Ende des Jahres 1988 zusätzlich zu, da sich die führenden politischen Akteure nicht immer einig waren. Dieser Dissens in der politischen Spitze animierte die Bürgerinnen und Bürger weiter dazu, ihre kontroverse Meinung zur Politik zu publizieren oder gleich selbst aktiv zu werden. In der MSZMP¹⁹¹ hatte man dies sehr wohl erkannt¹⁹², wollte aber nicht davon abweichen. Zugleich gab es aber auch keine Bestrebungen dahingehend, die Pluralisierung in geordnete Bahnen zu lenken.

Es zeigte sich analog zum an den Akteuren orientierten Theorieansatz, dass es auch in Ungarn nicht möglich sein sollte, tatsächlich einen Mittelweg zwischen der lange Zeit das Land prägenden Planwirtschaft und dem Einparteiensystem auf der einen Seite und den demokratischen Ansätzen und einer am Westen orientierten Marktwirtschaft auf der anderen zu finden. Theoretisch mag dieser Weg existiert haben, doch in der praktischen Umsetzung verlief er ziellos und führte ins pluralistische Chaos. „Das Experiment des `sozialistischen Pluralismus` scheiterte aufgrund der dynamischen gesellschaftlichen und parteiinternen Entwicklungen im Sommer/Herbst 1988.“¹⁹³ Ausgehend davon war die politische Führung an diesem Punkt mit der Entscheidung konfrontiert, entweder wieder auf die alten ausgetretenen Pfade zurückzukehren, also die Liberalisierungsmaßnahmen zu revidieren (was wohl wiederum Aufstände bei

¹⁸⁹ Gerlich, Peter (1997): Österreichs Nachbarstaaten: innen- und aussenpolitische Perspektiven. Facultas Verlag, S. 191.

¹⁹⁰ Vgl. Kulcsár, Kálmán (1997): Systemwechsel in Ungarn 1988-1990. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann Verlag, S. 54ff.

¹⁹¹ Vgl. Holländer, Michael (2003): Konfliktlinien und Konfiguration der Parteiensysteme in Ostmitteleuropa 1988-2002. BoD, S. 237.

¹⁹² Vgl. Kipke, Rüdiger (2006): Ungarn 1956: zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung. VS Verlag, 185.

¹⁹³ Kipke, Rüdiger (2006): Ungarn 1956: zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung. VS Verlag, S. 185.

den Massen hervorgerufen hätte) oder sich jetzt einer tatsächlichen Demokratisierung zuzuwenden und damit die zweite Phase eines politischen Systemtransformationsprozesses zu beginnen. Eine ähnliche Situation – allerdings unter anderen Kontextbedingungen - war zuvor in der Tschechoslowakei im Verlauf des Prager Frühlings 1968 zu beobachten gewesen.¹⁹⁴

6.3 1988 bis 1990 – Phase der Demokratisierung

Die oben angesprochene Entscheidung, die die ungarische politische Führung 1988 zu treffen hatte, fiel pro Demokratisierung und damit pro Fortsetzung des politischen Transformationsprozesses aus, wobei diese Entscheidung innerparteilich (innerhalb der führenden Staatspartei) getroffen wurde: So stellten sich im November 1988 „führende MSZMP-Politiker, insbesondere Miklós Németh, Imre Pozsgay und Reszö Nyers, an die Spitze der politischen Veränderungsprozesse.“¹⁹⁵ Dies geschah dabei keineswegs in Konsens innerhalb der Partei, sondern gegen „den heftigen Widerstand der `Konservativen` um Grósz initiierten diese parteiinternen `Transformer` mehrere entscheidende Maßnahmen zur Demokratisierung Ungarns.“¹⁹⁶ Ziele waren neben der Etablierung demokratischer Prinzipien in der Politik der Aufbau einer effektiven Marktwirtschaft, die endlich ohne die Grenzen des Sozialismus auskommen und sich damit frei entwickeln sollte. Der Entschluss für diese Veränderungen war unter anderem dadurch bedingt worden, dass sich die politische Führung nicht sicher sein konnte, wie ein möglicher Schritt zurück von den Massen angenommen worden wäre. Da man nach dem politischen Wandel in Moskau nicht mehr mit militärischer Unterstützung im Fall von Ausschreitungen rechnen konnte bzw. wollte, erschien diese Entscheidung als weniger kritisch. Ferner darf angenommen werden, dass die Befürworter der Demokratisierung

¹⁹⁴ Vgl. Andreas Schmidt-Schweizer (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteienherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. R. Oldenbourg Verlag München, S. 421.

¹⁹⁵ Kipke, Rüdiger (2006): Ungarn 1956: zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung. VS Verlag, S. 185.

¹⁹⁶ Kipke, Rüdiger (2006): Ungarn 1956: zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung. VS Verlag, S. 185.

und der Marktwirtschaft darauf hofften, ihre Machtstellung mit in das neue System nehmen zu können. Dies machte es wiederum erforderlich, dass zunächst die Macht der oppositionellen Kräfte (auch innerparteilich) reduziert wurde.¹⁹⁷

Eben dies konnten die Akteure um Pozsgay und Németh im Verlauf der nächsten Monate innerparteilich realisieren und zudem politische Beschlüsse in Richtung eines Mehrparteiensystems durchsetzen. Gleichfalls wurde Ungarn auf die freie Marktwirtschaft und das neue System einer parlamentarischen Demokratie vorbereitet, indem die erforderlichen Fundamente auf gesetzlicher Ebene gelegt wurden. Interessant ist darüber hinaus, dass sich die politische Führung im Frühjahr 1989 nun auch intensiv um eine Abkehr von Ideologien wie Marxismus und Leninismus im Bereich der Bildungs- und Kulturpolitik kümmerte. Währenddessen richtete sich die Sozial- und Wirtschaftspolitik auf die Konditionen der Marktwirtschaft aus – dies implizierte zudem eine Runderneuerung der außenpolitischen Beziehungen Ungarns. Als ein wahrer Meilenstein und eindeutiges außenpolitisches Zeichen in Richtung Annäherung an den Westen ist der September 1989 zu nennen, als Ungarn seine Grenzen für die damaligen Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik öffnete und ihnen die Durchreise in den Westen ermöglichte. Warum konnte Ungarn derart explizit gegen die früheren Ideologien handeln? Eine Erklärung dafür ist ohne Zweifel darin zu sehen, dass Moskau zu diesem Zeitpunkt endgültig Abstand von der Breschnew-Doktrin genommen hatte; und zwar nicht nur als mündliches Versprechen, sondern auch ganz praktisch. Die Breschnew-Doktrin besagte, „dass sich die UdSSR ein Recht auf Intervention vorbehalte, wenn in einem `Bruderstaat` der Sozialismus innerlich bedroht sei.“¹⁹⁸

Und auch innerhalb des Landes konnten die Transformer zunächst nahezu ungestört ihre Maßnahmen zur Demokratisierung vorantreiben. Die Pluralisierung verlief weiterhin in ungeordneten Bahnen und unterlief damit eine Konzentration der Kräfte, die alternative Haltungen auf gesellschaftlicher und politischer Ebene durchsetzen wollten. So dauerte es bis weit ins Jahr 1989 hinein, bis sich eine

¹⁹⁷ Vgl. Kipke, Rüdiger (2006): Ungarn 1956: zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung. VS Verlag, S. 185ff.

¹⁹⁸ Görtemaker, Manfred (2008): Grundkurs deutsche Militärgeschichte: Die Zeit nach 1945. Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 171.

ausreichend starke und auch adäquat organisierte Opposition gebildet hatte. Diese gleichberechtigte Position bezog die Opposition gerade pünktlich zu den Verhandlungen am Runden Tisch auf nationaler Ebene, als die Grundlagen für die konstitutionelle Ordnung Ungarns gelegt wurden. Am Runden Tisch konnten sich die Parteien auf insgesamt sechs Entwürfe von Gesetzen einigen, mit denen die zunächst noch grob ausformulierten Rahmenbedingungen der Verfassung an sich, des Verfassungsgerichts und auch des Amts des Präsidenten vorgelegt wurden. Ferner wurde das demokratische Vorgehen beim Abhalten von Parlamentswahlen fixiert und Anpassungen im Strafgesetzbuch wie auch Strafverfahrensgesetz vorgenommen. Wie am 18. September übereinstimmend festgelegt wurde, mussten diese Entwürfe nun noch durch die jeweiligen Ministerien, in deren Zuständigkeitsbereich die Änderungen/Anpassungen fielen, um dort aufgearbeitet und als abschließende Version an die Regierung übermittelt zu werden. Dass dies schon Ende desselben Monats (September 1989) geschah, untermauert die Tatsache, dass es zu keinen inhaltlichen Revisionen mehr kam, sondern Justizminister Kalman Kulcsar meinte lediglich, dass einige Sachverhalte präziser formuliert werden mussten.¹⁹⁹ Es kann jedoch konstatiert werden, dass am Runden Tisch effektive Vorgaben gefunden werden konnten, wie Ungarn bis zur Durchführung der ersten Parlamentswahlen politisch geführt werden sollte. Ausgehend davon war der nationale Runde Tisch mit seinen Resultaten ohne Zweifel von großem Wert für die Transformation in Ungarn²⁰⁰, allerdings kann – in Ablehnung der These einer verhandelten Revolution am Runden Tisch – darin nicht der Kern des Transformationsprozesses gesehen werden.

Dies lässt sich damit begründen, dass die grundlegenden Richtungen, in welche dann die sechs Beschlüsse des Runden Tisches gingen, bereits im Frühjahr 1989 auf staatlicher und parteilicher Ebene eingeschlagen worden waren. Es war also schon zu diesem früheren Zeitpunkt unter der Leitung Nemeths die Entscheidung gefallen, dass Ungarn eine parlamentarische Demokratie werden sollte, wobei dem Runden Tisch allein die Diskussion der einzelnen Punkte

¹⁹⁹ Vgl. Mácków, Jerzy (2009): Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa. Wiesbaden: VS Verlag, S. 208.

²⁰⁰ Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Barbara Budrich Verlag, S. 64.

hierfür als Aufgabe zukam. Bezugnehmend auf die Gesetzesentwürfe der damaligen Regierung und deren Entwurf einer Verfassung ist festzuhalten, dass sich Ungarn auf jeden Fall am Vorbild einer westlichen parlamentarischen Demokratie orientiert hätte – sowohl mit als auch ohne nationalen Runden Tisch. Der Unterschied ist allein der, dass sich die MSZMP ansonsten schon im Vorfeld der Wahlen hätte besser positionieren können, um sich einen Vorteil gegenüber den anderen Parteien zu sichern²⁰¹.

Resultat des Runden Tisches war eine sogenannte Übergangsverfassung, auf die sich die Akteure im Oktober 1989 einigen konnten. „Ungeachtet der Zweifel an der Legitimität der Übergangsverfassung erwies sich die erste postsozialistische Regierung in Ungarn als die stabilste im gesamten postsozialistischen Osteuropa.“²⁰² In dieser Verfassung wurde die neue Staatsform der parlamentarischen Demokratie ins staatliche Recht überführt. Wie im theoretischen Teil dieser Arbeit gezeigt wurde wird dies von einigen Autoren als Ende der Phase der Demokratisierung gesehen. Die Neuausrichtung des politischen Systems war nun verankert und konnte – zumindest nicht auf einfachem Wege – nicht mehr revidiert werden. Dennoch soll auch durch die strikte Einteilung in Kapitel an dieser Stelle nicht der Eindruck vermittelt werden, dass die einzelnen Phasen stets trennscharf voneinander differenziert werden können. Vielmehr ist es ein fließender Übergang, der sich im Falle Ungarns weiter darin manifestierte, dass unter Nemeth bis zum Frühjahr 1990 diverse Maßnahmen zur Festigung des politischen Systemwechsels verabschiedet wurden. Gleichzeitig stand die Wirtschaft im Zentrum der Transformationsbestrebungen. Angesichts der relativ schwachen oppositionellen Kräfte in Ungarn kann konstatiert werden, dass es keine „verhandelte Revolution“, sondern eher eine Transformation „von innen“ war.²⁰³

Von Bedeutung für die Phase der Demokratisierung ist die Spanne zwischen November 1989 bis zum Mai des folgenden Jahres, da für den Wahlkampf 1990

²⁰¹ Vgl. Kulcsár, Kálmán (1997): Systemwechsel in Ungarn 1988-1990. Vittorio Klostermann Verlag, S. 192.

²⁰² Bos, Ellen (2004): Verfassungsgebung und Systemwechsel: die Institutionalisierung von Demokratie im postsozialistischen Osteuropa. VS Verlag, S. 259.

²⁰³ Vgl. Andreas Schmidt-Schweizer (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteienherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. R. Oldenbourg Verlag München, S. 421-422.

bereits die Erhebung im Rahmen einer Volksbefragung von Relevanz ist, die am 26. November 1989 stattfand. Diese Volksbefragung über die politische Haltung der Ungarn, ihre Wünsche für die Zukunft und die akutesten Probleme – abgesehen von den wirtschaftlichen, deren sich die Politiker bewusst waren – wurde auf Drängen von vier Parteien realisiert: der Partei der Kleinlandwirte, dem Bund der Freien Demokraten, dem Bund der Jungen Demokraten und den Sozialdemokraten. Diese Volksbefragung war zudem eine plakative Maßnahme, um den Bürgerinnen und Bürgern in dieser Phase zu verdeutlichen, dass man in der politische Führung sehr wohl Wert auf ihre Meinung lege – dies untermauerte wiederum den noch jungen demokratischen Anspruch im Land. „Die Volksabstimmung markiert nicht nur die erste politische Willensäußerung eines freien Ungarn, sondern zugleich den Bruch der bis dahin einheitlich auftretenden antikommunistischen Oppositionsgruppierungen.“²⁰⁴ Die gewonnenen Daten führten zu zwei wichtigen Punkten: Ersten war es angesichts des Abschneidens in dieser Erhebung unmöglich, dass Imre Pozsgay sich mit Unterstützung der USP schon vor den nationalen Parlamentswahlen über einen für ihn positiven Volksentscheid zum Präsidenten erheben konnte. Zweitens erreichten die jüngeren demokratisch orientierten Parteien ihr Ziel, den totalitären Akteuren in der Politik vor Augen zu führen, dass ihre Unterstützung seitens der Bevölkerung immer mehr am Schwinden war. De facto sah es zu diesem Zeitpunkt so aus, dass in den parteieigenen Betrieben, den Betriebsgruppen der Partei und bei den Arbeitergarden gerade einmal um fünf % der Befragten weiterhin hinter dem totalitären Systems standen – ein klarer Schlag ins Gesicht der totalitären Akteure hinsichtlich der anstehenden Wahlen, der für sie kein positives Ergebnis (im Sinne der Machtsicherung in der Politik Ungarns) prognostizierte.²⁰⁵

An der eigentlichen Wahl wollten ursprünglich 50 Parteien teilnehmen, die zumindest – mehr oder weniger aktiv – in den Wahlkampf gestartet waren. Im Verlauf des Wahlkampfes nahm diese Zahl – welche zugleich ein Ausdruck des neu geförderten Pluralismus war – dann jedoch kontinuierlich ab, so dass letztlich genau ein Dutzend Parteien übrig war, die sich der Wahl stellten. Zwischen

²⁰⁴ Csoboth, István (2003): Mitwirkung der Bürger an der Demokratie in Ungarn. DUV Verlag, S. 14.

²⁰⁵ Vgl. Csoboth, István (2003): Mitwirkung der Bürger an der Demokratie in Ungarn. DUV Verlag, S. 14ff.

diesen zwölf Parteien ging es nun am 25. März 1990 um die Stimmen in der landesweiten Parlamentswahl. Dabei steht außer Frage, dass das Abhalten dieser Wahl von entscheidender Wichtigkeit für die Etablierung der Demokratie in Ungarn war. Es wurden insgesamt zwei Wahlgänge durchgeführt, einer am 25. März, der andere kurz darauf am 8. April (1990). Das Ergebnis manifestierte sich in einer drei Parteien umfassenden Koalition, die fortan die politische Leitung Ungarns in die Hand nehmen würde. Als Regierungschef fungierte Jozsef Antall als Vorsitzender des Ungarischen Demokratischen Forums, vervollständigt wurde die Koalition durch die Partei der Kleinen Landwirte und die Christlich-Demokratische Volkspartei. Im demokratischen System gab es nun aber auch eine akzeptierte Opposition, mit der sich die führende Koalition in den Fragen der Staatsführung auseinandersetzen hatte. Die oppositionellen Kräfte waren der Bund der Jungen Liberalen, die Ungarische Sozialistische Partei und der Bund der Freien Liberalen. Hiermit hatte nach vielen Jahren unter der Führung nur einer (Staats-)Partei Ungarn ein funktionierendes Parlament eingerichtet, das sich am Vorbild der westlichen Demokratien orientierte.²⁰⁶

Einhergehend mit diesen demokratischen Institutionen wie Wahlen musste es logischerweise zur Gründung neuer Parteien kommen, da in Ungarn zuvor kein Mehrparteiensystem existierte²⁰⁷. In diesem Zusammenhang erweist sich jedoch schon der Terminus „Partei“ als diffizil, da er aufgrund der historischen Vergangenheit der alleinherrschenden Kommunistischen Staatspartei nicht wirklich mit demokratischen Konnotationen in Verbindung gebracht werden kann. Dies mag eine Erklärung dafür sein, dass in den Bezeichnungen für die neuen politischen Gruppierungen der Ausdruck „Partei“ nach Möglichkeit gar nicht vorkommt – und wenn doch, dann gezielt mit der Absicht, eine Verbindung zur eigenen Geschichte herzustellen. Im Weiteren dieser Arbeit soll mit „Partei“ aber weiterhin das verbunden werden, was in demokratischen Systemen darunter zu verstehen ist. Auffällig für das Auftreten der Parteien in Ungarn war zu dieser Zeit, dass sie anders als in den Demokratien des Westens eben keine Produkte von Entwicklungen darstellten, die sich über teils Jahrhunderte hinweg gebildet

²⁰⁶ Vgl. Kraatz, Susanne / von Steinsdorff, Silvia (2002): Parlamente und Systemtransformation im postsozialistischen Europa. Leverkusen: Leske und Budrich, S. 78ff.

²⁰⁷ Vgl. Pollack, Detlef / Wielgoß, Jan (2010): Akteure oder Profiteure?: Die demokratische Opposition in den ostmitteleuropäischen Regimeumbrüchen 1989. VS Verlag, S. 76.

hatten. Alle sechs politischen Gruppen, die das ungarische Parlament stellten, hatten ihren Ursprung im relativ plötzlichen Zerfall der sozialistischen Führung Ungarns; sie waren also innerhalb weniger Jahre aus der Notwendigkeit heraus gegründet worden, dass das Land sich auf den Weg der Demokratie machte und hierzu überhaupt erst einmal Parteien benötigte. Einzig die USP – die explizit auch den Begriff „Partei“ trägt – kann auf eine eigene Historie verweisen, wenn man sie als die Nachfolgerin der USAP betrachtet, wobei es sich offiziell um eine neugegründete Partei handelte.

6.4 1990 bis 1994 – Phase der Konsolidierung

Der Beginn der Phase der Konsolidierung kann mit den Wahlen 1990 datiert werden. Zum ersten Mal nach vier Dekaden entstand damit eine ungarische Regierung auf Basis der demokratischen Entscheidung der Bevölkerung. Resultat der Wahlen war eine national-konservative Koalition bestehend aus der Partei der Kleinlandwirte, dem Demokratischen Forums und den Christdemokraten. Die Koalitionsregierung stand nunmehr vor der Herausforderung, die neugeborene Demokratie Ungarns in die Zukunft zu führen; aus Fehlentscheidungen zu lernen, sich auf Basis der demokratischen Verfassung zu streiten und Konsens zu finden. Eben dies kennzeichnet die Konsolidierung als einen langfristigen und nicht mit einem klaren Ende versehenen Lernprozess der politischen Führung bezüglich der Etablierung einer Demokratie. Die wesentlichen Errungenschaften auf konstitutioneller Ebene waren diesbezüglich folgende:

- Verabschiedung eines Minderheitengesetzes zur Teilhabe dieser an der demokratischen Gesellschaft Ungarns.
- Einrichtung einer Kanzlerdemokratie.
- Etablierung einer Selbstverwaltung politischer Akteure auf kommunaler Ebene.²⁰⁸

²⁰⁸ Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Opladen: Barbara Budrich Verlag, S. 301f.

Zwar ist aus heutiger Perspektive zu konstatieren, dass sich die Verfassung Ungarns als funktionell und sicher gegenüber Krisen erwiesen hat. Die national-konservative Koalition konnte in den Jahren ihrer Regierungszeit jedoch nur recht überschaubare Stabilisierungsleistungen erbringen. Positiv konnten sich die liberalen und sozialistischen oppositionellen Kräfte hervortun, die sowohl hinsichtlich der Organisation als auch des eigenen Programms Beständigkeit aufbauen konnten. Demgegenüber hatten die Partei der Kleinlandwirte und das Demokratische Forum mit internen Schwierigkeiten zu kämpfen.²⁰⁹

Wirtschaftlich wurde darauf fokussiert, einen nationalen Mittelstand zu etablieren, womit Maßnahmen der Privatisierung und Entschädigung einhergingen, die innerhalb der Koalition für etliche scharfe Diskussionen sorgten. Eines der Hauptthemen war in diesem Kontext die Reprivatisierung der Landwirtschaft. Folge hiervon war, dass es wechselnde Maßnahmen im wirtschaftlichen Sektor gab, was eine Verlangsamung der ökonomischen Transformationsprozesse bedingte.²¹⁰ Des Weiteren war die wirtschaftliche Situation noch immer von einigen kommunistischen Resten des vorherigen Regimes geprägt, die nicht von heute auf morgen beseitigt werden konnten. Ferner konnte auch dieser Wandel des Wirtschaftssystems nicht gänzlich reibungslos ablaufen. All diese diffizilen Faktoren resultierten gemeinsam in einer nach wie vor kritischen Ökonomie. Aufgrund der Tatsache, dass sich die Regierung allerdings rigoros gegen das Prinzip der Restitution²¹¹ stellt, wurde immerhin die rechtliche Sicherheit für die Unternehmen auf dem industriellen Sektor gewährleistet. Weniger erfolgreich war die erste Koalitionsregierung im demokratischen System Ungarns wiederum auf dem sozialen Sektor, da die von Németh schon früher konzipierten Reformen aus machtpolitischen Gründen letztlich doch nicht realisiert wurden. Diese hätten für die sozialen Randgruppen im Land eine Verbesserung des Lebensstandards

²⁰⁹ Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Opladen: Barbara Budrich Verlag, S. 205f.

²¹⁰ Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Opladen: Barbara Budrich Verlag, S. 237f.

²¹¹ Vgl. Tomuschat, Christian (1996): Eigentum im Umbruch: Restitution, Privatisierung und Nutzungskonflikte im Europa der Gegenwart. Berlin Verlag Arno Spitz, S. 27.

gebracht, für die allgemeine Bevölkerung wären damit aber Nachteile einhergegangen.²¹²

Umso wichtiger waren Errungenschaften der politischen Führung in der Außenpolitik, die Ungarn nach vielen Jahren von der Abhängigkeit vom Osten bzw. den sozialistischen Nachbarländern lösten. Dieser Bruch mit den ehemaligen Bruderstaaten war notwendig, um die Tür Richtung Westen aufzustoßen, sich außenpolitisch also neu zu positionieren, was im Falle Ungarns – wie es dem vorangegangenen Kapitel entnommen werden kann – eindeutig eine Neuorientierung implizierte. Was allerdings die Nachbarschaftspolitik und die Politik bezüglich der Minderheiten außerhalb Ungarns anbelangte, so standen die umfassenden Forderungen seitens der Minderheitenpolitik der ungarischen Diplomatie dem Finden einer effektiven Lösung entgegen. Ausgehend davon ist auch für diesen Sektor in der hier fokussierten Phase der Konsolidierung zu konstatieren, dass es unter der Regierung Antalls und dann Boross` (dieser löste Antall im Amt ab) lediglich zu ersten konsolidierenden Ergebnissen hinsichtlich der Beziehungen Ungarns auf internationaler Bühne kam.²¹³ Dies spricht wiederum dafür, dass eine zu enge Abgrenzung der einzelnen Phasen des politischen Systemtransformationsprozesses nicht wirklich legitimiert werden kann – dies gilt besonders für die Konsolidierung. Ergebnisse der Konsolidierung in einem Land, das sich in einem solchen Transformationsprozess befindet, können gemäß des systemtheoretischen Ansatzes schließlich durchaus in dem einen Teilsystem bereits vorliegen und ohne Probleme erreicht worden sein. Währenddessen können die Konsolidierungsmaßnahmen in anderen Teilsystemen aber kontinuierlich scheitern und selbst nach einem Wechsel an der Spitze der Führung des Systems nicht das gesteckte Ziel erreichen. Demnach ist es stets als kritisch zu betrachten, wenn die Konsolidierungsphase notwendigerweise irgendwann mit einem bestimmten Jahr als beendet definiert wird, da davon ausgegangen werden muss, dass selbst zu diesem Zeitpunkt weiterhin Konsolidierungsaufgaben anstehen, die bislang nicht gelöst werden konnten.

²¹² Vgl. Andreas Schmidt-Schweizer (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteienherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. R. Oldenbourg Verlag München, S. 421ff.

²¹³ Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Opladen: Barbara Budrich Verlag, S. 233ff.

Zurückkommend zum hier exemplarisch untersuchten politischen Systemtransformationsprozess in Ungarn Anfang bis Mitte der 1990er Jahre offenbart sich die Innenpolitik unter Antall und später dann Boross als interessant. Wie oben angemerkt wurde, befand sich Ungarn in einer gewissen Identitätskrise, nachdem explizit beispielsweise in der Kultur- und Bildungspolitik am Hinter-sich-lassen der Sowjetideologie gearbeitet wurde. „Das Dokument A magyar közoktatás távlati fejlesztésének stratégiája kann als Teil eines umfassenden Reformprozesses zur demokratischen Umstrukturierung des Bildungssystems angesehen werden. Dazu gehörte z. B. das 1993 verabschiedete Gesetz über die Volksbildung“²¹⁴. Dennoch galt es gerade in dieser Phase des Neuaufbaus einer Nation, diese zu stärken, zu einem gemeinsamen Wert zu erheben und in gewissem Maße auch zu definieren – und sei es auch nur in der Hinsicht, dass Ungarn nun nicht mehr eine Art kleiner Bruder der Sowjetunion, sondern ein autonomer Staat und gleichwertig allen anderen war. Dieses Ziel des Schaffens einer nationalen Basis wurde mittels Geschichtspolitik verfolgt. Ein hervorragendes Beispiel hierfür ist in dem Kronenwappen zu sehen, das unter der Regierung Antalls und Boross` wieder verwendet wurde: „Diese Entscheidung war insofern problematisch, als das Kronenwappen nicht nur die tausendjährige Staatlichkeit Ungarns repräsentiert, sondern auch das historische Königreich Ungarn in seinen bis 1918 gültigen Grenzen. Zudem zeigten sich innerhalb des Regierungslagers Tendenzen, an Stil und politisch-historische Symbolik des autoritären Regimes der Zwischenkriegszeit anzuknüpfen.“²¹⁵

Dieses Wappen war und ist Zeichen des historischen Großreiches Ungarn und der Monarchie, womit zugleich die Rehabilitierung von Miklós Horthy (siehe oben) durchgesetzt wurde. Hinsichtlich der nationalen Ideale, die das neue Ungarn kennzeichnen sollten, lehnte sich die Innenpolitik also an der Zwischenkriegszeit an.

²¹⁴ Óhidy, Andrea (2009): Lebenslanges Lernen und die europäische Bildungspolitik: Adaptation des Lifelong Learning-Konzepts der Europäischen Union in Deutschland und Ungarn. VS Verlag, S. 165.

²¹⁵ Andreas Schmidt-Schweizer (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteiensherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. R. Oldenbourg Verlag München, S. 208.

Ein vor allem angesichts der eigentlichen Demokratisierung des Landes sehr kritischer Punkt war die intendierte Kontrolle der Medien durch die Regierung. Dementsprechend entbrannte aus dieser demokratisch inakzeptablen Absicht auch ein heftiger Streit um die Medien zwischen den national-konservativen Akteuren auf der einen Seite und den liberal-sozialistischen auf der anderen.²¹⁶ Diese Streitereien und der offensichtliche Versuch der Regierung, an frühere Ideale und auch politische Verhaltensweisen anzuknüpfen (die sich nicht mit den neuen demokratischen vereinbaren ließen) brachten letztlich auch die Bürgerinnen und Bürger dazu, die Regierung abzuwählen. Entscheidender war wohl aber, dass hiermit zweifellos ein schlechter Dienst für den Aufbau eines Selbstbildes der Ungarn als europäische Staatsbürger der Moderne geleistet wurde²¹⁷. Dennoch kann damit zumindest gut veranschaulicht werden, worum es in der Konsolidierungsphase geht – das Finden eines effektiven politischen Zusammenspiels unter den neuen demokratischen Konditionen, das nicht frei von Reibereien stattfinden kann.

Als entscheidender Meilenstein wurde vorliegend deshalb das Frühjahr 1994 angesetzt, da bei den Wahlen zum Parlament die national-konservativen Parteien einen herben Rückschlag erlitten und die sozialistische „Nachfolgepartei“ durchaus überraschend die Mehrheit erhielt. Unter der Regierung des sozialistisch-liberalen Gyula Horn wurde das Bokros-Paket in die Wege geleitet, „das grundlegende Änderungen des familienpolitischen Leistungssystems in Ungarn beinhaltet. Diese Entwicklungen fanden in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit, steigender Armutsraten, zunehmender sozialer Ungleichheit, einer alternden Bevölkerung und anderer schwieriger Herausforderungen“ statt.²¹⁸ Grundansätze des Pakets waren:

- Sehr restriktive und weitgehende Einsparmaßnahmen, um hierüber endlich einen Weg aus der anhaltenden Krise der Wirtschaft zu finden.

²¹⁶ Vgl. Andreas Schmidt-Schweizer (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteienherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. R. Oldenbourg Verlag München, S. 421-422.

²¹⁷ Vgl. Andreas Schmidt-Schweizer (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteienherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. R. Oldenbourg Verlag München, S. 209.

²¹⁸ Schubert, Klaus (2008): Europäische Wohlfahrtssysteme: ein Handbuch. VS Verlag, S. 313.

- Der ins Stocken geratene Prozess der Privatisierung wurde wieder angekurbelt und beschleunigt.
- Gezielte Optimierung der Rahmenbedingungen auf dem wirtschaftlichen Sektor.

Diese Maßnahmen lieferten wichtige Impulse für den Abschluss der Systemtransformation zumindest bezüglich der elementar wichtigen Ökonomie des Landes. Hiermit wurde ein Fundament geschaffen, auf dem in den Folgejahren aufgebaut und die Stabilität des wirtschaftlichen Wachstums in Ungarn ermöglicht wurde.²¹⁹ Allerdings implizierte es zugleich einen teils paradoxen Ansatz, da sich Ungarn in der Situation befand, „einen Wohlfahrtsstaat aufbauen und gleichzeitig Kürzungen bei den Sozialausgaben vornehmen zu müssen, um Finanzkrisen abzuschwächen.“²²⁰

²¹⁹ Vgl. Andreas Schmidt-Schweizer (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteienherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. R. Oldenbourg Verlag München, S. 423-424.

²²⁰ Schubert, Klaus (2008): Europäische Wohlfahrtssysteme: ein Handbuch. VS Verlag, S. 313.

7. Beschreibung der Konsolidierung in Ungarn

In diesem letzten Hauptkapitel der vorliegenden Arbeit soll es darum gehen, die Konsolidierung ganz praktisch am Beispiel Ungarns aufzuarbeiten. Hier soll nun allerdings die Konsolidierung nicht in ihrer Gesamtheit in allen Bereichen erfasst werden, sondern entlang einer zentralen politischen Vereinigung analysiert werden, der Ungarischen Sozialistischen Partei, die bereits in den vorangegangenen Kapitel immer wieder eine wichtige Rolle gespielt hatte und sich als Untersuchungsobjekt für den Verlauf der Konsolidierung Ungarns als besonders relevant anbietet.²²¹ In Anbetracht des beschränkten Rahmens dieser Arbeit und der Tatsache, dass mit dem Ergebnis der Wahlen 1994 (darauf wird später noch im Detail eingegangen) ein großer Schritt in der Konsolidierung getan wurde, beschränke ich mich auf die Zeit von 1988 bis 1994. Es steht außer Frage, dass auch die Handlungen der Partei(en) danach ebenso wie die Entwicklungen in Ungarn im Allgemeinen ebenso Teil oder Konsequenz des Konsolidierungsprozesses sein könnten. Wenn allerdings ein Einschnitt vorgenommen werden soll, wird das Wahljahr 1994 als ausschlaggebend für die zumindest größtenteils vollzogene Konsolidierung des demokratischen politischen Systems angesehen. Aus diesem Grund wird hier eine Zäsur vorgenommen.

Vor diesem Hintergrund ist zunächst ein Blick auf die Gründung der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) zu werfen, wobei in diesem Kapitel ohne explizite Verweise auf jene Informationen und Daten Bezug genommen wird, die in den vorangegangenen Kapiteln aufbereitet und herausgestellt worden sind. Kurz nach dem Zusammentreffen der Parteien am nationalen Runden Tisch kamen am 6. Oktober 1989 ca. 1300 Delegierte der Verbände der MSZMP zusammen, um den 14. Kongress der Partei abzuhalten. Diese Delegierten wurden zum ersten Mal in der Parteigeschichte demokratisch gewählt, wie es vom ZK am 23. bzw. 24. Juni desselben Jahres bestimmt worden war. Dem Kongress waren darüber hinaus einige Diskussionen, Verhandlungen und Konzepte innerhalb der Partei während der letzten Monate vorausgegangen, so dass nun die

²²¹ Vgl. für einen Überblick über alle Parteien: Csoboth, István (2003): *Mitwirkung der Bürger an der Demokratie in Ungarn*. DUV Verlag, S. 9ff.

Entscheidungen getroffen werden sollten, wie sich die Partei zukünftig politisch positionieren und agieren möchte. Die Hauptziele des Kongresses waren:

- Festlegung der Mitglieder, die in den Führungsgremien aktiv sein sollten.
- Festlegung des Programms der eigenen Partei angesichts des Konsolidierungsprozesses.
- Festlegung der Organisationsstrukturen der Partei.²²²

Diese einschneidenden Veränderungen waren dringend erforderlich, da sich die Partei der neuen demokratischen Orientierung des Landes unbedingt anpassen musste, wenn sie weiterhin politisch existieren wollte. Entweder vollzog die Partei einen radikalen Richtungswechsel verglichen zum früheren politischen Wirken und dem sozialistischen Einparteiensystem oder sie musste schlichtweg darauf verzichten, im Weiteren eine Rolle in der demokratischen Ordnung Ungarns einnehmen zu können. Angesichts dieser Ausgangslage ist es nicht überraschend, dass es auf dem Kongress in erster Linie auch um die fundamentale Frage gehen musste, ob denn die Partei als solche überhaupt fortgeführt werden oder nicht doch eine ganz neue – analog zu den übrigen, die bereits vorgestellt worden sind – gegründet werden sollte. Letzteres würde den politischen Neuanfang einerseits weitaus plakativer an die Wähler transportieren und sich möglicherweise als überzeugender demokratisch erweisen, andererseits würde hierdurch auf den Pluspunkt der vorhandenen Erfahrungen in der Politik verzichtet werden – obgleich diese Erfahrungen unter einem anderen Regime gemacht worden sind. Schließlich war davon auszugehen, dass einige (stärker der vorherige Regierung zusprechenden) Wähler ihre Stimme an eine zumindest in Teilen bekannte Partei geben würden, wenn alle anderen absolute Neulinge auf dem politischen Terrain wären.

Über diese essentielle Frage wurde innerparteilich heftig diskutiert, wobei sich die meisten der 1300 Delegierten für einen radikalen Neuanfang der Partei aussprachen, der sich in einer neuen Organisation, in einer neuen Führung, in einem neuen politischen Programm und auch in einem neuen Namen manifestieren sollte. Nachdem diese Verhandlungen im Geheimen unter

²²² Vgl. für einen Überblick: Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Barbara Budrich Verlag, S. 93.

Ausschluss der Öffentlichkeit geführt worden waren, trat die Partei am 7. Oktober mit einer Stellungnahme vor die Ungarn: Kernpunkt dieser mehrheitlich von den Delegierten akzeptierten Stellungnahme war die Auflösung der MSZMP. Im selben Augenblick wurde aber die Neugründung der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP bzw. USP auf Deutsch) deklariert.²²³ Dieser Akt ist von daher signifikant; und deshalb wurde die Betrachtung gerade dieser Partei auch im Rahmen dieser Arbeit gewählt; da es noch nie eine kommunistische Partei gegeben hatte, die sich selbst eliminiert hat, nachdem sie über viele Jahre, gar Jahrzehnte hinweg über die alleinige politische Macht im Land verfügte. Die Ungarische Sozialistische Partei gründete sich auf dem Fundament sozialdemokratischer und sozialistischer Intentionen, womit sich die parteiinterne Opposition der ehemaligen kommunistischen Staatspartei von der eigenen Historie lossagte, da diese nicht den neuen demokratischen Werten entsprach. Lediglich aus rechtlicher Perspektive handelte es sich bei der MSZP um die Nachfolgerin der MSZMP, um auf diese Weise das nicht zu verachtende Vermögen der MSZMP nutzen zu können – politisch hatte man sich aber von den eigenen Wurzeln getrennt.²²⁴

Angesichts der Tatsache, dass sich Ungarn dem Westen annähern wollte, dieser aber den Kommunismus per se ablehnte (erinnert sei nur an den Eisernen Vorhang) und demzufolge auch kaum mit Parteien kooperiert haben würde, die sich offen als Nachfolger von kommunistischen Staatsparteien präsentierten, war es schon alleine aufgrund außenpolitischer Überlegungen erforderlich, diesen Schritt der Neugründung zu gehen. Dabei wurden die grundlegenden Änderungen durchaus plakativ und medienwirksam nach außen transportiert. So übertrugen beispielsweise die Medien wie Fernsehen und Rundfunk die teils sehr heftigen Diskussionen im Kongress, um auch in erster Linie zu kommunizieren, dass nun jeder seine eigene Meinung im modernen demokratischen Ungarn vertreten konnte. Über derartige Auftritte und alleine schon den neuen Namen der Partei wollten die politischen Akteure sowohl an die Bevölkerung als auch den Westen die Botschaft überbringen, dass es sich bei dieser Partei jetzt um

²²³ Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Barbara Budrich Verlag, S. 72ff.

²²⁴ Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Opladen: Barbara Budrich Verlag, S. 46.

eine moderne und linkssozialistisch orientierte Partei handle, die nichts mehr mit der kommunistischen Staatspartei von früher zu tun hatte – tatsächlich bestimmten nun die einzelnen Mitglieder der Partei, was getan und gelassen werden sollte. Mit dieser offen ausgelebten innerparteilichen Demokratie strebte die Partei das konsolidierende Ziel an, Ordnung im modernen Ungarn zu schaffen und von den europäischen linken Kräften akzeptiert zu werden. Diesbezüglich war es ferner wichtig, dass sich die neue Partei ausdrücklich gegen die Diktatur des Proletariats aussprach und ebenso den demokratischen Zentralismus ablehnte.

Interessant auch in Hinsicht auf die anstehende Konsolidierung dieser Partei mit den anderen politischen Kräften im demokratischen Ungarn ist im Weiteren das Parteiprogramm – dessen Ziele galt es schließlich aus Sicht der eigenen Partei möglichst umfassend und in genau dieser Form durchzusetzen, wobei außer Frage steht, dass in einem Konsolidierungsprozess eine Partei nicht all ihre Ziele gegenüber den oppositionellen Kräften durchsetzen kann. Da allerdings die meisten der im Konsolidierungsprozess aktiven Parteien erst unter diesen Rahmenbedingungen gegründet wurden, sahen die grundlegenden Zwecke, die vom jeweiligen Parteiprogramm abgedeckt werden sollten, ähnlich aus und können wie folgt zusammengefasst werden:

- Definition der politischen Veränderungen und Innovationen, welche mittels einer demokratisch etablierten Legislative realisiert werden; sollte die jeweilige Partei in die Regierungsposition gewählt werden.
- Darlegung der Fehler und Missstände, die unter der ehemaligen kommunistischen Führung Ungarns begangen worden sind (bezüglich der Sektoren Außenpolitik, Wirtschaft, Sozialpolitik, Kultur, Menschenrechte etc.), um diese nicht mehr zu wiederholen bzw. aufzuheben.
- Identifikation der Zielgruppe an Wählern, deren Absichten von der jeweiligen Partei repräsentiert werden sollen.
- Beziehen der eigenen politischen Haltung inmitten der politischen Umgebung; Differenzierung gegenüber den anderen Parteien.²²⁵

²²⁵ Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Opladen: Barbara Budrich Verlag, S. 74ff.

Die signifikanten Abweichungen zwischen den einzelnen Programmen der Partei finden sich dagegen in dieser Phase der Konsolidierung primär hinsichtlich der Transformation des Staates auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene. Hier kann und soll nicht auf alle sechs Parteien eingegangen werden, weshalb ich mich wiederum auf die Differenzierung des Programms der USP von den übrigen fünf relevanten Parteien konzentriere. Angesichts der Vergangenheit der USP ist es wenig überraschend, dass die anderen fünf Parteien darauf abzielten, sämtliche Reste der Institution, Ideologie, des Rechts und der Politik möglichst rasch zu beseitigen, die noch von der Vorgängerpartei der USP übrig geblieben waren. Die USP selbst wollte sich verständlicherweise nicht derart drastisch gegen das Bisherige aussprechen, da dies – auch nach der expliziten Distanzierung – doch Teil der eigenen politischen Geschichte war. Somit strebte die USP einen demokratischen Sozialismus an: eine Gesellschaft, in welcher freie Bürgerinnen und Bürger sich aus freien Stücken gemeinsam für die Zukunft und das Wohl des Landes einsetzen. Weiterhin sollten entsprechend der Demokratisierung Ungarns freie Wahlen zum Aufbau eines politisch-institutionellen Regierungssystems eingerichtet werden. Wirtschaftlich sollte die Marktwirtschaft auf diversen Arten von Eigentum aufbauen, wobei sich die USP gerade diesbezüglich von den anderen Parteien abspaltete. Im Kern des Programms stand schließlich die als funktional angenommene Vereinigung von Demokratie und Sozialismus. Interessant für das Auftreten der Partei im Konsolidierungsprozess ist ferner ihre interne Struktur.²²⁶

Die Ungarische Sozialistische Partei zeichnete sich in dieser Hinsicht durch die Mitgliedschaft zahlreicher in Ungarn populärer Politiker aus, die die Wähler ansprechen und sich auch mit ihrem Renommee und ihrer Erfahrung gegenüber den anderen Parteien als einflussreich positionieren konnten. Separate Flügel innerhalb der Partei gab es nicht mehr, wohl aber verschiedene Ideologien: Exemplarisch ist auf die sozialdemokratische Richtung um Iván Vitányi zu verweisen, der nicht nur das Parteiprogramm aufgesetzt hatte, sondern auch dessen Fortführung übernahm. Dieser innerparteilichen Ideologie stand die linke anti-kapitalistisch orientierte Seite entgegen, und in der internen Mitte leitete die

²²⁶ Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Opladen: Barbara Budrich Verlag, S. 72ff.

große sozialistische Plattform die Partei an. Des Weiteren konnte die USP resultierend aus ihrer Vergangenheit zu diesem Zeitpunkt bereits auf mehr als 30.000 Parteimitglieder verweisen und stand zudem in ebenso historisch gewachsenem Kontakt mit dem reformierten Verband der Gewerkschaften. Ebenso gut stand die USP zu den etablierten, großen Medien Ungarns, wie beispielsweise zu den Zeitungen „Népszabadság“, „Magyar Hírlap“ und „Népszava“ (Gewerkschaftszeitung).

7.1 Pragmatische Konsolidierungspolitik sozialistisch-liberaler Prägung

Zur Betrachtung der sich ganz pragmatisch vollziehenden Konsolidierungspolitik und ihrer politischen Richtung muss ohne Frage auf die damalige neugeschaffene Verfassung Ungarns²²⁷ eingegangen werden, um deren Realisierung im Konsolidierungsprozess es schließlich ging. Mit der Verfassung²²⁸ wurde der politische Systemwechsel nun auch im Grundgesetz verankert. Wie gravierend die Veränderungen²²⁹ gegenüber dem vorherigen Regime ausfielen, lässt sich daran aufzeigen, dass aus dem vorangegangenen Grundgesetz gerade einmal der Punkt übernommen wurde, dass Budapest nach wie vor als Hauptstadt fungieren sollte.

Ansonsten wurden die Grundlagen geschaffen, auf denen aufbauend sich die demokratische Republik Ungarn entwickeln konnte²³⁰: „§ 1. Ungarn ist eine Republik.“²³¹ Und weiter heißt es in der Verfassung wie folgt: „§ 2. (1) Die Republik Ungarn ist ein unabhängiger, demokratischer Rechtsstaat. (2) In der Republik Ungarn gehört alle Macht dem Volke, das die Volkssouveränität durch

²²⁷ Vgl. Csoboth, István (2003): Mitwirkung der Bürger an der Demokratie in Ungarn. DUV Verlag, S. 12ff.

²²⁸ Stand der ungarischen Gesetzestexte, die im Folgenden in der deutschen Übersetzung wiedergegeben werden, ist der 20. August 1995.

²²⁹ Vgl. Richter, Solveig / Soldner, Markus (2010): Die politischen Systeme Osteuropas. VS Verlag, S. 360.

²³⁰ Vgl. Csoboth, István (2003): Mitwirkung der Bürger an der Demokratie in Ungarn. DUV Verlag, S. 22ff.

²³¹ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel I. Art. 1 der Verfassung der Republik Ungarn

seine gewählten Abgeordneten und unmittelbar ausübt.“²³² Die für die Realisierung einer Demokratie notwendigen Parteien konnten nun endlich frei gegründet werden, wie es im vorherigen Kapitel am Beispiel der USP gezeigt wurde: „§ 3. (1) In der Republik Ungarn können Parteien unter Achtung der Verfassung und der verfassungsmäßigen Rechtsvorschriften frei gegründet werden und sich frei betätigen. (2) Die Parteien wirken bei der Gestaltung und Artikulierung des Volkswillens mit.“²³³ Und auch außerhalb des parteilichen Rahmens war es den Bürgerinnen und Bürgern Ungarns nunmehr als ein nicht abzuerkennendes Recht erlaubt, sich zu versammeln²³⁴ – ein Recht, dass in den Jahrzehnten zuvor immer wieder durch das militärische Eingreifen der Sowjetunion zerstört wurde. So hielt die Verfassung jetzt wie folgt fest: „§62. (1) Die Republik Ungarn anerkennt das Recht auf friedliche Versammlung und gewährleistet dessen freie Ausübung.“²³⁵ Und weiter ist zu lesen: „§ 63. (1) In der Republik Ungarn hat jeder aufgrund des Vereinigungsrechts das Recht, Organisationen mit einer vom Gesetz nicht verbotenen Zielsetzung ins Leben zu rufen und sich ihnen anzuschließen.“²³⁶

Abgesehen von der Etablierung der demokratischen Rechte für die Bürgerinnen und Bürger Ungarns ist auch bezüglich der Verfassung klar zu erkennen, dass die Veränderungen zum Wohle einer funktionierenden Wirtschaft mit im Zentrum der neuen Republik Ungarn stehen. Dies manifestiert sich zum einen in der verfassungsrechtlichen Grundsteinlegung einer Marktwirtschaft, zum anderen in der Deklaration des demokratischen Rechtsstaats. „§ 9. (1) Das Wirtschaftssystem Ungarns ist eine Marktwirtschaft, in der Gemein- und

²³² Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel I. Art. 2 der Verfassung der Republik Ungarn

²³³ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel I. Art. 3 der Verfassung der Republik Ungarn

²³⁴ Vgl. Kulcsár, Kálmán (1997): Systemwechsel in Ungarn 1988-1990. Vittorio Klostermann Verlag, S. 190.

²³⁵ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel XII Art. 62 der Verfassung der Republik Ungarn

²³⁶ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel XII Art. 63 der Verfassung der Republik Ungarn

Privateigentum gleichberechtigt sind und den gleichen Schutz genießen.“²³⁷ Und weiter: „(2) Die Republik Ungarn anerkennt und fördert das Recht der Unternehmung und die Freiheit des wirtschaftlichen Wettbewerbs.“²³⁸

Besonders wichtig für die Konsolidierung des jungen demokratischen Staates ist die nun vollzogene und in der Verfassung verankerte Abtrennung der Macht der Partei von der Staatsgewalt. Dies ist essentiell, um zukünftig eine fast diktatorische Parteiherrschaft im Land zu verhindern, weshalb die Trennung der Machtbereiche einer Limitierung der parteilichen Macht verglichen mit der Vergangenheit zu Zeiten der Kommunistischen Staatspartei gleichkommt. „§3. (3) Die Parteien dürfen unmittelbar keine öffentliche Gewalt ausüben. Demnach darf keine einzige Partei ein Staatsorgan leiten.“²³⁹ Dies wird unter anderem wie folgt erreicht: „Zur Trennung der Parteien von der öffentlichen Gewalt wird durch Gesetz bestimmt, welche Amtsstellungen und öffentlichen Stellen nicht durch Parteimitglieder oder Parteifunktionäre bekleidet werden dürfen.“²⁴⁰ Essentiell für Ungarn als demokratischer Staat und den damit verbundenen Anspruch, auch von den westlichen Demokratien, die als politische (und auch wirtschaftliche) Vorbilder fungierten bzw. nach wie vor als diese angesehen werden, akzeptiert zu werden, war ferner die Etablierung der Menschenrechte und der Rechte der ungarischen Staatsbürger. Diese wurden in der Verfassung erheblich ausgeweitet und ergänzt, womit Ungarn letztlich auch der Weg zu Bündnissen wie der Europäischen Union freistand: „§54. (2) Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden, und insbesondere ist es verboten, am Menschen ohne seine Zustimmung ärztliche oder wissenschaftliche Versuche durchzuführen.“²⁴¹

²³⁷ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel I. Art. 9 der Verfassung der Republik Ungarn

²³⁸ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel I. Art. 9 der Verfassung der Republik Ungarn

²³⁹ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel I. Art.3, 3 der Verfassung der Republik Ungarn

²⁴⁰ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel I. Art.3, 3 der Verfassung der Republik Ungarn

²⁴¹ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel XII. Art.2 der Verfassung der Republik Ungarn

Sehr wichtig für einen Staat, der ehemals von Ideologien wie dem Marxismus bzw. Leninismus geprägt war, in dem keine anderen Ansichten geduldet und mit härtesten Mitteln beseitigt wurden, ist der folgende Paragraf der Verfassung: „§60. (1) In der Republik Ungarn hat jeder das Recht auf die Freiheit des Gedankens, des Gewissens und der Religion.“²⁴²

Ein weiterer wichtiger Punkt, der auch im Rahmen der Konsolidierungsphase von Bedeutung war, kann in der zugesicherten autonomen Selbstverwaltung der Kommunen gesehen werden. Dies meint, dass nicht alles ausschließlich von einer einzigen Institution von oben herab an den Rest des Staates vorgegeben wird, sondern auf kommunaler Ebene durchaus eigenes Agieren erwünscht ist. Dies verdeutlicht wiederum, die Macht im Staat nicht mehr allein in die Hände einer Partei an der Spitze zu legen, sondern eine möglichst breite Fächerung zu erlangen: „§42. Der Gemeinschaft der wahlberechtigten Bürger steht in der Gemeinde, der Stadt, der Hauptstadt und ihren Bezirken sowie im Komitat das Recht auf örtliche Selbstverwaltung zu. Die örtliche Selbstverwaltung ist die selbstständige, demokratische Wahrnehmung der die Gemeinschaft der Wahlberechtigten betreffenden örtlichen öffentlichen Angelegenheiten und die Ausübung der örtlichen öffentlichen Gewalt im Interesse der Einwohnerschaft.“²⁴³

Ferner spiegelte sich in der Verfassung nicht allein die Transformation des Staates, der Gesellschaft und der Politik wider, sondern darin wurde auch das Fundament gelegt, auf dem viele neue Einrichtungen entstehen oder schon vorhandene Institutionen gewandelt werden sollten. Dabei ist hervorzuheben, dass die Institutionen, die folgend vorgestellt werden, selbst keinen Systemwechsel durchlaufen haben, aber dennoch für das Errichten des jungen demokratischen Staates und dessen Strukturierung auf Regierungsebene mit ausschlaggebend waren bzw. sind. Der ehemalige Präsidialrat wurde beispielsweise durch das Amt des Präsidenten der Republik Ungarn substituiert – zwar verfügt dieses Amt prinzipiell nur über repräsentative und protokollarische Macht, es steht aber im Mittelpunkt des demokratischen Staates nach westlichem

²⁴² Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel XII. Art. 1 der Verfassung der Republik Ungarn

²⁴³ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel IX. Art. 42 der Verfassung der Republik Ungarn

Vorbild, womit es für eine erfolgreiche Konsolidierung der Demokratie unerlässlich war. So legte die Verfassung wie folgt fest: „§29. (1) Das Staatsoberhaupt Ungarns ist der Präsident der Republik, er verkörpert die Einheit der Nation und wacht über die demokratische Funktionsweise des Staatswesens.“²⁴⁴ Und gemäß dem Modell der westlichen demokratischen Staaten verankerte auch Ungarn in der Verfassung die Zuständigkeitsbereiche seines Präsidenten: §29. (2) Der Präsident der Republik ist der Oberbefehlshaber der Streitkräfte.“²⁴⁵ Um in diesem Kontext drohende diktatorische Machtbestrebungen verfassungsrechtlich zu unterbinden und die Macht im Staat nicht auf eine Person – etwa hier den Präsidenten – zu konzentrieren, ist Folgendes geregelt: „§30. (1) Das Amt des Präsidenten der Republik ist unvereinbar mit jedem anderen staatlichen, gesellschaftlichen und politischen Amt oder Mandat. Der Präsident der Republik darf keine sonstige Erwerbstätigkeit ausüben, für Nebentätigkeiten darf er mit Ausnahme der urheberrechtlich geschützten Tätigkeiten kein Honorar annehmen.“²⁴⁶

Eine weitere Institution, die speziell für die demokratische Zukunft des Staates entscheidend ist, wurde mit dem Verfassungsgerichtshof ins Leben gerufen. Dieser ist auch in der Konsolidierungsphase bedeutsam, da es in seinen Aufgabenbereich fällt, über strittige Fragen bezüglich der Umsetzung der Verfassung zu entscheiden bzw. die geplanten politischen Maßnahmen dahingehend zu prüfen, ob sie auch der verfassungsrechtlichen Grundlage entsprechen: „§32/A. (1) Das Verfassungsgericht überprüft die Verfassungsmäßigkeit der Rechtsvorschriften und nimmt die ihm durch Gesetz zugewiesenen Aufgaben wahr.“²⁴⁷ Zudem findet sich die Definition des Zustandekommens des Verfassungsgerichtes als Institution in Ungarn: „§32/A. (4) *Die elf** Mitglieder des Verfassungsgerichts werden vom Parlament gewählt.

²⁴⁴ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel III. Art. 29. (1) der Verfassung der Republik Ungarn

²⁴⁵ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel III. Art. 29. (2) der Verfassung der Republik Ungarn

²⁴⁶ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel III. Art. 30. (1) der Verfassung der Republik Ungarn

²⁴⁷ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel IV. Art. 32/A (1) der Verfassung der Republik Ungarn

Ein Nominierungsausschuß, dem je ein Mitglied jeder Fraktion der im Parlament vertretenen Parteien angehört, schlägt die Kandidaten für das Verfassungsgericht vor. Zur Wahl zum Mitglied des Verfassungsgerichts sind die Stimmen von zwei Dritteln aller Abgeordneten erforderlich.“²⁴⁸ Daneben wurden Ombudspersonen im demokratischen Staat eingerichtet, die es erlauben sollten, die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern sowie Angehöriger nationaler und ethnischer Minderheiten zu vertreten und Streitfragen darüber außerhalb der Gerichte zu klären. Und auch diesbezüglich ist in der Bestimmung dieses Amtes der demokratische Anspruch eindeutig im Verfassungstext zu identifizieren: „§32/B. (4) Das Parlament wählt den Parlamentsbeauftragten für Bürgerrechte und den Parlamentsbeauftragten für nationale und ethnische Minderheitenrechte auf Vorschlag des Präsidenten der Republik mit den Stimmen von zwei Dritteln aller Abgeordneten. Das Parlament kann auch zum Schutz einzelner verfassungsmäßiger Rechte Sonderbeauftragte einsetzen.“²⁴⁹

Abschließend für die Betrachtung der Verfassung als Element der Konsolidierung soll auf den Rechnungshof eingegangen werden, der ebenso staatlich auf Grundlage der Verfassung eingerichtet wurde. Dieser ist als unerlässlich dahingehend zu erachten, um die zu diesem Zeitpunkt sehr angespannte finanzielle Lage Ungarns (Verschuldung) langfristig im Blick zu behalten. Dass dies eines der zentralen Anliegen zur Verbesserung gegenüber dem vorherigen Regime darstellte, lässt sich anhand der sehr detaillierten Auflistung der Aufgaben des staatlichen Rechnungshofes im Verfassungstext nachweisen. Hauptsächlich sollten die Fehler aus der Vergangenheit ausgeschlossen werden, da durch die Institution des Rechnungshofes frühzeitig über (potentiell) problematische Sachverhalte informiert werden kann: „§32/C. (1) Der Staatsrechnungshof ist das finanzwirtschaftliche Kontrollorgan des Parlaments.“²⁵⁰ Seine Funktionen sind „die Aufgabe, die Haushaltsführung des

²⁴⁸ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel IV. Art. 32/A (4) der Verfassung der Republik Ungarn

²⁴⁹ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel V. Art. 32/B (4) der Verfassung der Republik Ungarn

²⁵⁰ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel VI. Art. 32/C (1) der Verfassung der Republik Ungarn

Staates, insbesondere die Solidität eines Vorschlags zum Staatshaushalt, die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Aufwendungen, zu überprüfen, die Verträge über die Kreditaufnahme zur Deckung des Haushalts gegenzuzeichnen; die Gesetzmäßigkeit der Haushaltsausgaben vorab zu prüfen; die Schlußabrechnung über die Durchführung des Staatshaushalts zu prüfen; die und zur Vermögenmehrung der in Staatseigentum befindlichen Unternehmen und Unternehmungen zu prüfen [...]; darüber hinaus nimmt er weitere durch Gesetz in seine Zuständigkeit verwiesene Aufgaben wahr.“²⁵¹

Diese verfassungsrechtlichen Grundlagen und Parteien, die in diesem Kapitel präsentiert worden sind, bildeten den Rahmen für die politischen Akteure, die den Konsolidierungsprozess prägten. Wie dies praktisch am Beispiel der Wahlen aussah, ist Thema des folgenden Unterkapitels 7.2.

7.2 Parlamentswahlen und Regierungsbildung (bis 1994)

Nachdem im vorhergehenden Kapitel zuletzt die Verfassung der jungen Republik Ungarn in ihren wichtigsten Punkten betrachtet wurde, soll nun direkt auf die Konsolidierung der Demokratisierung anhand des Wahlsystems eingegangen werden, da dieses in erster Linie die Stabilität des demokratischen politischen Systems untermauert.²⁵² Da es demokratische Wahlen in dieser Form in Ungarn bis zu diesem Zeitpunkt nicht gegeben hatte, war die Frage allgegenwärtig, ob es denn in der Praxis auch funktionieren würde – wobei man zumindest die Erfahrungswerte der westlichen Demokratien als Orientierungspunkte hatte. Tatsächlich war das ungarische Wahlsystem aber in der Lage dazu, zur Konsolidierung der Demokratisierung des Staates einen entscheidenden Beitrag zu leisten. Den Bürgerinnen und Bürgern wurde nicht nur die freie demokratische Mitwirkung an der Politik ermöglicht, sondern das Wahlsystem sollte sich auch über die Zeit, die hier in dieser Arbeit betrachtet wird, als eine verlässliche Grundlage für eine stabile Regierung mit einem ebenso stabilen Parlament

²⁵¹ Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel VI. Art. 32/C (1) der Verfassung der Republik Ungarn

²⁵² Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Barbara Budrich Verlag, S. 67f.

erweisen. Gemäß dem implementierten Mehrheitswahlrecht²⁵³ erhielt stets die stärkste Partei bei den Parlamentswahlen auch die meisten Mandate, außerdem wurde aber kleinen Parteien durch das Verhältniswahlrecht eine Chance gegeben, ebenso politisches Gehör zu finden (als Teil der Nationalversammlung). Die Einführung einer Sperrklausel und die Limitationen bezüglich der Nominierung von Kandidaten verhinderten ferner, dass zu viele kleine Parteien entstanden, die im Parlament saßen. Unabhängige Akteure treten im Parlament nur vereinzelt auf, was wiederum für die erfolgreiche Konsolidierung spricht. Darüber hinaus zeigten die ersten und zweiten Wahlen zur Nationalversammlung eine hohe Wahlbeteiligung der Ungarn, was ein eindeutiges Indiz dafür war, dass die Bevölkerung hinter der Demokratisierung stand. Als problematisch erwies sich dagegen die Durchführung des Mischwahlsystems, da es vielen Wählern schlichtweg nicht transparent genug war, wie die Verteilung der Mandate auf Basis der Stimmen vorgenommen wurde. Hier bestand demnach noch Handlungsbedarf – doch insgesamt kann die Konsolidierung in der Praxis als erfolgreich angesehen werden, weshalb nach den Wahlen 1994 in dieser Arbeit auch das Ende des Beitrags gesetzt wurde.

Um diese These zu stützen, sollen hier nun die zwei Wahlen zur Nationalversammlung als Zentrum der Demokratisierung analysiert werden, die 1990 respektive 1994 abgehalten wurden. Beiden Wahlen ist vorauszuschicken, dass jeweils eine ausreichend hohe Wahlbeteiligung erreicht wurde, womit keine Zweifel an deren demokratischer Gültigkeit vorgebracht werden konnten²⁵⁴. Den nachstehenden Abbildungen ist zu entnehmen, dass nach jeder Wahl andere Mehrheitsverhältnisse vorherrschten, was wiederum zu einer Neubildung der Regierung führte. Aus der Wahl 1990 ging das Ungarische Demokratische Forum als Wahlsieger hervor²⁵⁵:

²⁵³ Vgl. Csoboth, István (2003): Mitwirkung der Bürger an der Demokratie in Ungarn. DUV Verlag, S. 15ff.

²⁵⁴ Vgl. für einen Überblick über die Wahlbeteiligung von 1990 bis 2006: Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Barbara Budrich Verlag, S. 104.

²⁵⁵ Vgl. Ferenc, Mezo: A debreceni önkormányzati választások értékelése (1990-1998). Abrufbar unter: <http://www.mezoferenc.hu/pdf/szeged.pdf> (letzter Zugriff am 10.5.2011)

1990. A debreceni képviselőtestület összetétele (61 képviselő; 31 egyéni, 30 listás)

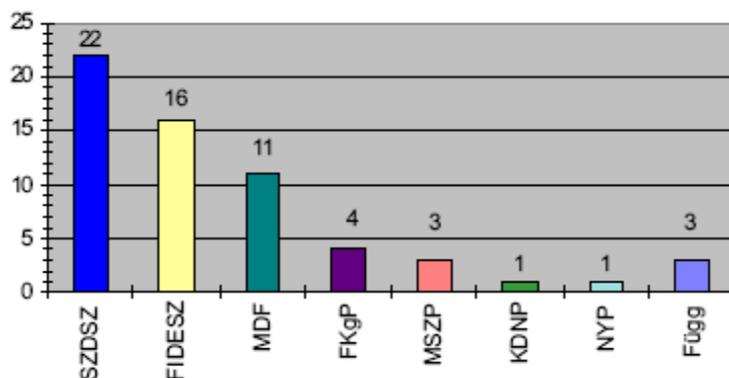


Abbildung 1: Ergebnisse der Parlamentswahl in Ungarn 1990²⁵⁶

Die demokratische Mehrheit wechselte dann 1994 auf die Ungarische Sozialistische Partei, wie es die nächste Abbildung²⁵⁷ zeigt:

1994. A debreceni képviselőtestület összetétele (50 képviselő; 30 egyéni, 20 kompenzációs listáról)

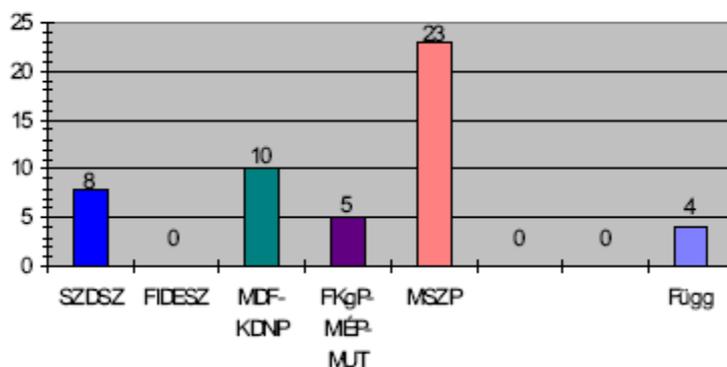


Abbildung 2: Ergebnisse der Parlamentswahl in Ungarn 1994²⁵⁸

Folgend wird im Detail auf die auffallenden und im Zusammenhang dieser Arbeit relevanten Geschehnisse und Daten zur jeweiligen Wahl eingegangen.

²⁵⁶ Vgl. Ferenc, Mezo: A debreceni önkormányzati választások értékelése (1990-1998). Abrufbar unter: <http://www.mezoferenc.hu/pdf/szeged.pdf> (letzter Zugriff am 10.5.2011)

²⁵⁷ Vgl. Ferenc, Mezo: A debreceni önkormányzati választások értékelése (1990-1998). Abrufbar unter: <http://www.mezoferenc.hu/pdf/szeged.pdf> (letzter Zugriff am 10.5.2011)

²⁵⁸ Vgl. Ferenc, Mezo: A debreceni önkormányzati választások értékelése (1990-1998). Abrufbar unter: <http://www.mezoferenc.hu/pdf/szeged.pdf> (letzter Zugriff am 10.5.2011)

Die ersten freien Wahlen 1990²⁵⁹

Im Vorfeld der Wahlen wurde vielfach über den Zeitpunkt diskutiert, zu dem sie abgehalten werden sollten. Der März 1990 bot sich letztlich deshalb an, weil bis zum 25.3. zwei Verträge unterzeichnet vorlagen, die für die neue demokratische Republik Ungarn bedeutsam waren. Einerseits wurde im Februar der noch aus 1950 stammende Vertrag zwischen der katholischen Kirche (und später dann auch anderen Konfessionen) und dem Staat aufgehoben, womit die kirchliche Arbeit im Land (etwa Schulen) nicht mehr länger seitens des Staates limitiert wurde.²⁶⁰ Andererseits gab es eine Einigung in Moskau über den Abzug des sowjetischen Militärs aus Ungarn, womit der autonomen Ausübung von Wahlen nichts mehr im Wege stand. Angesichts dessen, dass das Parlament von 1985 aufgrund der angesprochenen Pluralität die Unterstützung durch das Volk verloren hatte, konzentrierten sich die Bürgerinnen und Bürger nun vermehrt auf die einzelnen Parteien und deren Interaktionen untereinander²⁶¹. In der Verfassung der Volksrepublik Ungarn 1948 war noch festgeschrieben, dass ausschließlich das Parlament souveräne Rechte besitze, weshalb es sich nun in der Übergangszeit (bis zur verfassungsrechtlichen Änderung) die Macht mit den neuen Parteien teilen musste, die im Fokus der Öffentlichkeit standen. Resultierend daraus musste es zu den notwendigen Neuwahlen des Parlaments kommen, wobei mit dem 25. März ein Termin drei Monate vor Ablauf der Legislaturperiode angesetzt wurde, um eine adäquate Übergangszeit zur Einrichtung des Machtwechsels einzuräumen und spontane Unruhen zu verhindern.²⁶²

Da die Ungaren zuletzt vor Jahrzehnten gewählt hatten, waren sie – gerade die jüngeren Generationen – kaum bis gar nicht vertraut mit dem Recht wie auch der demokratischen Pflicht, die eigene Stimme an eine zu Partei geben. Entsprechend plakativ zeigten sich die oben erwähnten Parteiprogramme, die

²⁵⁹ Vgl. Csoboth, István (2003): Mitwirkung der Bürger an der Demokratie in Ungarn. DUV Verlag, S. 16f.

²⁶⁰ Vgl. Kulcsár, Kálmán (1997): Systemwechsel in Ungarn 1988-1990. Vittorio Klostermann Verlag, S. 128.

²⁶¹ Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Barbara Budrich Verlag, S. 146f.

²⁶² Vgl. Csoboth, István (2003): Mitwirkung der Bürger an der Demokratie in Ungarn. DUV Verlag, S. 16f.

hauptsächlich über den Vergleich der gegenwärtigen Situation mit dem früheren Regime zu punkten versuchten. Tiefere Inhalte wurden erst nach und nach erarbeitet und dem allmählich politisch besser informierten Volk präsentiert. Dass jedoch absolute Begeisterung für die neugewonnene politische Mitwirkungsmöglichkeit in Ungarn herrschte, zeigte sich vor den Wahlen an den etwa 60 Parteien, die sich zeitweise gebildet hatten, aber – wie oben näher beschrieben – keineswegs alle zur Wahl antraten. Eine weitere Neuerung war, dass die Parteien Wahlkampagnen durchführen konnten – was unter dem früheren Regime undenkbar gewesen war. So erhielten mit Beginn 1990 alle Parteien Sendezeit, in den Medien um sich zu präsentieren.

Die prozentuale Verteilung der Stimmen²⁶³ zur Parlamentswahl 1990 zeigte sich wie folgt:

Partei	Stimmen (%)	Anzahl Mandate	Mandat (%)
<u>MDF</u>	24,7	165	42,7
<u>SzDSz</u>	21,4	92	23,8
<u>FKGP</u>	11,8	43	11,1
<u>MSzP</u> (USP)	10,9	33	8,5
<u>Fidesz</u>	8,9	21	5,4
<u>KDNP</u>	6,6	21	5,4
andere	15,8	11	2,8

Tabelle 1: Stimmenverteilung in Prozent der Parlamentswahl in Ungarn 1990²⁶⁴

Rückblickend auf den Ablauf der Wahlen als Praxis der Konsolidierung der Demokratie ist zu resümieren, dass die Wahlen ohne negative Randerscheinungen wie Aufstände oder Ausschreitungen abliefen und auch das obige Ergebnis nicht etwa aufgrund von Verfahrensfehlern angezweifelt werden konnte. „Insgesamt kann festgestellt werden: Das ungarische Wahlsystem hat

²⁶³ Vgl. Sitter, Nick (2006): „Ungarn – stabilisering gjennom konkurranse.“ In: Bakke, Elisabeth (Hrsg.) (2006): Europa og Sentral Baltikum Etter 1989. Samlaget, S. 280.

²⁶⁴ Vgl. Sitter, Nick (2006): „Ungarn – stabilisering gjennom konkurranse.“ In: Bakke, Elisabeth (Hrsg.) (2006): Europa og Sentral Baltikum Etter 1989. Samlaget, S. 280.

sich bewährt.“²⁶⁵ Während allerdings die Wähler ein friedliches Verhalten an den Tag legten, galt dies nicht in selbem Ausmass für die Interaktionen der Parteien untereinander. Gegenseitige Verunglimpfungen in der Öffentlichkeit und auch die von den Wählern teils missverstandenen politischen Ausrichtungen, entsprachen weniger einer demokratischen gesitteten Ordnung. Daran zeigte sich aber zugleich, dass diese Phase nach wie vor ein Konsolidierungsprozess war, in dem es zu Reibereien kam, die zukünftig beseitigt werden sollten. Dieses Verhalten der Parteien hing auch damit zusammen, dass die Wähler hauptsächlich durch plakative und stereotyp anmutende Zielsetzungen und Slogans gewonnen werden sollten, ohne dabei wirklich tiefer gehende politische Konzepte zu kommunizieren. Dies traute man den Bürgerinnen und Bürgern nach Jahrzehnten der politischen Unmündigkeit wohl seitens der Parteien nicht zu. Vor diesem Hintergrund sah der Wahlkampf in erster Linie eine zwischenparteiliche Anfeindung, was die USP speziell hinsichtlich ihrer Vergangenheit traf. Zwar hatte man sich von dieser explizit distanziert, doch die Bevölkerung unterstützte weniger die Partei USP und interessierte sich mehr für die einzelnen populären Politiker wie Premierminister Miklós Németh oder auch Außenministers Gyula Horn. Schliesslich belegte die Partei einen enttäuschenden vierten Platz bei den Wählerstimmen. Von den seitens der USP favorisierten Einzelkandidaten konnten sich angesichts dieser Wahlschlappe lediglich der amtierende Staatspräsident Mátyás Szűrös und Vorname Németh in den Einzelwahlkreisen behaupten.

Die Wahlbeteiligung²⁶⁶ lag bei diesen ersten Wahlen sowohl für die landesweiten als auch die regionalen Entscheidungen bei über 60 Prozent: Insgesamt waren am 25. März 1990 5.083.086 Ungarn an die Wahlurnen gegangen; 65 Prozent gaben ihre Stimme für die landesweiten, 61 Prozent für die regionalen (Einzelkandidaten in den 176 Wahlbezirken Ungarns) Wahlen ab. In den regionalen Wahlen traten dabei nicht nur die zwölf größeren Parteien auf landesweiter Ebene an, sondern hier waren es ein paar mehr, da es auf regionaler Ebene zur Aufstellung eines Kandidaten ausreichte, mindestens 750

²⁶⁵ Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Barbara Budrich Verlag, S. 101.

²⁶⁶ Vgl. für einen Überblick über die Wahlbeteiligung von 1990 bis 2006: Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Barbara Budrich Verlag, S. 104.

Unterschriften für diesen im Vorfeld sammeln zu können. Zusammengefasst wollten 2.500 Bürgerinnen und Bürger politisch im Parlament aktiv werden. Die Euphorie für diese ersten demokratischen Wahlen spiegelte sich ferner in der großen Menge an Wahlhelfern wider, die jenseits bei 25.000 lag. Aufgrund des Wahlergebnisses bildete das Ungarische Demokratische Forum christlich-demokratischer Orientierung eine Koalition mit der Partei der Kleinlandwirte und der Christlich Demokratischen Volkspartei, die eine ähnliche politische Gesinnung verfolgten. Diese Regierungskoalitionsparteien konnten somit auch die höchste Anzahl an Direktmandaten für sich verbuchen: Genau waren es 128 von möglichen 176. Bis zu seinem Tod im Jahr 1993 führte Antall vom Ungarischen Demokratischen Forum die erste demokratisch gewählte Regierung Ungarns – anschließend übernahm bis zu den nächsten Wahlen 1994 Peter Boross²⁶⁷. Wie oben schon dargelegt wurde, konnte die Regierung die hohen Ziele vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Versprechen an das Volk nicht ganz umsetzen, womit sie im Lauf der nächsten Jahre klar an Unterstützung seitens der Ungarn einbüßte.

Was kann im Übrigen über das erste demokratisch gebildete Parlament gesagt werden? In der Nationalversammlung fanden sich nunmehr die Repräsentanten unterschiedlicher Parteien (Pluralismus), was unter dem kommunistischen Regime nicht der Fall war. Theoretisch hatte das Parlament schon vorher über die Macht der Volkssouveränität verfügt, unterstand allerdings praktisch dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei: Diese hatte anders als 1990 dessen Zusammenstellung bestimmt und damit faktisch die Gesetzgebung in eigenen Händen. Angesichts der Tatsache, dass das Parlament 1990 selbständig die Gesetzgebung übernahm, war diese Aufgabe gerade in der Konsolidierungsphase eine gleichsam wichtige und schwierige: Schließlich war es erforderlich, nahezu simultan die Institutionen der Politik, der Wirtschaft etc. gesetzlich neu zu kreieren und ihnen Stabilität zu verleihen, was anfangs zu einer wahren „Gesetzesflut“²⁶⁸ führte. Weiterhin zeigte sich die Unerfahrenheit der Ungarn nicht allein auf Seiten der Wähler (siehe oben), sondern auch für die neu

²⁶⁷ Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Barbara Budrich Verlag, S. 233.

²⁶⁸ Richter, Solveig / Soldner, Markus (2010): Die politischen Systeme Osteuropas. VS Verlag, S. 376.

gebildeten Eliten (primär Akademiker und politische Quereinsteiger aus den Bürgerrechtsbewegungen) herrschte Nachholbedarf hinsichtlich der politischen Aktivität – zuvor regierte schließlich ausnahmslos die Staatspartei, so dass es nie zu wirklich oppositionellen Interaktionen im Rahmen einer Konsolidierung kommen konnte. So verfügten 1990 ganze 96 Prozent der Abgeordneten über keinerlei praktische Erfahrungen bezüglich der Tätigkeit im Parlament²⁶⁹. Und auch jene, die Erfahrungen als Mitglied der ehemaligen Staatspartei gesammelt hatten, sahen sich nun mit ganz anderen Aufgaben konfrontiert.

Gerade deshalb, weil eine freie Meinungsäußerung im Parlament unter dem kommunistischen Regime nicht gestattet war, legte das neue Parlament großen Wert auf das freie Debattieren, um die je eigene programmatisch-politische Richtung zu vertreten. Das Fehlen von Vorschriften im Parlament, wer sich wie und wann über welches Thema äußern konnte, bedingte das Problem, dass in einem zu offen gestalteten Diskurs über Dinge gesprochen wurde, die im Parlament keine Relevanz besaßen. So nutzten einige Redner das Parlament als Plattform, die vorhergehende Regierung zu kritisieren oder sich populistisch zu präsentieren. Als letzter auffälliger Punkt des neuen Parlaments ist anzuführen, dass sich die Abgeordneten innerhalb ihrer Fraktionen überaus loyal zeigten: So lag das Abstimmungsverhalten speziell bei den die Regierungskoalition bildenden Parteien bei um die 90 Prozent gemäß der Parteiausrichtung²⁷⁰.

Auf dem Wirtschaftssektor verfolgte die Koalitionsregierung von 1990 bis 1994 das Modell einer limitierten Reprivatisierung in der Landwirtschaft einhergehend mit einer in bestimmten Grenzen erfolgenden Entschädigung für alle anderen Enteignungen. Die maximale Entschädigungssumme betrug 5 Mio. Forint. Von dem Modell der „Voucherisierung“ oder „Couponisierung“ distanzierte sich die Regierung bis Ende 1992: Dies meinte, dass Volksanteile oder Arbeitnehmeranteile kostenlos oder zu Beträgen unter Wert ausgegeben wurden. Nach 1992 wurde aber kontinuierlich davon berichtet, dass Personen (wie beispielsweise Manager von Unternehmen) die eigenen Anteile am Betrieb über Leasing kaufen konnten; und zwar zu sehr guten Konditionen. Dieser relative

²⁶⁹ Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Barbara Budrich Verlag, S. 105ff.

²⁷⁰ Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Barbara Budrich Verlag, S. 105f.

Wirtschaftserfolg hatte aber seinen Preis: Die Arbeitslosenzahlen nahmen zu, das Bruttoinlandsprodukt fiel 1990 um bis zu 6 Prozent, 1991 gar um 12 Prozent, bevor es sich 1992 wieder bei einem Verlust in Höhe von 4 bis 6 Prozent einpendelte. Diese negativen Entwicklungen blieben auch den Wählern nicht verborgen.²⁷¹

²⁷¹ Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Barbara Budrich Verlag, S. 104f.

Die zweiten freien Wahlen 1994

Nach der ersten Legislaturperiode hatten sich die Wähler als recht sprunghaft bezüglich ihrer politischen Vorlieben erwiesen – die Wünsche und Hoffnungen hatten sich nach den ersten Enttäuschungen signifikant gewandelt und machten es unmöglich, verlässliche Prognosen für die anstehenden Wahlen 1994 anzustellen. Insgesamt orientierten sich die Wähler nach links, wie es in allen Ländern zu beobachten war, die aus den sozialistischen Regimes hervorgegangen waren. Dies wurde in Ungarn durch die wirtschaftlichen Probleme gefördert, worunter selbstverständlich auch die Bevölkerung zu leiden hatte, die somit wiederum an jene Partei heranrückte, die die Nachfolgerin der KP war. Wie schon mit Verweis auf die theoretischen Modelle zur Erklärung von politischen Systemtransformationsprozessen gezeigt wurde, kann die Gunst der Massen bei nicht unmittelbarem Erfolg der Regierung rasch umschlagen: Beweis hierfür ist der zweifellos überraschende eindeutige Wahlsieg der USP im Mai 1994. Die USP konnte mit 32 Prozent der Stimmen mehr als die Hälfte aller Mandate im Parlament gewinnen. Dennoch strebten die Sozialisten eine Koalitionsregierung mit den noch 1989/1990 großen Opponenten vom Bund der Freidemokraten an.²⁷² Diese Koalition stellte sich bald schon als recht brüchig heraus, speziell verglichen mit der direkten Vorgänger-Regierungskoalition, drohte sie schon zu Beginn des Jahres 1995 fast zu scheitern, aufgrund von Problemen auf sozialer und ökonomischer Ebene.²⁷³

Die Wahlergebnisse von 1994 zeigt die nachstehende Abbildung 3 nochmals im Detail²⁷⁴:

²⁷² Vgl. Richter, Solveig / Soldner, Markus (2010): Die politischen Systeme Osteuropas. VS Verlag, S. 373.

²⁷³ Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Barbara Budrich Verlag, S. 108f.

²⁷⁴ Vgl. Ferenc, Mezo: A debreceni önkormányzati választások értékelése (1990-1998). Abrufbar unter: <http://www.mezoferenc.hu/pdf/szeged.pdf> (letzter Zugriff am 10.5.2011). Vgl. für weitere Details zu den Wahlergebnissen der Parlamentswahl in Ungarn 1994: Nohlen, Dieter (2009): Wahlrecht und Parteiensystem: Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme. UTB Verlag, S. 389.

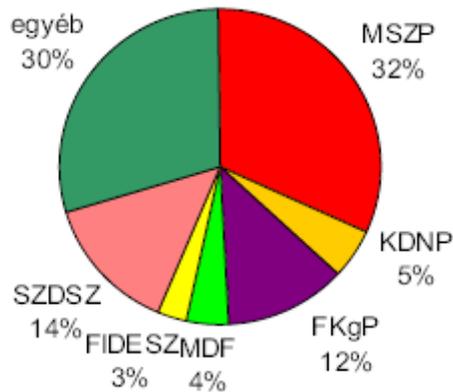


Abbildung 3: Prozentuale Ergebnisverteilung der Parlamentswahl in Ungarn 1994²⁷⁵

Somit ist zu konstatieren, dass es 1994 zu einem Regierungswechsel kam, wobei die reformierte Ungarische Sozialistische Partei in der Koalition mit dem sozial-liberalen Bund der Freien Liberalen eine deutliche Dominanz von 72 Prozent der Sitze im Parlament erreichte.²⁷⁶ Wie aber ist dieser politische Bruch in der Gunst der Wähler Ungarns zu erklären? Wie bereits erklärt wurde, konnte die erste Regierung der Republik Ungarn den Ansprüchen der Wähler nicht gerecht werden, da die positiven gesellschaftlichen Veränderungen ausblieben – zu sehr hatte die Regierungskoalition mit der Konsolidierung der Demokratie zu tun und darüber hinaus brachte die Einführung einer Marktwirtschaft, die auf privatem Besitz aufbaut, Nachteile für die Bevölkerung mit sich. Ausgehend davon war es eines der Ergebnisse des Konsolidierungsprozesses, dass sich die Parteien vor dem Antritt bei den Wahlen 1994 gezielt darum bemüht hatten, nun solche Kandidaten aufzustellen, die mit Erfahrung und Fachwissen tatsächlich in der Lage sein sollten, die an sie gestellten Forderungen auch zu realisieren. „Während sich in den Wahlen von 1990 28 Parteien in den Einerwahlkreisen, 19 Parteien mit regionalen Listen und zwölf mit nationalen Listen bewarben und 1994 sich 35 Parteien in den Einerwahlkreisen sowie auch 19 Parteien mit regionalen Listen und 15 mit nationalen Listen an den Wahlen beteiligten, waren jeweils im Parlament im Grunde nur sechs Parteien vertreten.“²⁷⁷ Die Parteien

²⁷⁵ Vgl. Ferenc, Mezo: A debreceni önkormányzati választások értékelése (1990-1998). Abrufbar unter: <http://www.mezoferenc.hu/pdf/szeged.pdf> (letzter Zugriff am 10.5.2011).

²⁷⁶ Vgl. Gruner, Wolf. D. / Woyke, Wichard (2004): Europa-Lexikon: Länder, Politik, Institutionen. C.H. Beck Verlag, S. 219.

²⁷⁷ Nohlen, Dieter (2009): Wahlrecht und Parteiensystem: Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme. UTB Verlag, S. 390.

nahmen nicht mehr jeden Kandidaten auf ihre Listen und stellten des Weiteren sicher, dass die Hauptkandidaten der Partei landesweit wie auch regional zur Wahl standen. Hierdurch sollte deren Einzug ins Parlament sichergestellt werden. Demzufolge kann hier von einem erfolgreich vollzogenen Lernprozess der Parteien gesprochen werden. So fanden sich auf den Listen der USP nicht mehr die akademischen Quereinsteiger in die Politik (etwa Lehrer), sondern es waren vermehrt lokale Politiker und Gewerkschafter. Der Erfolg der USP bei den zweiten freien Wahlen ist damit zu erklären, dass es nicht der vergleichsweise Stammwählerkern war, der für sie stimmte. Vielmehr war in Ungarn in dieser Zeit eine hohe Tendenz der Wechselwählerschaft festzustellen, nachdem die Mehrheit der Wähler ganz einfach enttäuscht von der ersten Regierung war und deshalb in die andere Richtung tendierte.

Die erste frei gewählte Regierung Ungarns war demnach daran gescheitert, dass zwar das politische System erfolgreich gewechselt worden war, doch der Erfolg der Umstellungen in den Bereichen der Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft usw. nicht innerhalb der nur vier Jahre Regierungszeit auftreten konnte. Abgesehen davon, dass in diesem Konsolidierungsprozess auch die oben genannten Fehler begangen wurden, zeigte sich die Wählerschaft also schlichtweg ungeduldig mit der selbstgewählten politischen Führung. Dennoch gelang der ersten Regierung zumindest die Errichtung eines rechtsstaatlichen und politisch recht stabilen Fundaments einer jungen Demokratie, worauf die zweite Regierung aufbauen konnte. Analog zu dem von der bisherigen politischen Haltung extrem abweichenden Wahlergebnis im Rahmen der ersten freien Wahlen, womit sich die Ungarn klar vom vorhergehenden Regime distanzieren wollten (und damit die christlich-demokratische Regierung wählten), schwankte das Wahlergebnis der zweiten demokratischen Wahlen Ungarns in die andere politische Richtung.

Auf parteilicher Ebene stellte sich der Konsolidierungsprozess dahingehend ein, dass trotz aller politischen Wechselwählertendenzen und innerparteilicher wie auch interparteilicher Auseinandersetzungen eine Stabilisierung der in Ungarn aktiven Parteien stattfand. Auch zeigte sich das Wahlprogramm für die zweiten Wahlen weitaus differenzierter und bezog sich auf politische Prinzipien und – manchmal zu abstrakt-theoretische – Zielsetzungen. Für die Wähler, die sich nach wie vor wenig mit den tiefergehenden politischen Gedanken

auseinandersetzen wollten bzw. aufgrund der mangelnden Erfahrung nicht konnten, waren jedoch im Wahlkampf die plakativen Botschaften und Propaganda der Parteien ausschlaggebender: So warfen die Oppositionsparteien der Regierung von 1990 bis 1994 nicht nur strategische Fehlentscheidungen vor, sondern stellten sie in den Augen der Bevölkerung als inkompetent dar.

Indem die reformierte Linke sich für eine Drosselung der Geschwindigkeit der Transformation der Marktwirtschaft – speziell der Privatisierung – und niedrigere Inflationsraten aussprach, darüber hinaus gesteigerte Ausgaben für Gesundheit und Bildung versprach, konnte sie einige Wähler für sich gewinnen. Die Wahlkampagne der USP sprach sehr wohl für ein Hineinwachsen in die Aufgabe als ehrliche und politisch sachverständige Partei, da nicht nur die üblichen Versprechungen gemacht wurden. Vielmehr wies man die Wähler ausdrücklich darauf hin, dass Ungarn in einer schwierigen Situation steckte und sich dies nicht innerhalb weniger Jahre (einer Legislaturperiode) ändern lassen würde. Sowohl die Freidemokraten als auch die Sozialen konnten den Ungarn in diesem Kontext aber den Glauben daran schenken, dass sie aufgrund von Erfahrung und Fachwissen dazu in der Lage sein würden, die Opfer der Bevölkerung im Transformationsprozess möglichst gering zu halten. Dies überzeugte und sicherte den Sozialisten einen klaren Wahlsieg 1994.

Zu erklären ist dies damit, dass die Vielzahl der Wähler, die sich 1994 auf die linke politische Seite stellten, im bisherigen Transformationsprozess Ungarns als die Verlierer definiert werden konnten: Sie wünschten sich in Anbetracht der als schlechter empfundenen wirtschaftlichen Lage verglichen mit den Zeiten des kommunistischen Regimes die Sicherheit nach Löhnen, Arbeit und sozialer Sorge durch den Staatsapparat zurück – ein Phänomen, dass sich erneut damit begründen lässt, dass sich beispielsweise funktionierende Wirtschaftssysteme nicht innerhalb von vier Jahren komplett ohne Opferungsbereitschaft umstellen lassen, die Wähler aber Ergebnisse sehen wollen. Darüber hinaus kannten die Wähler noch die kommunistischen Ordnungen im Land, die aus der damaligen Perspektive doch wieder positiver erschienen als die erwähnten – vielfach öffentlichen – Streitereien einiger unqualifizierter politischer Akteure im Parlament.

Hierbei vernachlässigten die Wähler ohne Zweifel, dass es das Jahrzehnte lang die Entwicklung unterdrückende kommunistische Regime gewesen war, das Ungarn erst in diese vor allem finanziell marode Lage geführt hatte. Dies hat auch damit zu tun, dass die Abschaffung des alten Systems recht friedlich abgelaufen ist, also nicht etwa in schweren Kämpfen erkaufte werden musste. Dieser im Nachhinein harmonisch erscheinende Ablauf des Niedergangs des Realsozialismus verblendete den Blick der Bevölkerung hinsichtlich der unzähligen Nachteile dieses Regimes und ließ sie nur noch an die angeblichen Vorteile wie sichere Arbeitsplätze für alle denken. Das Wahlergebnis von 1994 ist vor diesem Hintergrund auf die zunehmende Unzufriedenheit der Ungarn zurückzuführen²⁷⁸, die sich schon 1993 im Rahmen einer Umfrage in der Gesellschaft abzeichnete. Diese Erhebung war von der EG-Kommission für 18 Länder in Ost- und Ostmitteleuropa initiiert worden. Für Ungarn ist bezüglich der Wahl Tendenzen auf folgende drei Punkte zu verweisen:

- 18 Prozent der Befragten sahen 1993 die wirtschaftliche Situation Ungarns als besser vergleichen zum alten System, ganze 53 Prozent sahen dies jedoch gegenteilig.
- Mit der Entwicklung der Demokratie waren nur 22 Prozent in Ungarn zufrieden, 72 Prozent (also drei Viertel) waren dies nicht.
- Nur 20 Prozent erachteten 1993 den eingeschlagenen Weg Ungarns als den richtigen, während 67 Prozent antworteten, dass sich ihr Land auf einen schlechten Weg begeben hätte.

Die Arbeitslosenquote zwischen 1992 und 1993 war auf fast 13 Prozent angestiegen und 2 Mio. Ungarn lebten unterhalb des Existenzminimums.²⁷⁹

Auch wegen dieser Tendenzen im Staat konnte die USP neue Wählergruppen für sich gewinnen. Längst waren es nicht mehr nur die Arbeiter, die ihr politisches Vertrauen in diese Partei legten, sondern sie hatte mit ihrem Konzept auch Manager und Unternehmer ansprechen können, die allesamt unter der Misere des Landes zu leiden hatten. Zudem hatte die USP nach wie vor die treuen

²⁷⁸ Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Barbara Budrich Verlag, S. 115f.

²⁷⁹ Vgl. Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Barbara Budrich Verlag, S. 312..

Anhänger, die aus ideologischer Überzeugung ihr Kreuz hinter den Kandidaten der USP auf den Wahlzetteln setzten. Wie sich die zweite frei und demokratisch gewählte Regierungskoalition bestehend aus der reformierten Ungarischen Sozialistischen Partei und dem sozial-liberalen Bund der Freien Liberalen nach der Wahl 1994 auf politischem Feld bewies, soll im nachstehenden Unterkapitel kurz zusammengefasst werden.

7.3 Die neue Regierungskoalition ab 1994

Die USP war als klarer Gewinner aus den zweiten Parlamentswahlen hervorgegangen, war aber dennoch mit dem Bund der Freien Liberalen eine Koalitionsregierung eingegangen. Gründe hierfür können zum einen darin gesehen werden, dass die USP antizipierte, dass sie zum Erhalt der Macht nach der Legislaturperiode die Wählerschaft der Linksliberalen benötigen könnte. Zum anderen konnte eine mögliche Enttäuschung der Wähler innerhalb der Regierungszeit auf den Koalitionspartner abgeschoben werden, zumal an der vorherigen Regierung abgelesen werden konnte, wie schnell die Gunst der Wähler durch Unzufriedenheit einbrechen kann.

Als Entscheidungskriterien, weshalb im Rahmen dieser Arbeit mit der Regierung von 1994 der Konsolidierungsprozess als grundsätzlich vollzogen – wenngleich nicht absolut auf allen Ebenen beendet – betrachtet werden kann, ist die Festigung der bürgerlichen Demokratie anzuführen. Dies war einer der Hauptverdienste der Regierungskoalition unter Führung von Gyula Horn. Diese Ansicht lässt sich des Weiteren damit untermauern, dass Ungarn in dieser Legislaturperiode in die NATO aufgenommen wurde. Darüber hinaus setzen aufgrund der gefestigten demokratischen Rahmenbedingungen Ungarns in dieser Legislaturperiode die Verhandlungen zum Beitritt der Europäischen Union ein, womit Ungarn nun auch auf internationaler Ebene als Demokratie akzeptiert wurde. „Ende März 1998 wurden die offiziellen Beitrittsgespräche mit Ungarn aufgenommen. Mit der erfolgreichen Volksabstimmung im Sommer 2003

bestätigte die ungarische Bevölkerung den ausgehandelten Beitrittsvertrag und somit wurde Ungarn zum 1. Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union.“²⁸⁰

Und auch mit seinen direkten Nachbarn, in deren Territorium ungefähr 3 Mio. Ungarn lebten, erreichte die Regierung ab 1994 eine signifikante Verbesserung der zuvor oft angespannten Situation. „Die Minderheitenfrage könnte dann zu Spannungen zwischen Ungarn und seinen Nachbarn führen, wenn die Minderheiten innerhalb ihrer Staaten ein großungarisches Verhalten an den Tag legen würden.“²⁸¹ Durch diese Politik, die unter dem Begriff der historischen Aussöhnung subsumiert wurde, söhnte sich Ungarn mit Rumänien aus und trug damit erheblich zur Verbesserung der Lebensbedingungen der dort lebenden Ungarn bei. Zwar legte die Regierung einen Fokus ganz klar auf drastische Einsparungen, um die wirtschaftliche Lage zu entspannen, doch es kam dennoch zu keinen Unruhen unter der Bevölkerung. Dies mag auch damit zu tun gehabt haben, dass die Regierung sich keinen Krisen wie ihre direkte Vorgängerin zu stellen hatte, womit die politische Stabilität kontinuierlich beibehalten werden konnte. In dieser Phase wurde nun auch die Transformation der Marktwirtschaft als sehr wichtiges Element des Transformationsprozesses abgeschlossen, in dem die Unternehmen privatisiert wurden, die zu Zeiten der Kommunistischen Staatspartei noch in staatlicher Hand lagen. Durch die Angleichung der Marktwirtschaft an den Westen zog Ungarn jetzt auch zahlungskräftige Investoren ins Land: Insgesamt flossen 16 Milliarden US-Dollar an Investitionen. Mit der Entspannung auf dem Wirtschaftssektor stellte sich damit endlich ein Aufschwung ein, nachdem zuvor immer wieder Krisen die Regierungen davon abgehalten hatten, die Transformation abzuschließen und die Demokratisierung zu konsolidieren. Es konnte sowohl die Auslandsverschuldung als auch das Defizit des Staatsbudgets gesenkt werden. Zudem nahm die Inflationsrate nach den Höchstwerten unter der Regierung von 1990 bis 1994 ab.²⁸²

²⁸⁰ Gruner, Wolf. D. / Woyke, Wichard (2004): Europa-Lexikon: Länder, Politik, Institutionen. C.H. Beck Verlag, S. 222.

²⁸¹ Gruner, Wolf. D. / Woyke, Wichard (2004): Europa-Lexikon: Länder, Politik, Institutionen. C.H. Beck Verlag, S. 222.

²⁸² Vgl. Kurth, Gérald (2010): Forschungen zu Südosteuropa: Sprache, Kultur, Literatur. Göttingen: Otto Harrassowitz Verlag, S. 210.

8. Zusammenfassung der Ergebnisse

Zusammenfassend ist zunächst einmal festzuhalten, dass das, was die Demokratie in Ungarn ausmacht, abgesehen von den theoretischen und definitorischen Aspekten, die ebenso vorgestellt worden sind, durch die nationalen Vorstellungen der Bevölkerung von einer Demokratie geprägt ist. Während eine Demokratie etwa mit Hinblick auf den Modus der Regierungsbildung noch recht einfach definiert werden kann, ist eine demokratische Politik, wie sie real in einem Land praktiziert wird, immer auch von dem abhängig, was die Bürgerinnen und Bürger von ihr verlangen. Es ist also de facto das Volk, das über seine Meinungsäußerung die politische Kultur des Landes ausschlaggebend mit bestimmt. Dies ist eben der große Unterschied zum vorherigen Regime Ungarns, als die Kommunistische Staatspartei dem Volk aufzwang, was es zu glauben, zu tun und politisch an Rechten zur Verfügung hatte. Für das hier untersuchte Beispiel Ungarn hat sich gezeigt, dass auf der einen Seite die lange Historie des Landes vor der Herrschaft der Sowjetunion Spuren im Volk und in seinen Vorstellungen von einem idealen Zusammenleben in einem Staat hinterlassen hat. Auf der anderen Seite waren es die etwa vier Dekaden unter dem Realsozialismus, der sich neben dem Kadarismus durch die starken Ideologien Marxismus und Leninismus auszeichnete. Dies hat Ungarn nicht allein mit einem Berg von Schulden, einem fehlenden demokratischen System und maroden Institutionen zurückgelassen, sondern war bei alledem doch prägend für die Hoffnungen und Zielsetzungen für die folgenden politischen Regierungen des Landes, wie es anhand der USP nachvollzogen werden konnte.

Anhand der theoretischen Modelle zum politischen Systemtransformationsprozess konnte gezeigt werden, dass das System Staat einerseits aus vielerlei Teilsystemen besteht, die allesamt mit beachtet werden müssen. So hatte Ungarn beispielsweise kontinuierlich mit dem sozialen und wirtschaftlichen Teilsystem zu kämpfen, was wiederum Auswirkungen auf das politische System hatte. Andererseits ist die Masse gerade in der Anfangsphase des Transformationsprozesses wichtig, wobei sich in Ungarn recht bald die Eliten um den weiteren Ablauf kümmerten. Auf Basis der eingeführten Demokratie lag und liegt es aber stets in den Händen der Wähler, die eigene Regierung nach

Kräften im schwierigen Transformationsprozess zu unterstützen oder sich dagegen zu stellen, was dann – wie im Falle der zweiten freien Parlamentswahlen in Ungarn 1994 – schnell in einer Ersetzung der politischen Führung resultieren kann. Signifikant für das demokratische Verständnis der Ungarn ist, dass sie die Demokratie nicht nur als politisches, sondern ebenso als soziales System ansehen, was wohl auf die prägenden Jahre unter dem Realsozialismus zurückzuführen ist. Ausgehend davon waren die Bürgerinnen und Bürger an soziale Ideologien und Maßnahmen gewöhnt, auf welche sie auch unter einer Demokratie nicht verzichten wollten. Entsprechend unverzeihlich war für die Wähler in der Konsolidierungsphase das soziale Versagen der Regierung hinsichtlich der Bedürfnisse und Lebensumstände der Bevölkerung (verwiesen sei hier exemplarisch auf die hohe Arbeitslosenquote unter der Regierungskoalition von 1990). Die gleiche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger in einem demokratischen System an den Ressourcen wie auch den Angeboten an Kultur, Bildung, aber auch rechtliche und soziale Sicherheit kennzeichnen die demokratische Politik Ungarns im Idealfall, womit sie sich nicht von den allgemeinen Definitionen einer Demokratie unterscheidet. Es ist aber sehr wohl auffallend, dass ehemals sozialistische Werte oder Ideen – beispielsweise eine sichere Arbeit für alle – gleichsam in die Demokratie Ungarns durch das Volk integriert worden sind. Somit ist zu konstatieren, dass die Demokratie am Ende eines Systemwechsels ebenso unterschiedlich sein kann wie der Transformationsweg dorthin selbst.

Eben dieser Weg der politischen Systemtransformation ist für Ungarn als fließend – teilweise gar als schleichend – zu charakterisieren; dies gilt vor allem in Relation zu anderen ehemals sozialistischen Ländern, wie etwa Polen, wo eher auf eine Schocktherapie bei der Transformation gesetzt wurde.²⁸³ Die in dieser Arbeit historisch aufgearbeiteten Veränderungsprozesse Ungarns haben sich im politischen und hauptsächlich wirtschaftlichen Sektor nach und nach vollzogen, lösten sich erst allmählich von sozialistischen Ideologien und unternahmen den – letztlich scheiternden – Versuch, sich zwischen freier Marktwirtschaft auf der

²⁸³ Vgl. Koch, Florian / Rodenstein, Marianne (2009): Die europäische Stadt in Transformation: Stadtplanung und Stadtentwicklungspolitik im postsozialistischen Warschau. Wiesbaden: VS Verlag, S. 164.

einen und Planwirtschaft auf der anderen Seite zu positionieren. Auch wurde darauf geachtet, dass die Umstellungen und Opfer für die Bevölkerung möglichst gering gehalten wurden. Demzufolge ist der politische Transformationsprozess in Ungarn rückblickend mit einer zufriedeneren Bevölkerung abgelaufen als es etwa im Falle Polens zu beobachten war – dennoch kam es verständlicherweise aufgrund der Umstellungen zu Nachteilen für die Ungarn, was sich dann etwa in der Abwahl der Regierung 1994 bemerkbar machte.

Ein weiteres Phänomen in Ungarn war die geradezu aufblühende politische Aktivität des Volkes, als eine politische Pluralität – anfangs in Grenzen – zugelassen wurde. Ohne Zweifel hatte dies wiederum Nachteile in Form eines zu offenen und unkontrollierten sozialistischen Pluralismus. Das Wecken dieses Interesses an der eigenen politischen Aktivität war aber wichtig, um später die Demokratisierung mittels der Masse zu etablieren. Dies manifestierte sich beispielsweise in der Wahlbeteiligung der einzelnen Wahlen.²⁸⁴ Die zahlreichen neuen Parteien, von denen letztlich sechs für die hier behandelte Zeit von Relevanz waren, entstanden dabei nicht primär aus wirtschaftlichen Gründen, sondern sie waren vielmehr der Vollzug historischer Wiederbelebungen von politischen Richtungen, die zuvor unterdrückt worden waren. Das nicht alleinige Festklammern an den kapitalistischen Vorbildern aus dem Westen ermöglichte es Ungarn schließlich mit der hier näher fokussierten USP als Nachfolgepartei der Kommunistischen Staatspartei den politischen Transformationsprozess dahingehend abzuschließen, dass das demokratische System mit Strukturen und Institutionen effektiv eingerichtet und die Bedürfnisse und Notlagen der Bevölkerung gestillt werden konnten. Da ohne das Volk keine Demokratie aufgebaut werden kann, war dies wohl am Ende die ideale Partei für die Ungarn, die nationalen Ziele und Probleme innerhalb des Konsolidierungsprozesses in den Griff zu bekommen – nachdem zuvor einige andere Versuche gescheitert waren. Was diese Erkenntnisse für die entlang der Arbeit verfolgten Fragestellungen bedeuten, darauf soll im nachstehenden Unterkapitel eingegangen werden.

²⁸⁴ Vgl. für einen Überblick über die Wahlbeteiligung von 1990 bis 2006: Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Barbara Budrich Verlag, S. 104.

8.1 Fazit zu den zentralen Fragestellungen und Ausgangsüberlegungen

Die vorliegend durchgeführte Betrachtung des politischen Systemtransformationsprozesses Ungarns mit Fokus auf die Rolle der ehemaligen Kommunistischen Staatspartei, die ab 1994 für die Konsolidierung der Demokratie im Land verantwortlich zeichnete, wurde entlang zweier Fragestellungen entwickelt, die zu Beginn der Untersuchung formuliert wurden. Nach Abschluss der Analyse des Forschungsthemas kann hier nun die mögliche Beantwortung dieser Ausgangsfragen vorgenommen werden. Hierbei bezieht sich Nachfolgendes auf die Daten und Erkenntnisse, die im Rahmen dieser Arbeit vorgelegt wurden, so dass bezüglich Referenzen auf die einzelnen Kapitel verwiesen werden darf. Die erste Fragestellung lautete wie folgt:

***Fragestellung 1:** Welche Chancen bieten sich für eine Nation durch den demokratischen Transformationsprozess? Welche Gründe können also als ausschlaggebend benannt werden, den Weg zur Demokratisierung zu beschreiten?*

Im Mittelpunkt dieser Frage standen demnach die Intentionen bzw. Ursachen, die einen politischen Systemtransformationsprozess in die Wege leiten können. Für den untersuchten Prozess am Beispiel Ungarns kann diesbezüglich vor allem eine Erhöhung der Bürger- und auch Menschenrechte der Ungarn angeführt werden, da unter dem sozialistischen Regime Ungarn mehr oder weniger stark von den willkürlichen Entscheidungen und Launen der Sowjetunion abhängig war. Als Beispiel für die Einschränkung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger ist etwa das Niederschlagen von Aufruhr im Land mittels militärischer Kräfte durch die Sowjets 1956 anzuführen. Freie Meinungsäußerung war damit ebenso nicht gegeben wie freie Information oder ideologische Ausrichtung des Individuums. Ferner hatte das Volk letztlich kein wirkliches Mitspracherecht in Bezug auf die politische Führung des eigenen Landes

Darüber hinaus sind gravierende Missstände im sozialen wie auch wirtschaftlichen Sektor des sozialistischen Einparteiensstaates Ungarn festzustellen, so dass alleine schon die Verschuldung des Staates ausgereicht hätte, einen Transformationsprozess zu initiieren. Abschließend für diese Frage ist jedoch zu konstatieren, dass es nicht einen Grund für den Beginn des Transformationsprozesses gibt, sondern es – so am Beispiel Ungarns gezeigt – vielmehr eine Vielzahl von verschiedenen Ursachen gibt. Dies kann mit dem systemtheoretischen Ansatz so erklärt werden, dass ein System (Staat) nur funktioniert, wenn auch seine Teilsysteme (Wirtschaft, Bildung, Kultur, Soziales, Recht etc.) funktionieren – weisen diese signifikante Probleme oder Missstände auf, so zerbricht letztlich das gesamte System. Die Demokratie setzt anders als ein Einparteiensystem also auf eigenständige Teilsysteme, die für sich effektiv sind und damit das gesamte System des Staates stabilisieren. Entsprechend der Systemtheorie kann das große System Staat also nur funktionieren, wenn die einzelnen Untersysteme ihre Funktionen erfüllen können.

Fragestellung 2: *Welche Schwierigkeiten können im Rahmen eines Transformationsprozesses zur Demokratie auftreten und wie können diese beseitigt bzw. zumindest vermindert werden – analysiert am konkreten Beispiel Ungarn, das sich in spezifischen Konditionen befand und von daher ein außergewöhnliches Beispiel ohne allgemeingültigen Anspruch darstellt.*

Als eine der wesentlichen Schwierigkeiten ist nicht nur für Ungarn, sondern auch andere transformierte Staaten wie etwa Polen hervorzuheben, dass ein Transformationsprozess an mangelnder Unterstützung der Massen schon in der Anfangsphase scheitern kann. In den späteren Phasen der Demokratisierung und Konsolidierung übernehmen die Eliten die weitere Entwicklung und Fortsetzung des Transformationsprozesses, doch wenn schon zu Beginn die Bürgerinnen und Bürger dagegen sind, wird die Transformation nicht gelingen. Umso mehr sich die Massen zurückziehen und die Eliten in den Vordergrund rücken, desto wichtiger ist dann, dass diese Eliten möglichst über Erfahrungen und/oder Sachverständnis

verfügen, um die Transformation auf den diversen Ebenen erfolgreich zu gestalten. Dies war etwa ein Missstand des ersten frei gewählten Parlaments von 1990, als sich die politischen Akteure als politische Quereinsteiger und Idealisten weniger um die wirklichen Arbeitsfelder (beispielsweise Marktwirtschaft) Ungarns kümmerten, sondern sich gegenseitig in der Nationalversammlung beschuldigten, beschimpften oder sich nur populistisch wirksam in Szene setzten. Für Ungarn ist diesbezüglich wichtig, dass aufgrund der jahrelangen Unmündigkeit der Bürgerinnen und Bürger eine demokratische Wahleinführung geschehen musste, um sie an diese Rolle als Wähler heranzuführen. Die verständliche Information der unerfahrenen Wähler im Rahmen des Wahlkampfes war damit eines der Ziele der Parteien, was allerdings 1990 noch verstärkt in Propaganda ohne tiefere politische Inhalte ausartete. Dies änderte sich dann mit den folgenden Wahlen und Wahlkämpfen, als die politische Bildung zunahm – dies war ebenso eine Maßnahme der Regierung auf dem Bildungssektor, um Problemen im Transformationsprozess vorzubeugen.

Um den Transformationsprozess erfolgreich gestalten zu können, musste ferner die Wählerschaft auch während der Legislaturperiode zufriedengestellt werden – ansonsten droht, wie es bei den Wahlen 1994 passiert ist, die Abwahl der Regierung, die folglich den Transformationsprozess nicht fortsetzen kann. Zwar kommt eine andere Regierung nach, doch bringt ein Führungswechsel immer Unruhe und Verzögerung in einen Prozess, obgleich darin auch ein Funktionieren des Institutionengefüges zu sehen ist. Im Fall des Regierungswechsels von 1994 war dies lediglich deshalb weniger ausgeprägt, weil die vorangegangene Regierung keine großen Ergebnisse vorzuweisen hatte. Bei der Gunst der Ungarn galt es für die Parteien – wie es 1994 von der USP getan wurde – zu beachten, dass vor dem Hintergrund einer sozialistischen Vergangenheit die demokratischen Hoffnungen eng mit sozialistischen Werten verknüpft wurden. Von daher musste hierauf eingegangen werden, um die Wähler trotz der unvermeidbaren Opfer im Rahmen der Transformation auf der eigenen Seite zu haben. Unterstützend wirkten diesbezüglich darüber hinaus die Unterstützung aus dem Ausland

sowie die Definition von zukünftigen Zielen – im Falle Ungarn waren dies beispielsweise die Beitritte zur NATO und zur Europäischen Union.

Überlegung 1: *Ein demokratischer Transformationsprozess kann sowohl für Staaten mit vorhergehend sozialistischen/kommunistischen Regierungssystemen im Allgemeinen als auch für das kommunistische Ungarn im Speziellen diverse Vorteile / Chancen zur Entwicklung beinhalten.*

Diese Überlegung konnte ohne Zweifel bestätigt werden. Es wurden letztlich nicht nur die Vorteile einer Demokratie in Ungarn hinsichtlich Bürgerrechte etc. durchgesetzt, sondern vor allem konnte die wirtschaftlich schwer angespannte Situation resultierend aus dem realsozialistischen Regime durch den demokratischen Transformationsprozess behoben werden. Zudem bedingt es ein solcher Transformationsprozess, dass eine Angleichung und verstärkte Interaktion (auch auf dem Wirtschaftssektor) mit den kapitalistisch orientierten Mächten realisiert werden konnte. Der demokratische Transformationsprozess ebnet demnach den Weg nach Europa und ermöglicht verbesserte Beziehungen auch mit den USA, was speziell aus wirtschaftlichen Gründen interessant für jedes Land sein dürfte. Für Ungarn war wichtig, dass das Land nicht ewiger Schuldner des Westens blieb, sondern in einen intensiveren Handel mit ihm treten konnte.

Überlegung 2: *Die Gesellschaft Ungarns war 1988 bis 1994 wesentlich vom demokratischen Transformationsprozess betroffen und dieser konnte auch nur deswegen wirklich erfolgreich in eine Demokratie überleiten, da die Bürgerinnen und Bürger von seiner Sinnhaftigkeit überzeugt waren.*

Diese Überlegung wurde bereits mit Blick auf die dargelegten Probleme im Transformationsprozess bestätigt. Zwar waren die Massen in Ungarn nicht ganz so entscheidend für die späteren Phasen der Transformation, als die Eliten die Weiterentwicklung übernahmen. Doch dass die Bürgerinnen und

Bürger von der demokratischen Orientierung überzeugt sein mussten, um nicht die Unterstützung für die eigene Regierung einzustellen, zeigte sich im Regierungswechsel 1994. Die Regierungskoalition von 1990 konnte den Wählern keine Ergebnisse liefern, die für sie ausreichten, um dem demokratischen Weg in dieser Form weiter zu folgen. Stattdessen überzeugte dann ab 1994 in erster Linie die USP mit ihren demokratischen Bestrebungen, die aber – speziell für die Ungarn und ihre Vergangenheit – sozialistische Werte ebenso im Blick behielten.

Zudem war am Beispiel Ungarns zu erklären, dass es in einem demokratischen politischen System nicht ausreicht, lediglich eine Wahl zu gewinnen. Schon während der Legislaturperiode kann es dann zu Problemen mit der Realisierung von Maßnahmen kommen, die seitens der Regierung durchgesetzt werden wollen. Verweigern sich die Massen etwa den Änderungen in der Bildungspolitik oder den sozialen Reformen, so ist eine demokratische Regierung machtlos gegenüber dem Volk, da sie ihm nichts aufzwingen kann, wie es dagegen von der Kommunistischen Staatspartei (mit Hilfe der Sowjetunion) im nicht-demokratischen System getan werden konnte. Und spätestens bei den nächsten Wahlen, die in einem demokratischen System unweigerlich anstehen werden, wird sich die Ungunst der Wähler in einer Wahlschlappe niederschlagen, wie es 1999 festgestellt werden konnte.

Überlegung 3: *Die landesspezifischen Regierungsziele, Schwierigkeiten und der jeweils zu einem Betrachtungszeitpunkt aktuelle Fortschritt Ungarns auf dem Weg zur Demokratie können am Beispiel der Ungarischen Sozialistischen Partei und deren Entwicklung (von kommunistisch zu demokratisch) abgelesen werden.*

Dieser Ansatz hat sich als durchaus realisierbar erwiesen, indem die ehemalige Kommunistische Staatspartei genau den Transformationsprozess auf parteipolitischer Ebene durchgemacht hat, den Ungarn auf größerer nationaler Ebene als gesamtes System vollzog. Sowohl Partei als auch Land hatten eine realsozialistische und nicht-

demokratische Vergangenheit, die sie hinter sich ließen, um letztlich eine stabile Demokratie zu errichten. Die zentralen Probleme hierbei waren einerseits die tatsächliche Loslösung von den realsozialistischen Ideologien und politischen Ansätzen, so dass vor allem auf dem Wirtschaftssektor – nicht nur seitens der Ungarischen Sozialistischen Partei, sondern auch der anderen Parteien und Regierungschefs, die im Rahmen dieser Arbeit vorgestellt wurden – verschiedene Lösungsstrategien versucht wurden, bevor eine effektive Marktwirtschaft etabliert werden konnte. Aufgrund der Historie des Landes und der Partei – obgleich sie sich von dieser eher lossagte – war es für die USP möglicherweise besser als für andere Parteien möglich, den Bürgerinnen und Bürgern ab 1994 demokratische Ziele mit sozialistischen Ideen in einer Kombination anzubieten, die exakt dem entsprach, was die Wähler in diesem Konsolidierungsprozess zur eigenen Sicherheit und Unterstützung der neuen Regierung brauchten.

Die komplette Distanzierung von den politischen Ideen der Vergangenheit war anfangs resultierend aus der Euphorie des Systemwechsels in den Wahlergebnissen von 1990 sichtbar geworden, als sich die Wähler ganz gezielt gegen alles stellen wollten, was eine Verbindung zum ehemaligen System aufwies. Ebenso distanzierte sich die USP bei ihrer Gründung von der eigenen Parteihistorie. Während des Scheiterns der ersten Koalitionsregierung von 1990 erkannten dann aber die Ungarn wie auch die USP, dass für die spezifischen Konditionen des Landes sozialistische Werte wie eine Absicherung der Arbeitnehmer etc. adäquat waren, um die eigene Demokratie als grundlegendes politisches System einzurichten. Oder auch erst dann, als die Ungarische Sozialistische Partei an der Umsetzung eines tatsächlich freien marktwirtschaftlichen Teilsystems arbeitete, konnte Ungarn ab 1994 die lang ersehnten wirtschaftlichen Erfolge in Form der Lösung von gravierenden Schwierigkeiten verbuchen. Somit ist es am Beispiel von Wahlen möglich, den Fortschritt Ungarns im politischen Systemtransformationsprozess Ebenen übergreifend an der Entwicklung der USP abzulesen.

8.2 Kritische Bewertung der Analyse

Für eine politikwissenschaftliche Arbeit, die sich auf die Analyse von historischen Daten und Geschehnissen konzentriert, ist es sicherlich nicht einfach, ein allzu innovatives methodisches Modell zu verfolgen oder zu Ergebnissen zu gelangen, die so noch nicht aufgearbeitet worden sind. Für die vorliegende Ausarbeitung zeigte sich im Rahmen der Fachliteraturrecherche, dass nicht viele Werke speziell für den Prozess der politischen Systemtransformation in Ungarn existieren (diese sind als solche Teil dieser Arbeit und finden sich im Literaturverzeichnis), so dass der Versuch unternommen werden konnte, diese Lücke ein Stückweit zu schließen. Alleine schon die Aufarbeitung der historischen Geschehnisse vor Einsetzen des Transformationsprozesses, die als Ausgangspunkt betrachtet werden mussten, stellte sich als nicht so einfach und eindeutig heraus, da teils divergierende Angaben in den Werken gegeben wurden. Hierzu erwies sich das Einholen von Informationen direkt von Informationsstellen aus Ungarn (in erster Linie über offizielle staatlich betriebene Seiten im Internet) als eine Möglichkeit der Absicherung zumindest von historisch belegbaren Daten. Dass auf solchen Seiten zweifellos auch politische Ziele der Selbstdarstellung verfolgt werden, steht außer Frage, weshalb sich für die gesamte Erstellung dieser Arbeit ein stets kritischer und hinterfragender, lieber zweimal nachschauender Blick als sinnvoll herausgestellt hat.

Der Ansatz, den Verlauf des politischen Transformationsprozesses Ungarns nicht nur auf theoretischer, eher allgemeinwissenschaftlicher Basis zu beleuchten, sondern ihn mit dem Wandel der Parteien – speziell der Ungarischen Sozialistischen Partei – zu verknüpfen, zeigte sich als ein Weg, die komplexen Veränderungsprozesse näher an der politischen Wirklichkeit zu beschreiben und damit verständlicher zu machen. Letzteres ist ein Aspekt, der von Generationen von Wählern, die in demokratischen Systemen aufgewachsen sind, vielfach außer Acht gelassen wird oder einfach nicht mehr nachvollzogen werden kann. Umso spannender ist gerade die hier betrachtete Zeitspanne in der ungarischen Geschichte.

Als selbstkritische Verbesserung hätten auch die anderen der sechs wichtigen Parteien des Transformationsprozesses ähnlich der USP genauer betrachtet werden können. So wäre es möglich gewesen, ebenso Parallelen in der jeweiligen Parteientwicklung einhergehend mit dem Transformationsprozess des Landes aufzudecken oder eben diese auszuschließen. Diesbezüglich musste aber akzeptiert werden, dass der Umfang zu groß geworden wäre. Eine weitere Idee wäre das Einbeziehen von empirisch erhobenen Informationen in die Analyse gewesen, die beispielsweise aus Experteninterviews mit politischen Akteuren der Gegenwart wie auch aus dieser Zeitspanne stammen könnten. „Hier verfügen Personen über die gesuchten Informationen, und diese Personen werden mit Hilfe spezieller Methoden befragt. Mit Hilfe der Befragung kann Textmaterial (z. B. durch Experteninterviews) oder Zahlenmaterial (durch standardisierte Befragungen) gewonnen werden.“²⁸⁵ Die notwendigen Kontakte fehlten hierfür aber ebenso wie die Ressourcen Zeit und Geld, um etwa vor Ort Treffen zu organisieren etc. Und auf Anfragen per Email über die eigene politische Vergangenheit reagierten Parteizentralen weniger kooperativ; verwiesen lediglich auf die eigene Homepage. In diesem Kontext müssten wohl erst persönliche Kontakte mit Einfluss gesucht werden, um verwertbare Informationen zu gewinnen.

8.3 Ausblick in die Zukunft der Thematik

Zum Abschluss dieser Arbeit soll auf potentielle zukünftige Forschungsvorhaben aus dem Umfeld der hier behandelten Thematik hingewiesen werden. Der Ansatz, einen politischen Transformationsprozess entlang des Wandels einer der an diesem Prozess beteiligten Parteien zu beobachten, ist eine Idee, die sicherlich auch für andere Länder, Parteien und deren jeweilige Transformationsprozesse interessante Erkenntnisse liefern könnte. Diese könnten dann wiederum zu den hier vorliegenden Befunden in Relation gesetzt werden, was es ermöglichen würde, internationale Vergleiche anzustellen.

²⁸⁵ Simonis, Georg / Elbers, Helmut (2010): Studium und Arbeitstechniken der Politikwissenschaft. VS Verlag, S. 121.

Die Tatsache, dass politische Systemtransformationsprozesse in sehr vielen Ländern ein Thema waren oder dies aktuell noch sind, spricht dafür, dass sich die Politikwissenschaft auch in der Zukunft mit dieser Thematik beschäftigen sollte. Dies ergibt sich alleine schon daraus, dass nur durch die Analyse solcher Prozesse Schwierigkeiten und Lösungsansätze identifiziert werden können. Diese Erkenntnisse könnten dann wiederum für jene Staaten hilfreich sein, welche einen solchen Transformationsprozess noch vor sich haben und sich nach Möglichkeit ideal darauf vorbereiten möchten. Sicherlich muss jeder politische Systemtransformationsprozess für sich alleine betrachtet werden, da dieser immer von den einzigartigen Rahmenbedingungen des jeweiligen Landes mit bestimmt wird. Von daher kann eine zu starke Verallgemeinerung des Prozesses länderübergreifend nicht wirklich effektiv sein, aber doch einige Hinweise für den Umgang mit auftretenden Problemen liefern, zumal beispielsweise die Staaten des ehemaligen Ostblockes nicht identische aber ähnliche Voraussetzungen hatten.

9. Literatur- und Quellenverzeichnis

9.1 Literatur

Altrichter, Helmut / Bernecker, Walther L. (2004): Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Kohlhammer Verlag. Stuttgart.

Andreas Schmidt-Schweizer (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteienherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. R. Oldenbourg Verlag. München.

Belke, Ansgar / Hebler, Martin (2002): EU-Osterweiterung, Euro und Arbeitsmärkte. Oldenbourg Wissenschaftsverlag. München.

Bernath, Mathias (1981): Europa von der französischen Revolution zu den nationalstaatlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts. Klett-Cotta. Stuttgart.

Bernstein, Eduard (2008): Der Sozialismus einst und jetzt. Echo Library. Fairford.

Bevc, Tobias (2007): Politische Theorie. UTB Verlag. Stuttgart.

Beyme, Klaus von / Nohlen, Dieter (1995): „Systemwechsel“ In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Piper Verlag. S. 690-699. München.

Bos, Ellen (2004): Verfassungsgebung und Systemwechsel: die Institutionalisierung von Demokratie im postsozialistischen Osteuropa. VS Verlag. Wiesbaden.

Brzezinski, Zbigniew (1993): „The Great Transformation“, In: The National Interest, Fall 1993, S. 3-13.

Brock, Ditmar (2008): Globalisierung: Wirtschaft, Politik, Kultur, Gesellschaft. VS Verlag. Wiesbaden.

Bozóki, András / Körösényi, Andras / Schöpflin, George (1992): Post-communisttransition: emergingpluralism in Hungary. Pinter Publishers. London.

Buzogany, Aron / Frankenberger, Rolf (Hrsg.) (2007): Osteuropa. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Nomos. Baden-Baden.

Cheng, Joseph Y. S. (Hrsg.) (2011): Whither China's Democracy? Democratization in China since the Tiananmen Incident. City University of Hong Kong Press. Hong Kong.

Csoboth, István (2003): Mitwirkung der Bürger an der Demokratie in Ungarn. DUV Verlag. Wiesbaden.

Deiss, Richard (2010): Der Nabel des Mondes und die Träne im indischen Ozean: 333 Länderbeinamen und wie es zu ihnen kam. BoD. München.

Delapina, Franz / Hofbauer, Hannes / Komlosy, Andrea / Melinz, Gerhard / Zimmermann, Susan (1991): Ungarn im Umbruch. Verlag für Gesellschaftskritik. Wien.

Dieringer, Jürgen (2009): Das politische System der Republik Ungarn: Entstehung, Entwicklung, Europäisierung. Barbara Budrich Verlag. Opladen.

Dieter, Segert / Machos, Csilla (1995): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure. Westdeutscher Verlag GmbH. Opladen.

Die Verfassung der Republik Ungarn, Gesetz XXXII/1989 über das Verfassungsgericht – zweisprachige Ausgabe. ROW-Schriftenreihe Band 11, Kapitel I. Art. 1 / Kapitel I. Art. 2 / Kapitel I. Art. 3 / Kapitel I. Art.3, 3 / Kapitel I. Art. 9 / Kapitel III. Art. 29. (1) / Kapitel III. Art. 29. (2) / Kapitel III. Art. 30. (1) / Kapitel IV. Art. 32/A (1) / Kapitel IV. Art. 32/A (4) / Kapitel V. Art. 32/B (4) / Kapitel VI. Art. 32/C (1) / Kapitel IX. Art. 42 / Kapitel XII Art. 62 / Kapitel XII Art. 63 der Verfassung der Republik Ungarn.

Ebert, Johannes / Görich, Knut / Wienecke-Janz, Detlef (2008): Absolutismus, Aufklärung und Revolution. Wissenmedia Verlag. Gütersloh.

Edgar, Hösch / Nehring, Karl / Sundhaussen, Holm / Clewing, Konrad (2004): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. UTB. Stuttgart.

Eickhoff, Matthias (2009): Ungarn. Dumont. Köln.

Elvert, Jürgen / Salewski, Michael (1993): Der Umbruch in Osteuropa. Franz Steiner Verlag. Stuttgart.

Faber, Richard (1994): Sozialismus in Geschichte und Gegenwart. Königshausen & Neumann. Würzburg.

Fata, Márta (2004): Das Ungarnbild der deutschen Historiographie. Franz Steiner Verlag. Stuttgart. New York / Frankfurt am Main.

Franzen, Wolfgang / Haarland, Hans-Peter / Niessen, Hans-Joachim (2005): Osteuropa zwischen Euphorie, Enttäuschung und Realität: Daten zur Systemtransformation 1990-2003 für eine nachhaltige Entwicklung. Campus Verlag. New York / Frankfurt am Main.

Gerlich, Peter (1997): Österreichs Nachbarstaaten: innen- und aussenpolitische Perspektiven. Facultas Verlag. Wien.

Görtemaker, Manfred (2008): Grundkurs deutsche Militärgeschichte: Die Zeit nach 1945. Oldenbourg Wissenschaftsverlag. München.

Graf, Kilian (2010): Identität und Transformation: Die integrative Wirkung einer kollektiven Identität. Diplomica Verlag. Hamburg.

Großböling, Thomas / Kollmorgen, Raj / Möbius, Sascha / Schmidt, Rüdiger (Hrsg.) (2010): Das Ende des Kommunismus. Die Überwindung der Diktaturen in Europa und ihre Folgen. Klartext Verlagsgesellschaft. Essen.

Gruner, Wolf. D. / Woyke, Wichard (2004): Europa-Lexikon: Länder, Politik, Institutionen. C.H. Beck Verlag. München.

Hämmerle, Christa (1993): Kindheit im Ersten Weltkrieg. Böhlau Verlag. Wien.

Hanak, Peter (Hrsg.), 1988: Die Geschichte Ungarns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Hobbing Verlag. Essen / Budapest.

Hans, Süßmuth (1998): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden.

Hauszmann, János (2004): Ungarn: vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Pustet. Regensburg / Salzburg.

Häberle, Peter (1990): Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Mohr Siebeck Verlag. Tübingen.

Hähner, Hendrik (2007): Probleme bei der Transformation von Entwicklungsländern: Eine institutionenökonomische Analyse. Diplomica Verlag. Hamburg.

Herzberg, Guntolf / Seifert, Kurt (2002): Rudolf Bahro. Ch. Links Verlag. Berlin.

Hirschfeld, Gerhard (2008): Enzyklopädie Erster Weltkrieg. UTB. Stuttgart.

Hoensch, Jürg Konrad (1984): Geschichte Ungarns 1867-1983. W. Kohlhammer Verlag. Stuttgart.

Hofer, Stefan (2007): Die Ökologie der Literatur: Eine systemtheoretische Annäherung. Mit einer Studie zu Werken Peter Handkes. Transkript Verlag. Bielefeld.

Holderied, Cornelius (2005): Güterverkehr, Spedition und Logistik. Oldenbourg Wissenschaftsverlag. München.

Holländer, Michael (2003): Konfliktlinien und Konfiguration der Parteiensysteme in Ostmitteleuropa 1988-2002. BoD. München.

Hösch, Edgar (2008): Geschichte der Balkanländer: von der Frühzeit bis zur Gegenwart. C. H. Beck Verlag. München.

Internationales Symposium der Stiftung Ettersberg (2004): Alte Eliten in jungen Demokratien?: Wechsel, Wandel und Kontinuität in Mittel- und Osteuropa. Böhlau Verlag. Köln / Weimar.

Ismayr, Wolfgang (2009): Die politischen Systeme Osteuropas. VS Verlag. Wiesbaden.

Jahn, Detlef (2006): Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft. VS Verlag. Wiesbaden.

Kipke, Rüdiger (2005): Das politische System Ungarns: Eine Einführung. VS Verlag. Wiesbaden.

Kipke, Rüdiger (2006): Ungarn 1956: zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung. VS Verlag. Wiesbaden.

Koch, Florian / Rodenstein, Marianne (2009): Die europäische Stadt in Transformation: Stadtplanung und Stadtentwicklungspolitik im postsozialistischen Warschau. VS Verlag. Wiesbaden.

Korz, Robert (2005): Leben in einer vernetzten Welt: ich bin online, also bin ich. Band 1. BoD Verlag. München.

Körösényi, András et al. (2009): „Das politische System Ungarns“ In: Ismayr, Wolfgang (2009): Die politischen Systeme Osteuropas. VS Verlag, S. 257-418. Wiesbaden.

Kraatz, Susanne / von Steinsdorff, Silvia (2002): Parlamente und Systemtransformation im postsozialistischen Europa. Leske und Budrich. Leverkusen.

Kräutler, Hadwig (2004): Das Museum: Spiegel und Motor kulturpolitischer Visionen: 1903 - 2003 : 100 Jahre Österreichische Galerie Belvedere; Konferenzband zum gleichnamigen Symposium anlässlich des 100-jährigen Bestandes des Museums Wien, 16. bis 19. Oktober 2003.

Kulcsár, Kálmán (1997): Systemwechsel in Ungarn 1988-1990. Vittorio Klostermann Verlag. Frankfurt am Main.

Kurth, Gérald (2010): Forschungen zu Südosteuropa: Sprache, Kultur, Literatur. Otto Harrassowitz Verlag. Göttingen.

Lappin-Eppel, Eleonore (2010): Ungarisch-Jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Österreich 1944/45. LIT Verlag. Münster.

Lendvai, Paul (1999): Die Ungarn: ein Jahrtausend Sieger in Niederlagen. Bertelsmann. Bielefeld / Gütersloh / München.

Ludwig, Markus (1999): Sein und Sollen: eine Untersuchung zur Abgrenzung der Rechtsnormen von den sozialen Normen bei Max Weber und Eugen Ehrlich. Tectum Verlag. Marburg.

Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme: Grundriss einer allgemeinen Theorie. Suhrkamp Verlag. Berlin.

Mácków, Jerzy (2009): Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa. VS Verlag. Wiesbaden.

Merkel, Wolfgang (2009): Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. VS Verlag. Wiesbaden.

Nohlen, Dieter (2009): Lexikon der Politikwissenschaft 2/ N-Z: Theorien, Methoden, Begriffe. Band 2. C. H. Beck Verlag. München.

Nohlen, Dieter (2009): Wahlrecht und Parteiensystem: Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme. UTB Verlag. Stuttgart.

Óhidy, Andrea (2009): Lebenslanges Lernen und die europäische Bildungspolitik: Adaptation des Lifelong Learning-Konzepts der Europäischen Union in Deutschland und Ungarn. VS Verlag. Wiesbaden.

Petersen, Nils (2009): Demokratie als teleologisches Prinzip: zur Legitimität von Staatsgewalt im Völkerrecht. Springer Verlag. Berlin / Heidelberg / Wiesbaden.

Pickel, Gert (2006): Demokratisierung im internationalen Vergleich: Neue Erkenntnisse und Perspektiven. VS Verlag. Wiesbaden.

Pickel, Susanne / Pickel, Gert (2006): Politische Kultur- und Demokratieforschung. VS Verlag. Wiesbaden.

Pollack, Detlef (1990): „Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR“, In: Zeitschrift für Soziologie 19, S. 292-307.

Pollack, Detlef / Wielgohs, Jan (2010): Akteure oder Profiteure?: Die demokratische Opposition in den ostmitteleuropäischen Regimeumbrüchen 1989. VS Verlag. Wiesbaden.

Ranke Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im Öffentlichen Leben (1991): Historische Mitteilungen. Band 4-5. Ranke Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im Öffentlichen Leben. Hamburg.

Reitz, Rüdiger (1983): Christen und Sozialdemokratie. Radius Verlag. Stuttgart.

Richter, Solveig / Soldner, Markus (2010): Die politischen Systeme Osteuropas. VS Verlag. Wiesbaden.

Rüdiger, Kipke (2005): Das politische System Ungarns. Eine Einführung. 1. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

Rüster, Lothar (1980): Die internationalen ökonomischen Organisationen der RGW-Länder: Rechtsfragen. Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin.

Sattler, Friederike (2002): Wirtschaftsordnung im Übergang. LIT Verlag. Münster.

Schmidt-Hartmann, Eva (1994): Kommunismus und Osteuropa. Oldenbourg Wissenschaftsverlag. München.

Schmidt-Schweizer, Andreas (2000): Vom Reformsozialismus zur Systemtransformation in Ungarn: politische Veränderungsbestrebungen innerhalb der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP) von 1986 bis 1989. P. Lang Verlag. Frankfurt am Main.

Schmidt-Schweizer, Andreas (2007): Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002: von der liberalisierten Einparteienherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase. Oldenbourg Wissenschaftsverlag. München

Schöpflin, György (1984): „Die Phasen der kommunistischen Machtübernahme in Osteuropa.“ In: Magyar Füzetek, 7 (1984), 13.

Schubert, Klaus (2008): Europäische Wohlfahrtssysteme: ein Handbuch. VS Verlag. Wiesbaden.

Schwimmer, Walter (1904): Der Traum Europa – Europa vom 19. Jahrhundert in das dritte Jahrtausend. Springer Verlag. Berlin / Heidelberg / Wiesbaden.

Segert, Dieter (1994): Konfliktregulierung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa. Peter Lang Verlag. Frankfurt am Main.

Segert, Dieter (2007): Postsozialismus: Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa. Braumüller. Wien.

Simonis, Georg / Elbers, Helmut (2010): Studium und Arbeitstechniken der Politikwissenschaft. VS Verlag. Wiesbaden.

Sinclair, Upton et al. (2001): Werter Genosse, die Maliks haben beschlossen--: Briefe, 1919-1950. Weinheim: Weidle Verlag.

Sitter, Nick (2006): „Ungarn – stabilisierungskonkurrenz.“ In: Bakke, Elisabeth (Hrsg.) (2006): Europa og Sentral Baltikum Etter 1989. Samlaget. Oslo.

Spannenberg, Norbert (2005): Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938-1945 unter Horthy und Hitler. Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 34. München.

Stark, Carsten / Lahusen, Christian (2002): Theorien der Gesellschaft. Oldenbourg Wissenschaftsverlag. München.

Süss, Dirck (2001): Privatisierung und öffentliche Finanzen: zur politischen Ökonomie der Transformation. Lucius & Lucius Verlag. Stuttgart.

Süssmuth, Hans (Hrsg.) (1998): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995. Nomos. Baden-Baden.

Szöllösi-Janze, Margit (1989): Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn. Oldenbourg

Wissenschaftsverlag. München.

Thomas, Michael (1992): Abbruch und Aufbruch: Sozialwissenschaften im Transformationsprozess : Erfahrungen, Ansätze, Analysen. Akademie Verlag. Berlin / München.

Timmermann, Heiner (2008): Militärische Interventionen in Europa im 20. Jahrhundert. LIT Verlag. Münster.

Tomuschat, Christian (1996): Eigentum im Umbruch: Restitution, Privatisierung und Nutzungskonflikte im Europa der Gegenwart. Verlag Arno Spitz. Berlin.

Uhl, Manfred (1999): Verfassungen in den politischen Systemtransformationen Osteuropas: die postsozialistischen Verfassungsordnungen in der Russischen Föderation, Belarus und Lettland. Ergon Verlag. Würzburg.

Van der Pot, Johan Hendrik Jacob (1985): Die Bewertung des technischen Fortschritts: eine systematische Übersicht der Theorien. Band 2. Uitgeverij Van Gorcum Verlag. Assen.

Vida, István (2006): „Vorgeschichte der ungarischen Revolution und des Freiheitskampfes von 1956.“ In: Kipke, Rüdiger (2006): Ungarn 1956: zur Geschichte einer gescheiterten Volkserhebung. VS Verlag, S. 11-28. Wiesbaden.

Vilmar, Fritz (2000): Zehn Jahre Vereinigungspolitik: kritische Bilanz und humane Alternativen. Trafo Verlag.

Von Beyme, Klaus (2000): Die politischen Theorien der Gegenwart: eine Einführung. VS Verlag. Wiesbaden.

Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Staatenwelt Europas. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2006, Schriftenreihe Band 443.

Wolfgang, Merkel (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

Zimmermann, Andreas (1998): Staatennachfolge in völkerrechtliche Verträge: zugleich ein Beitrag zu den Möglichkeiten und Grenzen völkerrechtlicher Kodifikation. Springer Verlag. Berlin / Heidelberg / Wiesbaden.

9.2 Online-Quellen

<http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/171.0.html> (letzter Abruf am 6.6.2011)

<http://www.bundestagswahl-bw.de/demokratie0.html> (letzter Abruf am 16.4.2011)

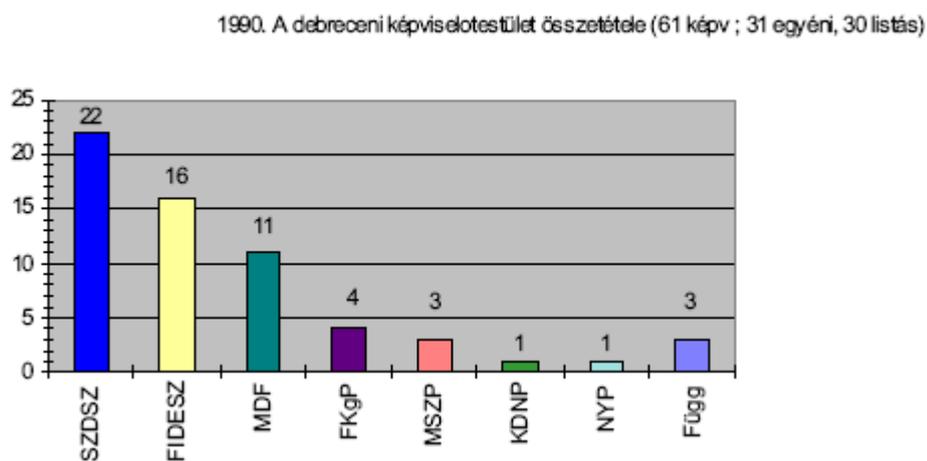
Ferenc, Mezo: A debreceni önkormányzati választások értékelése (1990-1998).
Abrufbar unter: <http://www.mezoferenc.hu/pdf/szeged.pdf> (letzter Zugriff am 10.5.2011)

9.3 Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1: Stimmenverteilung in Prozent der Parlamentswahl in Ungarn 1990²⁸⁶

Partei	Stimmen (%)	Anzahl Mandate	Mandat (%)
<u>MDF</u>	24,7	165	42,7
<u>SzDSz</u>	21,4	92	23,8
<u>FKGP</u>	11,8	43	11,1
<u>MSzP (USP)</u>	10,9	33	8,5
<u>Fidesz</u>	8,9	21	5,4
<u>KDNP</u>	6,6	21	5,4
andere	15,8	11	2,8

Abbildung 1: Ergebnisse der Parlamentswahl in Ungarn 1990²⁸⁷



²⁸⁶ Vgl. Ferenc, Mezo: A debreceni önkormányzati választások értékelése (1990-1998). Abrufbar unter: <http://www.mezoferenc.hu/pdf/szeged.pdf> (letzter Zugriff am 10.5.2011)

²⁸⁷ Vgl. Ferenc, Mezo: A debreceni önkormányzati választások értékelése (1990-1998). Abrufbar unter: <http://www.mezoferenc.hu/pdf/szeged.pdf> (letzter Zugriff am 10.5.2011)

Abbildung 2: Ergebnisse der Parlamentswahl in Ungarn 1994²⁸⁸

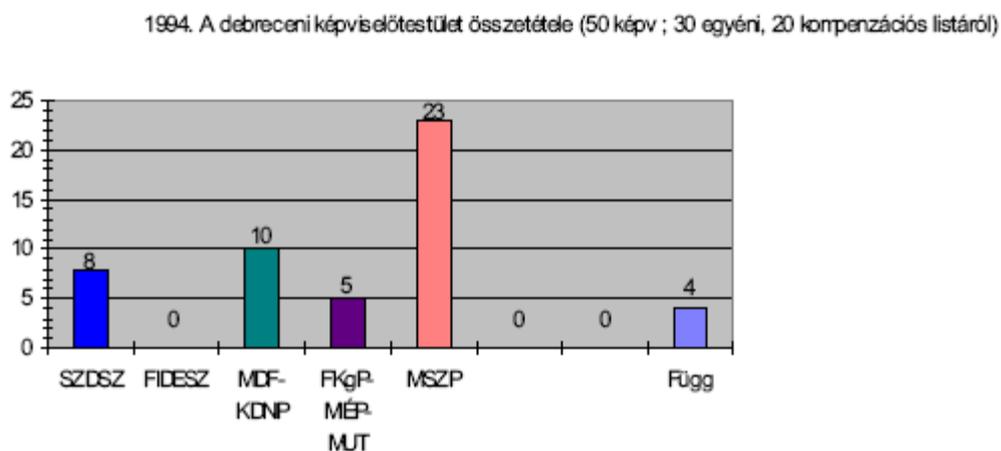
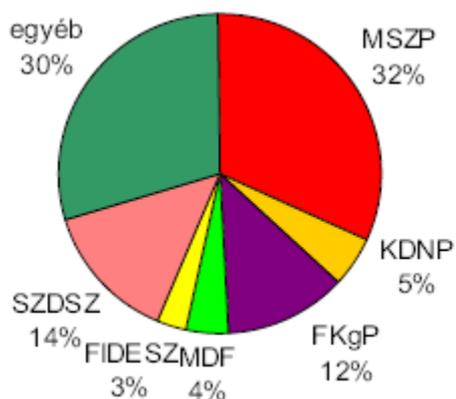


Abbildung 3: Prozentuale Ergebnisverteilung der Parlamentswahl in Ungarn 1994²⁸⁹



²⁸⁸ Vgl. Ferenc, Mezo: A debreceni önkormányzati választások értékelése (1990-1998). Abrufbar unter: <http://www.mezoferenc.hu/pdf/szeged.pdf> (letzter Zugriff am 10.5.2011)

²⁸⁹ Vgl. Ferenc, Mezo: A debreceni önkormányzati választások értékelése (1990-1998). Abrufbar unter: <http://www.mezoferenc.hu/pdf/szeged.pdf> (letzter Zugriff am 10.5.2011)

10. Abstract

Autor: Jürgen Laubner

Titel: Die Rolle der ungarischen Sozialistischen Partei im Demokratisierungsprozess der ungarischen Gesellschaft von 1988 bis 1994

Inhalt: In dieser Abschlussarbeit geht es um zwei Hauptpunkte: Zum einen wird der politische Systemtransformationsprozess sowohl auf allgemein theoretischer wie auch praktischer Ebene am Beispiel Ungarns von 1988 bis 1994 beschrieben und im Detail historisch mit politischem Fokus beleuchtet. Zum anderen wird die ehemalige Kommunistische Staatspartei – die Ungarische Sozialistische Partei – in den Mittelpunkt der Geschehnisse des politischen Systemtransformationsprozesses gestellt, um hieran den Transformationsprozess vor dem Hintergrund der spezifischen nationalen Rahmenbedingungen Ungarns auch auf parteilicher Ebene herauszuarbeiten und mögliche Verbindungen herzustellen.

Ferner werden die historischen Ausgangsbedingungen zusammengetragen, die Ungarn in den Transformationsprozess geführt und diesen zugleich geprägt haben. Die Arbeit stützt sich abgesehen von der einschlägigen Fachliteratur zum Thema auf zwei ausgewählte theoretische Modelle (systemtheoretisches Modell und 3-Phasen-Modell).

Historisch sind abgesehen von den zwei ersten freien demokratischen Wahlphasen der Jahre 1990 und 1994 der sogenannte „Gulaschkommunismus“ und der „Neue Wirtschaftsmechanismus“ von Relevanz, der nach 1968 einsetzte und ebenso in seinem Verlauf skizziert wird. Weiterhin wird auch auf die Geschehnisse des Jahres 1956 eingegangen werden.

Resultat ist damit ein historisch und politisch umfassender Überblick über den politischen Systemtransformationsprozess Ungarns sowie der Zeit davor, da diese von ausschlaggebender Bedeutung für die Erklärung und Gestalt des Prozesses ist. Diesbezüglich wird stets der Vergleich zur fokussierten Partei USP hergestellt, um Parallelen in der Entwicklung feststellen zu können.

11. Curriculum Vitae

JÜRGEN LAUBNER

Geburtsdatum: 05.12.1980
Geburtsort: Wiener Neustadt
Staatsangehörigkeit: Österreich
Religionsbekenntnis: römisch - katholisch
Familienstand: ledig

SCHULBILDUNG

09/1987 – 06/1991 Volksschule in Mattersburg
09/1991 – 06/1995 Hauptschule in Mattersburg
09/1995 – 06/1996 Polytechnischer Lehrgang
02/2003 – 05/2005 Maturaschule Dr. Roland, Neubaugasse 43,
1070Wien
Reifeprüfung am 23.05.2005 (HTL Eisenstadt)
09/2005 – 01/2006 Fachhochschule in Wiener Neustadt
Wirtschaftsingenieur
03/2006 - Studium an der Universität Wien
(Studium für Politikwissenschaften)

BERUFSAUSBILDUNG

09/1996 – 06/2000 Lehre als Maschinenschlosser bei den
Österreichischen Bundesbahnen
28. 06. 2000 Facharbeiterprüfung als
Maschinenschlosser

BERUFSERFAHRUNG

01/2001 – 05/2002	Firma König und Bauer in Mödling, Monteur
09/2004	Fa. Wohlfarth Kraftfahrzeugtechnik in Mattersburg, Arbeiter
06/2005 – 07/2005	Fa. Sealmaker in Pöttelsdorf, Praktikum
07/2006 – 08/2006	Fa. Sealmaker in Pöttelsdorf, Praktikum
10/2006 – 01/2007	2getthere in Eisenstadt, Jugendleiter
06/2007	ÖVP Bundespartei (Praktikum Presse und Öffentlichkeitsarbeit)
02/2010 - 05/2010	SPÖ Burgenland

SPRACHEN

Muttersprache:	Deutsch
Sonstige Sprachen:	Englisch

ZUSATZAUSBILDUNG

Computerführerschein ECDL